

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Atomwaffenverbotsvertrag tritt 2021 in Kraft

Am 22. Januar 2021, 90 Tage nach der 50. Ratifizierung, wird der Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) in Kraft treten. Zu verdanken hat man dies auch den pazifischen Inselstaaten, denn 18 % der Staaten, die den Vertrag bis zum 24. Oktober 2020 ratifiziert hatten, liegen im Pazifik.

Folgende Staaten aus Ozeanien haben den Vertrag bis dato ratifiziert:

Cook-Inseln (04.09.18), Fidschi (07.07.2020), Kiribati (26.09.19), Nauru (23.10.20), Neuseeland (31.07.18), Niue (06.08.2020), Palau (03.05.18), Samoa (26.09.18), Tuvalu (13.10.20) Vanuatu (26.09.18).

Nachdem Niue den Vertrag anlässlich des Hiroshima-Gedenktages am 6. August 2020 ratifiziert hatte, trugen Jamaica sowie die Republik Nauru mit ihren Ratifizierungen am 23. Oktober 2020 als 48. und 49. Staat maßgeblich dazu bei, dass der Vertrag in Kraft treten kann. Am 24. Oktober ratifizierte dann als 50. Staat Honduras, womit das Quorum erreicht wurde. Als 51. Staat ratifizierte am 4. Dezember das afrikanische Zimbabwe.

Bisher hat die Bundesregierung das Verbot von Atomwaffen mit Verweis auf Deutschlands NATO-Mitgliedschaft abgelehnt. Mit Javier Solana und Willy Claes haben gleich zwei ehemalige NATO-Generalsekretäre in einem offenen Brief klargestellt, dass der Vertrag und das Verteidigungsbündnis durchaus kompatibel sind. Über 55 ehemalige Außen- und Verteidigungsminister aus 20 NATO-Staaten nennen den AVV einen *„Hoffnungsschimmer in einer dunklen Zeit“*, und rufen alle Staaten der Allianz zu seiner Unterzeichnung auf.

Info: Der Atomwaffenverbotsvertrag ist eine internationale Ver-

einbarung, die Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und den Einsatz von Kernwaffen verbietet, außerdem die Drohung mit Atomwaffen.

Der ausgearbeitete Vertrag wurde am 7. Juli 2017 mit 122 Stimmen angenommen; die Niederlande stimmten dagegen, Singapur enthielt sich. Auf der UN-Generalversammlung unterzeichneten im September 2017 zunächst 53 Staaten. Bis zum 12. Dezember 2020 hatten 86 Staaten unterzeichnet, 51 Staaten den Vertrag ratifiziert.

(<https://www.icanw.de/grunde-fur-ein-verbot/offizielle-positionen/>, Loop Pacific 10.11.20, Wikipedia)

US Taskforce Oceania

Der US-amerikanische Präsident Donald Trump hat Ende Oktober die Stationierung einer „US Taskforce Oceania“ im kommenden Jahr bekanntgegeben. Diese soll in Hawai'i stationiert werden. Von dort aus sollen kleine US-amerikanische Militäreinheiten in folgende Pazifikstaaten entsandt werden: Timor-Leste, Vanuatu, Tonga, Fidschi, Samoa, Palau, Papua-Neuguinea sowie nach Pohnpei, Kosrae und Yap (Föderierte Staaten von Mikronesien). Die Einheiten sollen teilweise nur aus zwei Militärangehörigen bestehen.

Das US-amerikanische Außenministerium erklärte, bei den Soldaten handele es sich um eine Art *„Berater in Zivilangelegenheiten“* der jeweiligen Staaten. Die Soldaten seien dazu ausgebildet worden, die Regierungen in verschiedenen Bereichen mit Expertise zu unterstützen, u.a. bei der Ausrichtung von Konferenzen, bei der Katastrophenvorsorge und bei der Planung von militärischen Übungen. Die Soldaten sollen ggf. auch das amerikanische Botschaftspersonal unterstützen.

Hintergrund der neuen Taskforce ist der Wunsch der USA nach größerer Einflussnahme auf die Pazifikstaaten hinsichtlich der Bestrebungen der Volksrepublik

China um mehr Dominanz in Ozeanien. Auf der Homepage der U.-S. Army heißt es dazu: *„Task Force Oceania stands ready to support U.S. allies in the Pacific and is a demonstration of the United States' enduring commitment to the people of Oceania.“*

(Marshall Islands Journal 30.10.20, https://www.army.mil/article/239507/task_force_oceania_plays_pivotal_role_in_defender_pacific_2020)

Pazifische Verbündete unterstützen Taiwan

Insgesamt zehn Regierungschefs von zehn Staaten, darunter aus dem Pazifik die Staaten Nauru, Palau, die Marshall-Inseln und Tuvalu, gehören zu den Unterzeichnern eines Briefes an den Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN), Antonio Guterres. In dem Brief fordern sie Guterres auf, Taiwan als eigenen Staat in die Strukturen der Vereinten Nationen aufzunehmen. 23 Millionen Taiwanesen seien „stimmlos“ bei den UN, bemängelten die Unterzeichner. Die UN mögen Taiwan als Partner im globalen Kampf aller UN-Mitgliedsstaaten gegen das Corona-Virus berücksichtigen und Taiwan auch bei der Erreichung der *Sustainable Development Goals* unterstützen, heißt es in dem Schreiben.

In dem Brief bitten die Unterzeichner auch darum, Taiwan die Vollmitgliedschaft bei der Weltgesundheitsorganisation WHO zu gestatten. Außerdem fordern die Unterzeichner Guterres auf, taiwanesischen Politiker*innen und Medienvertreter*innen den Zugang zur Hauptgeschäftsstelle der UN in New York zu genehmigen.

Guterres reagierte auf den Brief mit dem Hinweis auf die UN Resolution No 2758 aus dem Oktober 1971, in der es wörtlich heißt, die Volksrepublik China sei *„the only legitimate representative of China to the United Nations“*. Damit bliebe Taiwan nach wie vor von den Vereinten Nationen ausgeschlossen. (Radio NZ Intern. 12.10.20, Marshall Islands Journal 16.10.20, Wikipedia)

Sechs neue Mormonen-Tempel

Bei der 190. halbjährlichen Generalkonferenz der Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage (*The Church of Jesus Christ of Latter-day Saints*) Anfang Oktober in Salt Lake City im US-amerikanischen Bundesstaat Utah hat Kirchenpräsident Russell M. Nelson während eines Sonntagsgottesdienst den Bau von sechs neuen Tempeln bekannt gegeben. Ein Tempel wird in der Stadt Lindon (Utah) errichtet, er wird dann bereits der achte Tempel in diesem Bundesstaat sein. Ein zweiter Tempel wird in Sao Paulo East (Brasilien) errichtet, ein dritter in Santa Cruz (Bolivien). Auch in Greater Guatemala City (Guatemala) soll ein Tempel entstehen.

Gleich zwei Tempel werden in der Region Ozeanien gebaut: Einer in Tarawa (Kiribati), der andere in Port Vila (Vanuatu).

Info: Die Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage ist eine Glaubensgemeinschaft. Zusammen mit kleineren Splittergruppen wird sie zur Konfessionsgruppe der Mormonen zusammengefasst. In den Vereinigten Staaten ist sie mit 1,7 % der Bevölkerung – gleichauf mit dem Judentum – die drittgrößte Glaubensgemeinschaft nach Protestanten und Katholiken. Die Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage unterhält keine ökumenischen Beziehungen zu anderen Kirchen. Sie erkennt aber Christen als solche an und setzt sich für interkonfessionelle Toleranz ein.

Die Kirche hat weltweit 16.118.169 Mitglieder. In Deutschland sind es über 40.000 Mitglieder. Es gibt zwei Tempel: den Frankfurt-Tempel in Friedrichsdorf im Taunus (Hessen) und den Freiberg-Tempel in Freiberg (Sachsen). Die Kirche gilt nicht als christliche Sekte, sondern wird als „*Organisation der synkretistischen Neureligion*“ geführt.

(Deseret News 04.10.20, Wikipedia, <https://www.churchofjesuschrist.org/study?lang=deu>)

Gefahren durch schnelles Internet?

Wissenschaftler*innen der *Western Sydney University* und Sozialpädagogen*innen des internationalen Kinderhilfswerkes *PLAN* sowie des australischen Kinderhilfswerkes *Child Fund* haben auf die Gefahren einer schnelleren und stabileren Internetverbindung auf den Salomonen und in Papua-Neuguinea hingewiesen. Mitte des Jahres ist das *Coral Sea Cable* zwischen Australien und den pazifischen Inselstaaten in Betrieb genommen worden und ermöglicht nun den Nutzer*innen eine stabile Internetverbindung mit der Möglichkeit der schnellen Datenübertragung.

Das Projektteam fand bei einer Umfrage heraus, dass viele der Befragten die neuen Möglichkeiten eines schnellen Internets vor allem in Bezug auf Schulbildung, die Nutzung sozialer Netzwerke wie Facebook, Twitter und Co. sowie den Unterhaltungswert von online gestreamten Filmen über das Portal YouTube sehr zu schätzen wissen und sich über den Zugang in die digitale Welt freuen. Allerdings gaben 77 % aller befragten Kinder an, sie hätten auch Angst vor den neuen digitalen Möglichkeiten. Sie befürchteten, zunehmend mit Gewalt, Horror und Pornographie konfrontiert zu werden. 38 % gaben an, sie hätten Angst, online von Klassenkamerad*innen gemobbt zu werden (Cyber-Mobbing). Hauptsächlich äußerten Mädchen und junge Frauen die Sorge, mit Pornographie konfrontiert zu werden. Die Bilder könnten junge Männer zu sexuellen Taten oder zu verbalen Attacken über die sozialen Medien anstiften, hieß es.

Sowohl Eltern als auch Kinder erklärten, es mangle an Kontrollmöglichkeiten, welche Inhalte den Nutzer*innen zur Verfügung stünden.

Befragte aus der Lehrerschaft äußerten sich jedoch auch positiv über das schnelle Internet. Habe man bisher sechs Stunden auf

den Download von schulischen Lehrfilmen warten müssen, ginge dies jetzt in Sekunden, sagte Craig Gibson, Direktor der *Kimbe International School* in Neubritannien.

Professorin Amanda Third von dem *Young and Resilient Research Centre* an der Western Sydney University und Hauptverantwortliche der Befragung, erläuterte, die Einführung neuer Technologien in Gesellschaften habe immer positive und negative Aspekte. Man müsse die Nutzer*innen stärken und ihnen die Gefahren des Internets verdeutlichen. Deshalb begrüße sie das von der australischen Bundespolizei finanzierte *Cyber Safety Pasifika Project*, bei dem Polizisten*innen in den pazifischen Inselstaaten im Umgang mit Cyber-Mobbing und Cyber-Kriminalität geschult würden. Da das *Coral Sea Cable* von Australien in den Pazifik verlief, habe man hier auch eine besondere Verantwortung für den Schutz der Bevölkerung, meinte Professorin Third.

Info: Das 4.700 Kilometer lange *Coral Sea Cable* ist ein Seekabel, das die Salomonen und Papua-Neuguinea mit Australien verbindet. Es wurde am 12. Dezember 2019 fertiggestellt und im Februar 2020 in Betrieb genommen. Es ist das erste Seekabel, das die Salomonen an das Internet anbindet.

Das Kabel verläuft von *Tamarama Beach* bei Sydney (Australien) zu einem Verteilerpunkt im Korallenmeer, von dem aus jeweils ein Strang mit je zwei Leitungspaaren nach Port Moresby auf Neuguinea und nach Honiara auf Guadalcanal (Salomonen) verläuft. Dort hat es Anschluss an das gleichzeitig erbaute *Solomon Islands Domestic Network*, ein 730 km langes Seekabel, das Honiara mit den Landungspunkten Auki auf Malaita, Noro auf New Georgia und Taro auf Taro Island verbindet.

(<https://www.theguardian.com/world/2020/oct/20/a-double-edged-sword-hopes-and-fears-for-children-as-fast-internet-reaches-pacific>, <https://www.coralseacablesystem.com.au/>)

Datendrehscheibe ist in Betrieb

Seit kurzem ist eine neue Datendrehscheibe (*Data Hub*) für die pazifischen Inselstaaten in Betrieb. Seit vier Jahren bereits läuft das von Neuseeland mit 6,5 Millionen NZ-Dollar unterstützte Projekt der *Pacific Community* (SPC) zu „Pacific Statistics and Data“, im Rahmen dessen jetzt der „*Pacific Data Hub*“ eingerichtet wurde. Ziel der Datenbank ist es, allen Pazifik-Staaten den Zugang zu Informationen, Daten, Fakten und Projekten zur Verfügung zu stellen. Viele der Probleme von Pazifikstaaten betreffen nicht nur einzelne Mitgliedsstaaten der SPC, sondern alle. Deshalb diene die Plattform auch dem Wissenstransfer, hieß es aus dem neukaledonischen Außenministerium.

Auf die Datenbank sollen nicht nur die Regierungen der Staaten, sondern auch Entwicklungshilfeorganisationen, Wissenschaftler*innen, der Privatsektor sowie die akademischen Bildungsinstitute der Region Ozeanien Zugriff haben.

Der *Pacific Data Hub* hat fünf Funktionsweisen: Er stellt 1) einen Datenkatalog zur Verfügung, 2) enthält detailliertes Kartenmaterial aus Ozeanien, 3) zeigt auf, inwieweit die Staaten die *Sustainable Development Goals* der Vereinten Nationen bereits umgesetzt haben, 4) enthält Statistiken zu Entwicklungshilfeprojekten und finanzieller Unterstützung und 5) enthält Mikrodaten wie Fragebögen, Volkszählungen etc.

Die Datenbank steht unter dem Motto: *„Harnessing the power of data and knowledge for sustainable development“*.

Hier ist der Datenpool kostenfrei verfügbar: <https://pacificdata.org> (Pressemitteilung SPC 01.12.20)

Neues Lehrbuch für gesunde Lebensweise

Die *Public Health Division* der *Pacific Community* (SPC) hat Ende Oktober ein Lehrbuch für eine gesunde Lebensweise veröffentlicht. Das *„Training Manual: Pacific Guidelines for Healthy Living“* ist für Multiplikator*innen im Gesundheitssektor gedacht. Es soll Ernährungsberater*innen, Diätassistenten*innen und Sozialarbeitende in Gemeinden bei der Ausübung ihrer Tätigkeit eine Hilfe sein.

Das Handbuch enthält Informationen und Ratschläge, wie im Alltag die von der SPC entwickelten pazifikweiten Richtlinien für gesunde Ernährung und eine gesunde Lebensweise umgesetzt werden können.

Dr. Si Thu Win Tin von der *Public Health Division* erklärte, es gehe vor allem um eine Anleitung zur Änderung des ungesunden Lebensstiles vieler Pazifik-Insulaner*innen. Einige Krankheiten ließen sich auf eine ungesunde Ernährung und einen Mangel an Bewegung zurückführen und seien mit einer Verhaltensänderung im Alltag gut in den Griff zu bekommen. Hier setze das Lehrbuch an.

Das Handbuch erschien zunächst in englischer Sprache, eine französische Version soll folgen. (SPC Pressemitteilung 28.10.20)

Vorsätzliche illegale Brandrodung in Westpapua

Neue Untersuchungen der Umweltschutzorganisation *Greenpeace* haben ergeben, dass der Palmölgigant *Korindo Group* Brände gelegt haben soll, um den Regenwald in Indonesiens östlichster Region Papua abzuholzen - eine Praxis, die gesetzlich verboten ist.

Der Vorwurf wurde von *Greenpeace International* und *Forensic Architecture* erhoben, einer an der Universität London ansässigen Forschungsgruppe, deren gemeinsame Untersuchung Hinweise auf absichtliche Brände

durch das indonesisch-südkoreanische *Joint Venture* ergab. Um den Ursprung und die Art der Brände in einer Konzession der Korindo-Tochter PT Dongin Prabhawa im papuanischen Merauke-Distrikt zu bestimmen, untersuchte *Forensic Architecture* Satellitenbilder der NASA von Oktober 2011 bis Januar 2016. Es analysierte auch Videos von Luftbildaufnahmen, die von *Greenpeace International*-Kampagnen im Jahr 2013 gemacht wurden, um das so genannte normalisierte Brandverhältnis zu bestimmen, wobei im Wesentlichen verbrannte Gebiete identifiziert und die Schwere der Brände geschätzt wurden.

Die Forensische Architektur stellte fest, dass das Muster der Brände - ihre Richtung und die Geschwindigkeit, mit der sie sich bewegten - dem Muster der Brandrodung in den Zeiträumen Februar bis Mai 2012, Juli bis Dezember 2012, Februar 2013, April bis Dezember 2013, Januar 2014, April bis Dezember 2014 und Mai bis Dezember 2015 entsprach. Dies, so Frau Samaneh Moafy, Senior Researcher im Bereich Forensische Architektur, ist ein Hinweis auf eine absichtliche Verbrennung der Wälder.

„Wenn die Brände in Korindos Konzession natürlich wären, wären die Ausbrüche unregelmäßig“, sagte sie. *„Verfolgt man jedoch die Bewegungen der Abholzung und der Brände im Laufe der Zeit, so zeigt sich, dass sie eindeutig in einer Abfolge geschehen, wobei die Brände der Räumung in West-Ost-Richtung folgen und sich überwiegend innerhalb der Konzessionsgrenze Korindos ereignen.“*

Dies ist nicht der erste Vorwurf der Brandstiftung durch die indonesische Korindo-Gruppe. Im Jahr 2016 veröffentlichte eine Koalition von Nichtregierungsorganisationen, darunter die Kampagnengruppe *Mighty Earth*, einen Bericht über Korindo, in dem mindestens 30.000 Hektar Entwaldung und mehr als 900 Brandherde auf Korindos Ölpalmenplantagen in Papua und der

Provinz North Maluku seit 2013 identifiziert wurden.

Seit 2001 soll Korindo allein in der Provinz Papua insgesamt 57.000 Hektar Regenwald gerodet haben.

Im Jahr 2017 reichte *Mighty Earth* beim *Forest Stewardship Council* (FSC), der als weltweit führendes Gremium zur Zertifizierung der nachhaltigen Forstwirtschaft gilt, eine Beschwerde gegen Korindo ein, das den größten Teil der Ölpalmenplantagen in Papua kontrolliert. Nach einer zweijährigen Untersuchung kam der FSC, der einige von Korindos Forstbetrieben zertifiziert hatte, in einem stark redigierten Bericht zu dem Schluss, dass es „*Beweise ohne begründeten Zweifel*“ dafür gibt, dass in Korindos Konzessionen Naturwälder in großem Umfang abgeholzt wurden. Der FSC sagte jedoch, er habe keine ausreichenden Beweise für vorsätzliches Abbrennen gefunden. „*Obwohl Satellitenbilder das Vorhandensein von Rauch von Bränden auf den Konzessionsgebieten von Korindo zeigen, konnte nicht festgestellt werden, dass die Brände mit der Absicht gelegt wurden, Land zu roden*“, sagte der FSC.

Auf seiner Website erklärte Korindo, dass es „*bei keiner seiner Operationen Feuer zur Räumung von Land eingesetzt hat und auch nie einsetzen wird*“. Und in einer Antwort auf die jüngste Behauptung sagte Korindo gegenüber der BBC, dass die Brände in seinen Konzessionen entweder natürliche Brände seien, die durch extreme Trockenheit verursacht wurden, oder durch „*Dorfbewohner, die riesige wilde Ratten jagen, die sich unter Holzstapeln verstecken*“.

Doch Dorfbewohnerinnen, die in der Nähe der Plantage von PT Dongin Prabhawa leben, sagen, sie hätten gesehen, wie Mitarbeitende von Korindo über einen Zeitraum von mehreren Jahren Brände auf dem Land des Unternehmens gelegt hätten, die den Ergebnissen der visuellen Untersuchung entsprachen. Sefnat

Mahuze, ein ortsansässiger Landwirt, schilderte, er habe gesehen, wie Korindo-Mitarbeiter Holzreste sammeln und zu großen Haufen stapelten. „*Und dann gossen sie Benzin darüber und zündeten sie dann an*“, sagte er gegenüber der BBC. Die britische Broadcasting Corporation hatte am 12. November ein Radio-Feature mit dem Titel “*Papua: Investigation reveals that a South Korean company ‘deliberately burned land for oil palm expansion*“ gesendet. Die Reportage veranlasste die Geschäftsführung von Korindo zu einer ausführlichen englischsprachigen Stellungnahme auf der Startseite von Korindos Homepage. Darin weist die Geschäftsführung u.a. auf die Unterstützung der Lokalbevölkerung hin. Man habe u.a. 42 Schulen gebaut, das Gehalt von 170 Lehrkräften übernommen sowie Schulbusse und Schlafsäle in Internaten finanziert. Zum Schutz vor dem Corona-Virus habe man 120.000 medizinische Masken sowie Multivitamin-tabletten kostenlos verteilt. Man habe sieben Krankenhäuser finanziert, in denen die Behandlung kostenfrei sei. Eine der Kliniken habe sogar den Preis indonesischer Gesundheitsbehörden als „beste Klinik“ gewonnen. Man verwehre sich gegen die Anschuldigung, Brände gezielt gelegt zu haben, um auf dem abgebrannten Land Palmölplantagen anlegen zu können.

Kiki Taufik, Leiter der Waldkampagne von *Greenpeace Südostasien*, sagte, Korindos Erklärung der Brände auf seinen Konzessionen sei lediglich eine Ausrede. „*Aus [der visuellen Untersuchung] und den Zeugenaussagen der Dorfbewohner geht eindeutig hervor, dass [die Brände] von der Firma gelegt wurden*“, machte er deutlich.

Angesichts der Ergebnisse drängte Kiki die indonesische Regierung, Korindo und andere Plantagenunternehmen für die Brände auf ihrem Land und die daraus resultierenden Schäden für die Gesundheit der Menschen und die Umwelt zur Rechenschaft zu

ziehen. „*Stattdessen zeigt die Erfolgsbilanz der Regierung eine inkonsistente und schwache Rechtsdurchsetzung in Verbindung mit einer Schwächung der Umweltschutzvorkehrungen im Rahmen des kürzlich verabschiedeten geschäftsfreundlichen Omnibus-Gesetzes*“, beklagte er.

(Westpapua-Netzwerk online 13.11.20, <https://news.mongabay.com/2020/11/palm-oil-korindo-papua-rainforest-fire-burn-greenpeace-forensic-architecture/> <https://korindonews.com/korindo-groups-statement-regarding-bbc-indonesia-news/>)

Neue PNA-Chefin

Frau Dr. Sangaalofa Clark ist neue Hauptgeschäftsführerin der „*Parties to the Nauru Agreement*“ (PNA). Das haben die Minister für Handel und Ressourcen aller Mitgliedsstaaten der PNA bei ihrer virtuellen Mitgliederversammlung Mitte November vereinbart. Clark konnte sich gegen vier männliche Herausforderer durchsetzen. Die gebürtige I-Kiribati lebt derzeit noch mit ihrem Mann und den Kindern in Christchurch (Neuseeland). Nach Aufhebung der Corona-bedingten Reisebeschränkungen will sie mit ihrer Familie nach Majuro (Marshall-Inseln) zum Hauptsitz der PNA umziehen. Bereits seit acht Jahren arbeitet Clark für die PNA, sie war dort als Projektleiterin zuständig für das sogenannte „*Vessel Day Scheme*“, also die Anzahl der Tage, die Trawler pro Jahr auf Thunfischfang mit Ringwaddennetzen gehen dürfen.

Dr. Clark hat Mathematik und *Computational Biology* am *Department of Wine, Food and Molecular Biosciences* der Lincoln University (Neuseeland) studiert und sich in der Wissenschaftswelt einen Namen mit ihren Forschungen zur nachhaltigen Bewirtschaftung von Thunfischbeständen gemacht. Sie ist Nachfolgerin von Ludwig Kumoru (Papua-Neuguinea), der das Amt des Geschäftsführers in den letzten vier Jahren innehatte. Davor war Dr. Transform Aqorau von den Salomonen Geschäftsführer. Er hatte das Amt seit der Grün-

derung der PNA im Jahr 2010 bis 2016 inne.

Nach ihrer Wahl erklärte Clark: „*Our tuna fisheries are the most sustainable in the world but that does not mean we should relax. We are facing a whole range of existing and emerging threats, not least of all from climate change, the warming of oceans, and sea level rise, so we need to refocus on these new issues and get more of our nationals involved and doing work and support in these areas and in tuna management.*“

Info: Das „Nauru-Abkommen“ ist ein Abkommen über die Fischerei im nördlichen und westlichen Pazifik. Es wurde am 11. Februar 1982 in Nauru unterzeichnet. Vertragsparteien (*Parties to the Nauru Agreement*, PNA) sind die Förderierten Staaten von Mikronesien, Kiribati, die Marshall-Inseln, Nauru, Palau, Papua-Neuguinea, die Salomonen und Tuvalu. Es gilt in den ausschließlichen Wirtschaftszonen dieser Inselstaaten. Das Gebiet umfasst etwa 14,8 Millionen Quadratkilometer.

Gegenstand des Abkommens ist die Ringwadenfischerei nach Thunfischen, insbesondere dem Echten Bonito und dem Gelbflossen-Thun. In den Gewässern der Vertragsstaaten sind etwa 50 % des globalen Aufkommens an Echtem Bonito beheimatet. Diese machen 70 % der insgesamt 1,6 Millionen Tonnen an Fischvorkommen im Bereich des Abkommens aus, 20 % bis 30 % des Fisches sind Gelbflossen-Thun.

(Marshall Islands Journal 20.11.20, 04.12.20, Radio NZ Intern. 19.11.20, The National 26.11.20, https://www.researchgate.net/profile/Sangaa_lofa_Clark, <https://www.pnatuna.com/sites/default/files/CEO%20appointment%20media%20release.pdf>, Wikipedia)

† Dr. Jean-Claude Teriierooiterai

Am 22. Oktober verstarb in Paris nach langer Krankheit der Kulturwissenschaftler Dr. Jean-Claude Teriierooiterai. Der aus Papeenoo

(Tahiti) stammende 68-jährige Linguist hatte 2013 über tahitianische Astronomie promoviert und mit seiner Dissertation „*Mythes, astronomie, découpage du temps et navigation traditionnelle - l'héritage océanien contenu dans les mots de la langue tahitienne*“ an der Universität von Französisch-Polynesien einen wichtigen Beitrag zum recht neuen Forschungsfeld der Ethnoastronomie geleistet.

Der Ethnologe unterrichtete nach seiner Promotion das Fach „Polynesische Kultur“ an der Universität in Pape'ete.

Teriierooiterai war seit 2014 Mitglied der *Académie tahitienne* sowie ehemaliger Direktor von *Tahiti Nui Telecom*. Er engagierte sich aus familiärer Verbundenheit auch in der *Polynesian Voyaging Society* von Hawaii und war pazifikweit nicht nur für seine Kenntnisse der tahitianischen Kultur und Sprache bekannt, sondern auch für seine Fähigkeiten in der Sternen-Navigation. In diesem Zusammenhang war er Präsident der Vereinigung „Fa'afaite“, die sich für die traditionelle Navigation zwischen Pape'ete und den Austral-Inseln einsetzt. 2019 gewann er für die Aufführung „Te Aho Nunui“ der Gruppe *O Tahiti E* beim Heiva-Festival den großen Preis „Hura tau“ sowie einen Preis als bester Autor.

(<https://www.tntv.pf/tntvnews/polynesie/culture/jean-claude-teriierooiterai-est-decede/>, *Polynésie la 1^{ère}*, 22.10.20)

Corona Update

Mit Datum vom 14. Dezember 2020 meldete die US-amerikanische *Johns Hopkins University* folgende Zahlen zur Corona-Lage in der Pazifikregion. Einige der kleineren Pazifikstaaten sind bis dato Corona-frei. Die eingeklammerten Zahlen sind die in Verbindung mit COVID-19 Verstorbenen.

Vanuatu 1 (0)
Samoa 2 (0)
Marshall-Inseln 4 (0)
Salomonen 17 (0)
Neukaledonien 36 (0)

Fidschi 46 (2)
Papua-Neuguinea 725 (8)
Neuseeland 2096 (25)
Französisch-Polynesien 15.618 (91)
Australien 28.039 (908)
(<https://coronavirus.jhu.edu/map.html>)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Misstrauensvotum gegen Premier Marape

Die Opposition im Parlament von Papua-Neuguinea hat am 14. Dezember einen Misstrauensantrag gegen Premierminister James Marape eingereicht. Der Antrag auf Absetzung des Premierministers wurde von 15 Abgeordneten unter der Führung von Oppositionsführer Belden Namah unterzeichnet. Insgesamt nahmen 55 Abgeordnete an der Sitzung zur Abstimmung über das Misstrauensvotum teil.

Nach Überprüfung auf die formale Korrektheit wird der Parlamentspräsident den Antrag am 17. Dezember in das Plenum einbringen und das Parlament für eine Woche unterbrechen, bevor es zur Abstimmung über das Misstrauensvotum kommt. (*PNG Facts* 13.12.20, *Postcourier* 14.12.20)

Turbulenzen um Staatshaushalt 2021

In ihrer Sitzung am 17. November haben 48 Parlamentarier der insgesamt 111 Parlamentarier den Staatshaushalt in Höhe von 18.726.500.000 Milliarden Kina für 2021 unter dem Motto „Take back PNG“ verabschiedet. Kämmerer Ian Ling-Stuckey erläuterte den Haushalt und ging dabei auch auf die hohe Staatsverschuldung von knapp fünf Milliarden Kina ein. Premierminister James Marape sagte, er habe sich in den 18 Monaten seiner

Amtszeit um einen Schuldenabbau sehr bemüht. Er schob die hohe Staatsverschuldung auf seinen Vorgänger im Amt, Premier Peter O'Neill, u.a. aufgrund dessen extravaganter Ausgaben für die Organisation des APEC-Gipfels.

Kämmerer Ling-Stuckey gab Marape in seiner Haushaltsrede vor dem Parlament Recht und sagte wörtlich: „*I deliver a budget that continues the honesty and integrity of this government – no more fake budgets.[...] PNG has its largest budget deficit in PNG's history because of the economic mismanagement, the irresponsibility, the deceptions of the former Prime Minister, Peter O'Neill.*“

Die nächste Parlamentssitzung sollte dann am 20. April 2021 stattfinden, doch nur wenige Tage nach der Verabschiedung des Haushalts erklärten fünf Richter die entsprechende Parlamentssitzung vom 17. November für ungültig und damit auch den Haushalt als nicht verabschiedet. Die Richter ordneten eine Wiederholung der Sitzung für Montag, 14. Dezember an, in dessen Verlauf es zum Misstrauensantrag gegen Marape kam. Marape erklärte, so lange das Misstrauensvotum gegen ihn nicht durchgesetzt worden sei, werde er bei der nächsten Parlamentssitzung den Haushalt erneut verabschieden. Dazu erläuterte er wörtlich: „*[...] the government will reintroduce the budget as a matter of priority when parliament sits after the Supreme Court ruled last month's sitting that passed the budget was invalid.*“

(PNG News 17.11.20, *The National* 14.12.20, https://www.treasury.gov.pg/html/national_budget/files/2020/2020%20Budget%20Speech.pdf)

Newcrest unterstützt St John Ambulance

Der australische Bergbaukonzern *Newcrest Mining* hat die *St John Ambulance* mit 460.000 Kina unterstützt. Mit dem Geld sollen Rettungskräfte im *National Capi-*

tal District sowie in den Provinzen *Morobe* und *East New Britain* aus- und fortgebildet werden. Geschäftsführer Matt Cannon aus dem Hauptsitz von *St John Ambulance* in Boroko erklärte, gerade in ländlichen Gebieten mangle es an ausgebildeten Ersthelfer*innen. Der zuständige Projektmanager von *Newcrest*, Craig Jones, sagte, gerade jetzt in Zeiten einer Pandemie stünde der Konzern an der Seite der Menschen in Papua-Neuguinea. Im Rahmen des „*Community Support Fund*“ des Konzerns habe man in den vergangenen Jahren bereits mehr als sieben Millionen Kina in Dorfentwicklungsprojekte investiert.

Info: Newcrest Mining ist ein australisches Goldbergbauunternehmen mit Sitz in Melbourne. Das Unternehmen ist Australiens führendes Goldunternehmen. Zu *Newcrest* gehören acht Bergwerke in Australien und im pazifischen Raum.

Die *St. John Ambulance* (SJA) ist der Name einer Reihe von angeschlossenen Organisationen in verschiedenen Ländern weltweit, die Erste Hilfe und Rettungsdienste (über Land, Luft und Wasser) unterrichten und anbieten und hauptsächlich von Freiwilligen besetzt sind. Die Vereinigung wurde 1877 in England gegründet. Heute arbeiten 500.000 Freiwillige mit. Dachorganisation der SJA ist der internationale Johanniterorden. (*Pressemeldung St John Ambulance* 04.11.20, *Pressemeldung Newcrest Mining* 05.11.20, <https://www.stjohn.org.pg/>)

Barrick Niugini bleibt Minenbetreiber

Das *Joint Venture* dreier Bergbaukonzerne zum Betrieb der *Porgera-Goldmine* bleibt entgegen Äußerungen vom Frühjahr 2020 bestehen. Noch im April des Jahres hatte es seitens der Regierung unter Premier James Marape geheißt, man werde den auf 20 Jahre angelegten speziellen Bergbaupachtvertrag (*Special*

Mining Lease) aus Sorge um Umweltverschmutzungen im Minengebiet nicht verlängern. Dagegen hatte *Barrick Niugini Limited* (BNL) als Haupt-Anteilseigner erfolgreich geklagt. Mitte Oktober gab Marape bekannt, die Regierung habe sich mit *Barrick Niugini* geeinigt. *Barrick* werde die Mine weiter betreiben, dafür müsste die Regierung aber mehr Aktienanteile bekommen. Wie hoch die Beteiligung sein soll, wurde bis jetzt noch nicht bekannt. Marape sagte nach den Verhandlungen mit Mark Bristow, dem Vorstandsvorsitzenden von *Barrick Niugini*: „*We have agreed in principle that Papua New Guinea will take a major share of equity under the new arrangements and BNL will retain operatorship and there will be a fair sharing of the economic benefits.*“

Herr Zheng Youcheng aus dem Aufsichtsrat von *Zijin Shanghai* erklärte, man erwäge, die chinesischen Aktienanteile an der Mine zu veräußern.

Info: Das Porgera Joint Venture ist eine Tagebau- und Untertage-Goldmine, die sich auf 2.200 bis 2.600 Metern Höhe in der Enga-Provinz befindet, etwa 600 Kilometer nordwestlich von Port Moresby. *Barrick Niugini Limited* und die chinesische *Zijin Mining Group* besitzen jeweils 47,5 % Aktienanteile an der Mine, die restlichen 5 % werden von der regionalen *Mineral Resources Enga* gehalten. Im Jahr 2019 wurden 284.000 Unzen Gold aus der *Porgera-Mine* gefördert.

(*Mining Technology online* 23.10.20, <https://www.barrick.com/English/operations/porgera/default.aspx>)

Neue Schokoladenfabrik geplant

Nach Angaben des Hauptgeschäftsführers von *Paradise Foods Ltd.*, James Rice, will das älteste und größte Lebensmittelunternehmen von Papua-Neuguinea in Lae eine Schokoladenfabrik bauen. Die „*Queen Emma Chocolate Factory*“ soll

rund 55 Millionen Kina kosten. Mit dem Bau soll bereits im kommenden Jahr begonnen werden, so Rice. Die Fabrik soll 75 neue Arbeitsplätze schaffen. Sie soll 200 Tonnen Schokolade pro Monat produzieren. Die bisherige Schokoladenfabrik von *Paradise Foods* in Port Moresby produziert lediglich 10 Tonnen monatlich.

Die Kakaobäuer*innen in der Umgebung von Lae äußerten sich positiv zur Möglichkeit, ihre Erzeugnisse bald wohnortnah verkaufen zu können. (*Business News PNG November 2020*, <https://paradisefoods.com.pg/>)

Evangelischer Bischof wird Mitglied in Kommission

Dr. Jack Urame, leitender Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea, ist für die nächsten vier Jahre in die Verfassungs- und Gesetzes-Reform-Kommission von Papua-Neuguinea (*PNG Constitutional & Law Reform Commission*) berufen worden. Gemeinsam mit ihm wurde Frau Martha Kokiva vereidigt. Sie ist seit 30 Jahren Rechtsanwältin mit eigener Kanzlei. Für eine zweite Amtszeit wurde Dr. Fiona Hukula berufen. Sie ist Forschungsbeauftragte beim *National Research Institute* und arbeitet dort vor allem zum Thema „Gewalt gegen Frauen“.

Als Sekretär der Kommission wurde Dr. Mange Matui im Amt bestätigt. Die Parlamentarier*innen vertritt in der Kommission Dr. Allan Marat von der *Melanesian Liberal Party*. (*The National* 06.11.20, <https://www.facebook.com/pngclrc/>)

Vermisster Soldat nach 77 Jahren geborgen

Ende Oktober konnte die US-amerikanische *POW/MIA Accounting Agency* (die Nachfolgeorganisation der *American Graves Registration Command*) die sterblichen Überreste von Earl W. Smith aus Oackland, einem 2nd.

Lieutenant der *U.S. Army Air Forces* bergen. Die Leiche konnte anhand einer DNA-Analyse und aufgrund des Zahnstatus eindeutig identifiziert werden.

Am 20. August 1943 flog Smith als Pilot eine P-38 über Port Moresby, als seine Maschine nahe des Hafens bei Paga Point ins Meer stürzte. Trotz umfangreicher Suchmaßnahmen bis Dezember 1948 konnte die Leiche nie geborgen werden und Smith wurde am 17. August 1949 als vermisst gemeldet.

Im Jahr 2002 hatten Freizeittaucher dann nahe Paga Point das Flugzeugwrack unter Wasser entdeckt und die Maschine als eine P-38 identifizieren können. Ende 2018 entsandte die amerikanische Suchorganisation ein Team nach Papua-Neuguinea, das die sterblichen Überreste sowie weiteres Material aus dem Flugzeugwrack barg. Nun konnte die Leiche identifiziert werden. Bis dato steht Smith Name auf der „Wall of the Missing“ auf dem *American Cemetery and Memorial* in Manila (Philippinen). Dort werde man jetzt neben seinem Namen eine Plakette anbringen, die Smith als „geborgen“ kennzeichnen soll. Die Beerdigung der sterblichen Überreste ist für den 20. August 2021 geplant.

Info: Die *POW/MIA-Buchhaltungsagentur für Verteidigung* ist eine Agentur des amerikanischen Verteidigungsministeriums, deren Aufgabe es ist, amerikanisches Militärpersonal aus Ländern auf der ganzen Welt zu bergen, das als Kriegsgefangene aufgeführt ist oder aufgrund von Kriegen und Konflikten in der Vergangenheit immer noch vermisst wird. (*San Francisco CBS* 20.10.20, <https://www.dpaa.mil/>)

† Nahau Rooney

Am 15. September verstarb im Alter von 75 Jahren Nahau Rooney. Sie gehörte bei den ersten Parlamentswahlen 1977, nur zwei Jahre nach der Unabhängigkeit von Papua-Neuguinea, zu den

ersten drei Frauen, die in das 109-köpfige Parlament gewählt wurden. Damals vertrat sie den Wahlbezirk Manus Island. Rooney geriet in die Kritik, als sie 1979 als amtierende Justizministerin zu acht Monaten Haft wegen Einmischens in Angelegenheiten der Justizverwaltung verurteilt wurde. Der damalige amtierende Premierminister Sir Michael Somare übernahm das Justizwesen und hob das Urteil auf. In Folge der Unstimmigkeiten zwischen Exekutive und Judikative entschied die damals noch junge Regierung die Ernennung von nationalen Richtern.

1982 wurde Rooney erneut ins Parlament gewählt, erst 1987 gelang ihr der Einzug nicht mehr. Nach ihrem Rückzug aus der aktiven Politik engagierte sie sich ehrenamtlich für Umweltschutzthemen sowie für die Rechte von Frauen. Sie war Mitglied im Aufsichtsrat der *University of Papua New Guinea*, an der sie soziale Arbeit studiert hatte. Außerdem leitete sie auf Manus Island ein Gästehaus. Zeitweise war sie Präsidentin des *National Council of Women*. 2006 wurde sie mit dem Orden „*Companion of the Order of the Star of Melanesia*“ ausgezeichnet.

Politiker*innen aller Parteien würdigten Rooney. Sir Somare sagte, sie habe den Menschen gezeigt, dass es auch Frauen in der Politik zu etwas bringen könnten. General-Gouverneur Sir Bob Dade erklärte: „*She set the benchmark for women at a time when women's role in society was relegated to the home and not in decision making for the nation as a politician and minister of state*“.

Elizabeth Cox, die ehemalige Regionaldirektorin der *UN Women* für die Region Ozeanien, lobte vor allem Rooneys Ehemann Wes, einen australischen Agrarwirt, der auf Manus auf tragische Weise ermordet wurde. Ihm habe es nichts ausgemacht, dass seine Frau Karriere in einer Männerdomäne machte, während er zu Hause blieb und sich um den Familienbetrieb kümmerte, be-

wunderte Cox Wes Rooney.

Nahau Rooney hinterlässt sechs Kinder, sowie zahlreiche Enkel und Urenkel. *(Nachruf von Sadhana Sen/Gynnie Kero, auf dem DEVPOLICYBlog 25.09.20)*

Stellv. Polizeipräsident stirbt an Covid-19

Am 10. Oktober verstarb auf einem medizinischen Evakuierungsflug der stellvertretende Polizeipräsident und Divisionskommandant der Provinz *Eastern Highlands*, Herr Nema Mondiai. Er erlag den Folgen einer Corona-Virus-Erkrankung. Mondiai war in Mount Hagen stationiert und verantwortlich für die Polizeibrigaden im östlichen Hochland.

Der neuguineische Polizeipräsident David Manning sagte, mit Mondiai verliere die Polizei ein Vorbild und einen ausgezeichneten Polizisten. Er habe es mit Ruhe und Sachverstand zu Recht und Ordnung in Mount Hagen gebracht, meinte Manning.

(<https://covid19.info.gov.pg/index.php/2020/10/14/constabulary-mourns-death-of-assistant-commissioner-nema-mondiai/>)

BOUGAINVILLE

Neuer Präsident stellt Regierungspläne vor

Am 25. September ist Ishmael Toroama (Jahrgang 1969) als Präsident des Autonomen Provinzparlamentes von Bougainville (*Autonomous Bougainville Government*, ABG) vereidigt worden. Am 2. Oktober stellte er sein Kabinett vor. Anschließend gab Toroama eine Regierungserklärung ab, in der er die politische Strategie für die kommenden fünf Jahre in sechs Punkten erklärte. Ihm ginge es um nichts weniger als um ein „neues Bougainville“, sagte Toroama. Die Regierung müsse Vertrauen in die Bewohner*innen von Bougainville haben und umgekehrt müssten die Einwohner*innen auch Vertrauen in

die Politik haben, so Toroama. Als oberstes Ziel seiner Regierungspolitik benannte der ehemalige Oberkommandierende der secessionistischen *Bougainville Revolutionary Army* (BRA) die Unabhängigkeit der autonomen Provinz Bougainville. Wichtig sei ihm wirtschaftliches Wachstum sowie die Kontrolle über die Verwaltung. Der Privatsektor und alle lokalen Nichtregierungsorganisationen sollten an einem Strang ziehen, um die Situation auf Bougainville zu verbessern, forderte er. Toroama plant die Wiederaufnahme internationaler Beziehungen. Nicht kurzfristige Planungen seien für das Wohl der Insel entscheidend, sondern „*Visionen und Planungen*“ (Zitat).

Für die ersten 100 Tage seiner Amtszeit kündigte der Präsident den Kampf gegen die Korruption an sowie die Verbesserung von Recht und Gesetz.

Info: Ishmael Toroama wurde am 29. Februar 1969 in Roreinang (Kieta District, Central Bougainville) geboren. Er verließ die Highschool ohne Schulabschluss und arbeitete als Hilfsarbeiter für die *Tonolei Development Corporation*. Gleich zu Beginn des Bürgerkrieges wurde er Mitglied in der BRA und arbeitete sich dort bis zum Chef der Verteidigung hoch, als Nachfolger von Sam Kauona. In dieser Funktion gehörte er zu den Mit-Unterzeichnern des *Bougainville Peace Agreement* im Jahr 2001.

Toroama ist verheiratet mit Betty, das Paar hat drei Kinder. Bis zu seiner Wahl arbeitete er auf eigenem Land als Kakao-Farmer. Unter den ehemaligen Kämpfern der BRA und in großen Teilen der Öffentlichkeit genießt er während des Bürgerkrieges mehrfach schwer verletzte Toroama den Ruf eines unbeugsamen Kämpfers für die Unabhängigkeit.

(Bougainville Freedom Movement 01.10.20, 29.10.20, <https://www.pngattitude.com/2020/09/ishmael-toroama-rebel-peace-maker-farmer-leader.html>, Wikipedia)

Wiederbelebung alter Plantagen

Gemäß der Politstrategie von Präsident Ishmael Toroama zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit und Widerstandsfähigkeit hat das Landwirtschaftsministerium der autonomen Provinzregierung Bougainville damit angefangen, Eigentümerrechte an aufgelassenen Plantagen zu klären. Das Ministerium wurde beauftragt, brachliegende Obst- und Gemüsegärten zu identifizieren, die Besitzverhältnisse zu klären und zu eruieren, ob auf dem Land Hypotheken liegen. Anschließend sollen die Gärten entweder den rechtmäßigen Besitzern*innen zurückgegeben werden oder in den Staatsbesitz übergehen. Anschließend sollen die Plantagen erneut genutzt werden, um Nahrungspflanzen anzubauen, deren Überschuss lokal verkauft oder gar exportiert werden kann.

Bei den aufgelassenen Plantagen handelt es sich meist um Gärten, die während des Bürgerkrieges verlassen wurden. Entweder, weil sie in einem „Kampfgebiet“ lagen, oder weil ihre Besitzer*innen und Besteller*innen in Kriegshandlungen verwickelt waren und sich nicht länger um den Obst- und Gemüseanbau kümmern konnten. Die Wiederinbetriebnahme von Gärten und Feldern sei ein erster Schritt auf dem Weg hin zu mehr wirtschaftlicher Unabhängigkeit, erklärte Präsident Toroama. *(Radio NZ Intern. 06.11.20)*

SALOMONEN

Künftig ohne Facebook?

Das Kabinett der Salomonen hat sich Mitte November auf die Abschaltung des sozialen Netzwerkes *Facebook* geeinigt. Die Entscheidung bedürfe keiner Genehmigung durch das Parlament, sagte Kommunikationsminister Peter Shanel Agovaka. Gegenüber der Tageszeitung „*The Solomon Times*“ erklärte der Minister, die Abschaltung diene der

Verhinderung von Cyber-Kriminalität und Cyber-Mobbing. Es mangle den Salomonen an einer Gesetzgebung zu diesen Themen.

Facebook böte den Nutzer*innen die Möglichkeit zu despektierlichen und menschenverachtenden Hass-Kommentaren gegenüber Personen des öffentlichen Lebens.

Man müsse Vorschriften entwickeln, wie das Internet künftig genutzt werden dürfe, um vor allem Kinder und Jugendliche besser zu schützen, sagte der Minister. Es ginge bei der Abschaltung von *Facebook* jedoch nicht um eine Einschränkung der Pressefreiheit, erläuterte der Minister, diese bleibe gewährleistet. Stattdessen gehe es dem Kabinett darum, Regeln für den Umgang mit den Sozialen Medien aufzustellen. So lange wolle man *Facebook* abschalten. Allerdings müsse man vor einer Abschaltung der Plattform genau prüfen, welche negativen wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Schritt auf die Salomonen hätte, schränkte Agovaka ein.

Info: Das 2014 gegründete soziale Netzwerk *Facebook* ermöglicht die Erstellung von privaten Profilen zur Darstellung der eigenen Person, von Unternehmensseiten zur geschäftlichen Präsenz, sowie von Gruppen zur privaten Diskussion gemeinsamer Interessen. 2,5 Milliarden Mitglieder*innen nutzen *Facebook* regelmäßig mindestens einmal im Monat. Verboten ist die Plattform bisher nur in China, dem Iran und Syrien. In Nordkorea ist das gesamte Internet abgeschaltet. (*Radio NZ Intern. 18.11.20*)

Erfolgreicher Protest gegen Bauxit-Mine

Die Einwohner*innen der nur 80 Quadratkilometer großen Insel Wagina (Vaghena) zwischen den Inseln Choiseul und Santa Isabel haben erfolgreich gegen den Bau einer Bauxit-Mine auf ihrer Insel geklagt. Bereits seit 2014 hatten die Bewohner*innen der Insel ge-

gen die Firma *Solomon Bauxite Limited* (SBL) prozessiert. Diese Firma ist im Besitz zweier in Hongkong registrierter Bergbau-firmen.

Das Umweltministerium der Salomonen hatte SBL die Lizenz zum Bau der Mine im Tagebau erteilt. Dagegen waren die Bewohner*innen vorgegangen mit der Begründung, SBL hätte bereits vor der Lizenzvergabe die freie, vorherige und informierte Zustimmung der Inselbevölkerung („*free, prior and informed consent*“) einholen müssen. Ziel dieses Prozesses ist die Beteiligung der Grassroot-Ebene an industriellen Aktivitäten auf ihrem Land. Die Lokalbevölkerung muss im Rahmen dieses Prozesses ihr Einverständnis geben, dass Land der Vorfahren an Dritte zu verkaufen oder zu verpachten, um dort Bodenschätze fördern zu lassen. Das hatte SBL versäumt.

Das *Environmental Advisory Committee* (EAC) der Salomonen gab der Klage der rund 2.000 Bewohner*innen Anfang November 2020 Recht und begründete dies mit der fehlenden Zustimmung der Lokalbevölkerung. Die hatte argumentiert, eine offene Mine im Tagebau würde ca. 60 % der gesamten Landmasse der Insel betreffen und hätte gravierende Einflüsse auf die Umwelt, die Sauberkeit von Flüssen sowie das küstennahe Gewässer.

Zwar wurde SBL die Bergbaulizenz durch die EAC nicht entzogen, doch muss der Bergbaukonzern nun den Zustimmungsprozess einleiten, wenn er weiterhin den Bau einer Bauxit-Mine plant.

Rechtsanwalt William Kadi aus der Hauptstadt Honiara erklärte, die juristische Vertretung der 2.000 Bewohner*innen sei eine Herausforderung der ganz eigenen Art gewesen, da Wagina geographisch isoliert liegt und es nur unregelmäßigen Handy-Empfang gab. Er zeigte sich zuversichtlich, dass die erfolgreiche Klage eine Art Präzedenzfall für andere indigene Gruppen werden

könnte. Immerhin hätten hier traditionelle Landeigner*innen erfolgreich gegen einen großen Konzern in der Hand der Chinesen geklagt.

Samao Biribo, Sprecher der Lokalbevölkerung von Wagina, sagte, zum ersten Mal seit 50 Jahren fühle er sich und seine Leute von der Regierung der Salomonen ernst genommen und als gleichberechtigte Bürger im Vergleich zu den Bewohner*innen der anderen Salomon-Inseln wahrgenommen. Bei den auf Wagina lebenden Menschen handelt es sich nämlich nicht um indigene Solomon Islander, sondern um Flüchtlinge aus dem 3.300 Kilometer entfernten mikronesischen Inselstaat Kiribati. Die britische Kolonialmacht hatte in den 1950er Jahren einige I-Kiribatis wegen einer Dürre und damit einhergehendem Nahrungsmangel zwangsweise nach Wagina evakuiert. Dabei handelte es sich bereits um die zweite Umsiedelung dieser Menschen, die bereits in den 1930er Jahren wegen einer Dürre von den kiribatischen Gilbertinseln auf die Phönixinseln umgesiedelt worden waren. Man pflege deshalb ganz andere Traditionen als die melanesischen Solomon Islander und habe sich im Inselverbund der Salomonen immer wie ein Außenseiter gefühlt, bemängelte Biribo. Erstmals habe man jetzt das Gefühl, tatsächlich Staatsbürger*innen der Salomonen zu sein, für die die Regierung auch Verantwortung übernehme.

Info: Bauxit beschreibt ein Aluminium-Erz, das aus verschiedenen Aluminium-Mineralien, Eisenoxiden, Tonmineralien und Titanoxid besteht. Seinen Namen verdankt Bauxit dem südfranzösischen Ort Baux-de-Provence, wo das Gestein im Jahr 1821 von Pierre Berthier entdeckt und erstmalig beschrieben wurde.

Fast 95 Prozent des weltweit produzierten Bauxits dient der Herstellung von Aluminium-Metall. Die restlichen fünf Prozent der weltweit geförderten Mengen an

Bauxit werden zu Schleifmitteln, feuerresistenten Steinen und aluminiumreichen Chemikalien verarbeitet. (*Pacific Beat* 06.11.20, *Amenesty International* 06.11.20, *Wikipedia*, <http://www.biologie-schule.de/bauxit.php>)

Sit-in der Krankenpflegerinnen

Aus Protest gegen die Nicht-Bezahlung bereits zugesagter Corona-Prämien haben die Krankenpflegerinnen im National Referral Hospital ein "Sit-in" veranstaltet. Die Gewerkschaft der Krankenschwestern (*Solomon Islands Nurses Association*, SINA) hatte eigentlich einen Demonstrationzug durch Honiara anmelden wollen, das Ordnungsamt hatte dies jedoch abgelehnt mit Hinweis auf die Corona-Beschränkungen. Präsident Manasseh Sogavare hatte auf den Antrag hin die SINA verboten. Begründet hatte er das Verbot mit dem „state of emergency“, den die Salomonen im Zuge der Corona-Pandemie ausgerufen hatten.

Um auf die Einschränkung der Demonstrationsfreiheit und auf das Ausbleiben zugesagter Corona-Prämien aufmerksam zu machen, einigten sich die Krankenpflegerinnen auf ein „Sit-in“, einen Sitzstreik in den Fluren des Krankenhauses. (*Marshall Islands Journal* 06.11.20, https://solomons.gov.sb/suspension_of_the_solo-mon_islands_nurses_association_sina_as_a_trade_union/)

FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Oliver Hasenkamp, Berlin.]

Anzeige gegen stellv. Premierminister Sayed-Khaiyum wegen Beteiligung an Bombenanschlägen im Jahr 1987

Dem amtierenden stellvertretenden fidschianischen Premierminister Aiyaz Sayed-Khaiyum wird vorgeworfen, im Jahr 1987 an zwei Bombenanschlägen mitgewirkt zu haben, bei denen ein Passant ums Leben gekommen ist und Mitglieder der Familie des damaligen Parlamentsabgeordneten Ratu Filimore Ralogaivau schwer verletzt worden sind.

Laut den Vorwürfen soll Sayed-Khaiyum im Jahr 1987 als 22-jähriger Aktivist der indofidschianischen Pro-Demokratie-Bewegung „*Fiji Freedom Fighters*“ nicht nur an der Planung der Anschläge beteiligt gewesen sein, sondern die selbstgebauten Bomben auch selbst platziert haben. Diese Vorwürfe haben die beiden Kinder von Filimore Ralogaivau, Veronica Malani und der in Australien lebende Polizeibeamte Ratu Benedito Ralogaivau, im Juli 2020 gegenüber der fidschianischen Polizei zur Anklage gebracht.

Sayed-Khaiyum, der unter anderem den Posten des Justizministers und Generalstaatsanwalts bekleidet, hat sich bisher nicht öffentlich zu den Vorwürfen geäußert, aber eine faire und rechtstaatliche Untersuchung zugesichert. Im November soll er sich einer Befragung durch die Polizei gestellt haben, deren Chef Rusiate Tudravu ebenfalls eine faire Untersuchung zusicherte, welche von der fidschianischen Opposition jedoch angezweifelt wird. Sayed-Khaiyum gilt seit vielen Jahren als der zweitmächtigste Mann in Fidschi nach dem früheren Militärchef und Premierminister Voreqe Bainimarama. Aufgrund der Vielzahl seiner Zuständigkeiten innerhalb des Regierungskabinetts wird er in Fidschi

auch als „A-to-Z“ bezeichnet – unter anderem ist er Justizminister sowie Minister für Wirtschaft, Klimawandel und den Öffentlichen Dienst. Außerdem ist er Generalsekretär der regierenden *FijiFirst-Partei*. Wegen seiner hohen Sichtbarkeit und medialen Präsenz wurde er in früheren Ausgaben der *Pazifik aktuell* häufig als „Sprachrohr“ der Regierung bezeichnet. Einige (ausländische) Medien gehen noch weiter und bezeichnen ihn gar als „de facto-Regierungschef“ Fidschis. Auch Premierminister Bainimarama hat sich bisher noch nicht zu den Vorwürfen geäußert.

Die beiden Anschläge, an denen Sayed-Khaiyum beteiligt gewesen sein soll, erfolgten im Oktober 1987 in der fidschianischen Hauptstadt Suva in Reaktion auf die beiden Militärputsche im Mai und September desselben Jahres durch den damaligen Militärchef und späteren Premierminister Sitiveni Rabuka (siehe zu Rabuka auch die nächste Meldung der *Pazifik aktuell*). Der erste Putsch richtete sich gegen die demokratisch gewählte Regierung des Premierministers Timoci Bavadra, die aus Sicht von nationalistisch ausgerichteten indigenen Politikern*innen von indofidschianischen Kräften dominiert wurde; mit dem zweiten Putsch wurde Fidschi zur Republik erklärt und die britische Queen als formales Staatsoberhaupt abgesetzt, nachdem der *Commonwealth of Nations* Fidschi suspendiert hatte. Die Anschläge, an denen Sayed-Khaiyum beteiligt gewesen sein soll, richteten sich mutmaßlich gegen die Familie des damaligen Abgeordneten Filimore Ralogaivau, der offenbar plante, mit seiner Stimme Rabuka eine Mehrheit im Parlament zu verschaffen und im Gegenzug hoffte, einen Ministerposten zu erhalten.

Laut den Zeugenaussagen von Veronica Malani und Ratu Benedito Ralogaivau soll Sayed-Khaiyum eine Box, in der sich möglicherweise die Bombe befunden habe, am 17. Oktober 1987 an einer Bushaltestelle in

Suva platziert haben, an welcher der damals 13-jährige Benedito mit seiner Mutter wartete, die durch die Explosion schwer verletzt wurde. Einen Tag später habe die damals 14-jährige Malani Herrn Sayed-Khaiyum demnach dabei beobachtet, wie er eine Bombe auf die Einfahrt zum Grundstück der Familie geworfen habe. Ob bei dem mutmaßlichen Anschlag Menschen zu Schaden kommen sollten oder es sich um eine Drohung handeln sollte, ist ebenso unbekannt wie die Frage, warum die Betroffenen erst jetzt Anzeige erstattet haben. Wegen der Anschläge hatte es bereits in den 1980er-Jahren Ermittlungen gegeben, die in zwei Verurteilungen mündeten, bei denen den Angeklagten jedoch trotz der Verurteilung Immunität verliehen worden ist, sodass sich zumindest eine der Personen ins Ausland hat absetzen können.

Fidschianische Medien haben bisher kaum oder nur sehr zurückhaltend über die Vorwürfe berichtet. So gibt es erst seit Ende November – und somit mehrere Monate nach der Anzeige gegen Sayed-Khaiyum – verstärkte Aufmerksamkeit für die Anschuldigungen, nachdem mehrere internationale Medien, darunter *The Diplomat* und der *Guardian*, über die Vorwürfe berichteten. Mittlerweile fordern Teile der fidschianischen Opposition den Rücktritt Sayed-Khaiyums.

Mahendra Chaudhry, früherer Premierminister und Vorsitzender der (mittlerweile nicht mehr im Parlament vertretenen) *Fiji Labour Party* klagte in einem Interview mit *Radio New Zealand International*, es sei nicht hinnehmbar, dass die Polizei zwar eine gründliche Untersuchung zusichere, aber fünf Monate nach der Anzeige immer noch keine Ergebnisse vorgelegt habe. Chaudhry wurde 1999 zum Premierminister gewählt und 2000 durch einen zivilen Putsch bewaffneter nationalistischer indigener Fidschianer abgesetzt und als Geisel gehalten, bis der damalige Militärführer – der heutige Premi-

erminister Bainimarama – die Geiselnahme militärisch beendete, jedoch eine Übergangsregierung ohne Chaudhry einsetzte (siehe dazu auch den übernächsten Artikel dieser Ausgabe der *Pazifik aktuell*). Im Jahr 2006 schließlich übernahm Bainimarama die Macht im Land selbst in einem weiteren Putsch und wurde 2014 und 2018 in Wahlen zum Premierminister gewählt – und machte Sayed-Khaiyum zu seinem Stellvertreter. (*Radio New Zealand International* 24.11.20, 26.11.20, *The Guardian* 24.11.20, *Fiji Sun* 27.11.20, *The Diplomat* 07.12.20, *Wikipedia*)

Sitiveni Rabuka tritt als Oppositionsführer und SODELPA-Parteivorsitzender ab – Viliame Gavoka und Ratu Naiqama Lalabalavu zu Nachfolgern gewählt

Der Putschführer von 1987 und spätere gewählte Premierminister Sitiveni Rabuka gibt für viele Beobachter*innen überraschend die Rolle als Oppositionsführer („*Leader of the Opposition*“) im fidschianischen Parlament sowie sein Parlamentsmandat auf, nachdem er sich im November nicht erneut im Rennen um den Parteivorsitz der größten Oppositionspartei *Social Democratic Liberal Party* (SODELPA) durchsetzen konnte.

Anstelle des bisherigen Parteivorsitzenden Rabuka und der SODELPA-Fraktionsvorsitzenden („*whip*“) Lynda Tabuya als seine Stellvertreterin, die als Favoriten gegolten hatten, wählte der SODELPA-Parteivorstand den Abgeordneten Viliame Gavoka zum neuen Parteivorsitzenden und den Anwalt Filimoni Vosarogo zu seinem Stellvertreter. Die SODELPA-Abgeordneten stimmten nach dem Rückzug Rabukas jedoch mehrheitlich gegen den neuen Parteivorsitzenden Gavoka und stattdessen für den Abgeordneten Ratu Naiqama Lalabalavu als neuen Oppositionsführer.

SODELPA hält derzeit 21 der insgesamt 51 Sitze im fidschiani-

schen Parlament und ist damit neben der *National Federation Party* (NFP), die lediglich drei Sitze hält, die mit Abstand größte Oppositionspartei, während die Regierungspartei *FijiFirst* auf 27 Stimmen kommt. SODELPA leidet jedoch seit Jahren unter Flügel- und Machtkämpfen, die in diesem Jahr offen wie selten zuvor zu Tage getreten sind – und bei denen Rabuka sich bisher an die Macht geklammert hatte. So wurden die Partei und auch ihre Abgeordneten im Mai für 30 Tage suspendiert, nachdem verschiedene Flügel der Partei unterschiedliche Angaben zur Neubesetzung von Parteipositionen an die zuständige Behörde gemeldet hatten. Anschließend waren zunächst einige Parteiämter wie das der Generalsekretärin neu besetzt worden, wegen der internen Streitigkeiten blieb die Klärung des Parteivorsitzes jedoch offen (siehe letzte Ausgaben der *Pazifik aktuell*). Rabuka bezeichnete sich lange als weiterhin legitimen Parteivorsitzenden und stimmte erst nach internen Streitigkeiten einem neuen Auswahlprozess zu. Als Militärführer leitete er im Jahr 1987 zwei Putsche, von 1992 bis 1999 diente er als gewählter Premierminister. Den SODELPA-Parteivorsitz hatte er seit 2016 inne, das Amt des Oppositionsführers seit 2018.

Seinen Rücktritt auch vom Amt des Oppositionsführers begründete Rabuka damit, dass er nicht mehr ausreichend Vertrauen des fidschianischen Premierministers Voreqe Bainimarama besitze, um mit diesem - wie von der Verfassung vorgeschrieben - zusammenzuarbeiten. Viele SODELPA-Politikerinnen und Politiker, darunter auch der neue Parteivorsitzende Gavoka, zeigten sich überrascht und „geschockt“ vom Rückzug Rabukas. Sein Nachfolger an der Parteispitze sagte, Rabuka sei eine Ikone und ein Gigant in der fidschianischen Politik und man brauche ihn für die Wahlen im Jahr 2022. Er zeigte sich auch deshalb vom Rückzug Rabukas überrascht, weil dieser in einem vorherigen Gespräch

diesen Schritt nicht angedeutet hatte. Berichten zur Folge soll Rabuka noch wenige Tage vor seinem Rückzug davon gesprochen haben, dass er an führender Stelle im Wahlkampf für die Wahl im Jahr 2022 mitmischen möchte. Reportern gegenüber sagte Rabuka nach seinem Rücktritt, er werde nun prüfen, was seine nächsten Schritte seien, eine neue Partei wolle er zumindest vorerst nicht gründen.

Einige Beobachter, wie der fidschianische Politikwissenschaftler und Direktor des *MacMillan Brown Centers for Pacific Studies* an der University of Canterbury im neuseeländischen Christchurch Steven Ratuva, glauben jedoch, dass der Rückzug Rabukas den Anfang vom Ende des Erfolgs von SODELPA markieren könnte. Er verwies in einem Interview darauf, dass Rabuka bei der Wahl im Jahr 2018 mit Abstand die meisten Stimmen unter den SODELPA-Abgeordneten erhalten hatte – und viele dieser Wähler*innen ihm folgen könnten, sollte er sich doch für die Neugründung einer Partei oder den Beitritt zu einer anderen Partei entscheiden.

Die Wahl von Ratu Naiqama Lalabalavu zum neuen Oppositionsführer, der sich mit 14 zu 5 Stimmen unter den SODELPA-Abgeordneten gegen den neuen Parteivorsitzenden Gavoka durchsetzte, offenbart einmal mehr die anhaltende Spaltung der Partei. Gavoka versicherte, die Überwindung der internen Streitigkeiten habe für ihn Priorität auf dem Weg zur Wahl im Jahr 2022. Der Vorsitzende der kleineren Oppositionspartei NFP sagte, die drei Abgeordneten seiner Partei seien in die Entscheidung für den neuen Oppositionsführer nicht involviert gewesen, sondern die Wahl sei ausschließlich unter den SODELPA-Abgeordneten durchgeführt worden. (*Radio New Zealand International* 27.11.20, 07.12.20, 08.12.20, *Fiji Times* 08.12.20, *Asia-Pacific Report* 08.12.20, *Wikipedia*)

† Ex-Premierminister Ratu Tevita Momoedonu

Ende November ist der frühere fidschianische Premierminister Ratu Tevita Momoedonu im Alter von 74 Jahren im Lautoka Hospital gestorben. Der langjährige Politiker ist eine tragische Figur in der turbulenten politischen Geschichte des Landes rund um die Jahrtausendwende. Gleich zweimal hatte Momoedonu das Amt des fidschianischen Premierministers inne – jeweils jedoch nur für die kürzesten Amtszeiten in der fidschianischen Geschichte. Am 27. Mai 2000 hatte er das Amt des Premierministers lediglich für wenige Minuten inne, vom 14. – 16. März 2001 dann immerhin für zwei Tage. Beide Ernennungen waren weniger politischer denn verfassungsrechtlicher Natur, um den Anforderungen der fidschianischen Verfassung nach den politischen Unruhen in Folge des zivilen Putschs im Jahr 2000 zumindest formal Folge zu leisten.

Die meiste Zeit seines politischen Wirkens gehörte Momoedonu der *Fiji Labour Party* (FLP) an. In der im Jahr 1999 gewählten Regierung unter Mahendra Chaudhry (siehe zu dieser Person auch den ersten Artikel zu Fidschi in dieser Ausgabe) wurde er erstmals ins Regierungskabinett berufen – und war während der Geiselnahme von Regierungsmitgliedern im fidschianischen Parlament während des zivilen Putschs im Jahr 2000 der einzige nicht anwesende Minister. Damit der damalige Präsident Fidschis, Kamisese Mara, der weitgehend nur repräsentative Macht besaß, die Macht übernehmen konnte, um den Staatsstreik zumindest formell zu beenden, benötigte er die schriftliche Anweisung des amtierenden Premierministers – also entließ er Chaudhry und ernannte Momoedonu für wenige Minuten zum Premierminister. In der nach dem Einschreiten des Militärs eingesetzten Übergangsregierung unter Laisenia Qarase war Momoedonu erneut Mitglied des Kabinetts – sowohl die Einsetzung der Übergangsregierung als auch die

Übernahme der Präsidentschaft durch Josefa Iloilo wurde im Jahr 2001 jedoch in einer Gerichtsentcheidung als verfassungsrechtlich nicht korrekt und somit unwirksam beschieden. Da der neue Präsident Josefa Iloilo – der nach einem Rücktritt seines Vorgängers Mara verfassungskonform bestätigt wurde – sich weigerte, den durch den Putsch abgesetzten Mahendra Chaudhry erneut zum Premierminister zu ernennen und stattdessen Neuwahlen ausrufen wollte, die jedoch die Zustimmung eines Premierministers benötigten, ernannte er in einem verfassungsrechtlich umstrittenen Schritt erneut Momoedonu zum Premierminister, der die Neuwahlen anordnete. Später wurde Momoedonu fidschianischer Botschafter in Japan und Südkorea.

Momoedonu hinterlässt seine Frau, fünf Kinder, 26 Enkelkinder und fünf Urgroßenkel. Er wurde am 4. Dezember 2020 auf Anordnung des amtierenden Premierministers Voreqe Bainimarama in einem Staatsbegräbnis in seinem Heimatort Sawaieke beigesetzt. Bainimarama würdigte, dass Momoedonu seinem Land in einer seiner schwersten Zeiten selbstlos gedient habe. Auch der neue SODELPA-Vorsitzende Viliame Gavoka teilte sein Bedauern angesichts des Verlustes mit und sagte, Momoedonu habe dem Land mit Respekt und Barmherzigkeit wichtige Dienste geleistet. (*Fiji Times* 28.11.20, 01.12.20, 03.12.20, *Radio New Zealand International* 30.11.20, 05.12.20, *Fiji Sun* 06.12.20, *Wikipedia*)

Covid-19-Fälle unter Rückkehrern steigen weiter

Die Anzahl der Covid-19-Fälle steigt in Fidschi weiter an. Laut der US-amerikanischen *Johns-Hopkins-Universität* gab es am 14.12.2020 insgesamt 46 Fälle, davon sieben weiterhin aktive Fälle. Zum Zeitpunkt der letzten Ausgabe der *Pazifik aktuell*, die weitere Informationen zum Infektionsgeschehen und Maßnahmen zur Einschränkung der weiteren

Ausbreitung in Fidschi enthielt, lag der Wert noch bei 32 Personen. Weiterhin soll es sich bei keiner der aktiven Infektionen jedoch um sogenannte *community transmissions* – also innerhalb Fidschis erfolgte Ansteckungen – handeln, sondern allesamt um Fälle, die bei Rückkehrer*innen während der vorgeschriebenen Quarantäne aufgetreten sind. Neue Todesfälle gab es in den letzten Monaten nicht, sodass die Zahl weiterhin bei zwei Todesopfern liegt. Zuletzt wurden Anfang Dezember zwei Seeleute positiv auf Corona getestet, die zuvor mit einem Schiff aus Tonga nach Fidschi gelangt waren. Der Nachbarstaat Tonga verzeichnet bisher offiziell noch keine Corona-Infektionen. Obwohl die Situation für Menschen außerhalb der Quarantäneeinrichtungen für Heimkehrer*innen laut fidschianischer Regierung sicher sein soll, wurde die nächtliche Ausgangssperre weiter verlängert. Die meisten der Rückkehrer*innen erreichen Fidschi mit Flügen über das neuseeländische Auckland. Zuletzt positiv getestete Menschen kamen zuvor unter anderem aus Frankreich, Kenia und Mali zurück nach Fidschi. (Johns Hopkins Universität – Stand 14.12.20, Fiji Village 30.11.20, Radio New Zealand International 07.12.20)

Ehemalige Flugbegleiter vom Vorwurf des Drogenschmuggels freigesprochen

Zwei ehemalige Flugbegleiter der fidschianischen Fluggesellschaft *Fiji Airways* sind nach einer Justizpanne vorerst vom Vorwurf freigesprochen worden, im Jahr 2018 auf einem Flug nach Sydney Kokain nach Australien geschmuggelt haben zu wollen. Zuvor war das Beweismaterial verschwunden. Es konnte in der zuständigen Polizeiwache in Nadi nicht mehr aufgefunden werden. Aus Mangel an Beweisen habe das Gerichtsverfahren gegen die beiden Männer daher abgebrochen werden müssen. Nun soll ermittelt werden, ob es sich um eine Schlaperei oder eine vor-

sätzliche Vernichtung von Beweismaterialien gehandelt habe. (Radio New Zealand International 08.12.20)

VANUATU

Pacific Fusion Center

Seit September 2019 ist das *Pacific Fusion Center* (Fusionszentrum) in Canberra (Australien) in Betrieb. Nun hat die australische Regierung angekündigt, das Zentrum werde nach Port Vila (Vanuatu) umziehen.

In dem Zentrum arbeiten im Rahmen eines Kurzeinsatzes 21 Analysten*innen aus 14 pazifischen Staaten. Ziel des Zentrums ist es, eine gemeinsame regionale Sicherheitsstrategie für die Pazifikstaaten zu entwickeln.

Über diese Strategie haben die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten des *Pacific Islands Forum* im Jahr 2018 beraten und die *„Boe Declaration on Regional Security“* verabschiedet. Darin heißt es wörtlich: *„We recognise an increasingly complex regional security environment driven by multifaceted security challenges, and a dynamic geopolitical environment leading to an increasingly crowded and complex region [...]“*.

Die Mitarbeitenden im Fusionszentrum sollen Informationen aus den Bereichen Klimawandel, Umweltschutz, illegale Fischerei, Drogenschmuggel, Menschenhandel und Cyber-Kriminalität sammeln und auswerten, um Sicherheitsrisiken für Pazifikstaaten rechtzeitig zu identifizieren und darauf reagieren zu können.

Hier geht es zum Zentrum: <https://www.pacificfusioncentre.org/>

(Marshall Islands Journal 23.10.20, <https://www.forumsec.org/2018/09/05/boe-declaration-on-regional-security/>)

† Leitak Sokomanu

Am 14. November verstarb im Alter von 83 Jahren Leitak Leifineriki Sokomanu in ihrem Haus in Mele.

Sokomanu gilt als *„Mutter der Unabhängigkeit“*. Sie war die Ehefrau von Ati George Sokomanu (geb. 13.01.1937), dem ersten Präsidenten Vanuatus nach dessen Unabhängigkeit im Jahr 1980. Im Jahr 1989 wurde Sokomanu von der *Vanua'aku Pati* wegen „schweren Fehlverhaltens“ von der Wahlkommission nicht mehr als Kandidat zugelassen, nachdem ihm schon während seiner Präsidentschaft von 1984 bis 1989 Unregelmäßigkeiten bei der Verwendung von Steuergeldern nachgewiesen werden konnten.

Von 1993 bis 1996 war er Generalsekretär der *Pacific Community*. Für seine Verdienste um die Unabhängigkeit bekam er den vanuatischen Verdienstorden.

Bei der Beerdigung seiner Frau Leitak sprach auch Mary Lini, die Ehefrau des ersten vanuatischen Premierministers Walter Lini. Sie sagte, Leitak habe eine wichtige Rolle in den Jahren bis zur Unabhängigkeit gespielt. Sie habe Ni-Vanuatus in ihr Haus eingeladen, sie bekocht und umsorgt. Sie habe dafür gesorgt, dass sich die Einheimischen ohne Wissen der Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien hätten treffen können, um über die Zukunft ihres Inselstaates zu beraten. Die Mutter dreier Kinder habe ihrem Mann immer den Rücken freigehalten, sie sei eine wahre *„Mutter der Unabhängigkeit“*, betonte Lini in ihrer Grabrede. (Radio NZ Intern. 16.11.20, Wikipedia)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Vales Nickelfabrik zum Verkauf – Unruhen in Neukaledonien

Am 7. Dezember versammelten sich junge Leute frühmorgens in Neukaledoniens Hauptstadt Nouméa und bereiteten sich auf eine Protestaktion vor. Sie blockierten die Hauptstraße entlang der Uferpromenade mit Barrikaden, brennenden Autoreifen und Steinen. Die Bereitschaftspolizei rückte an und feuerte Tränengas und Blendkugeln ab, um die Demonstranten*innen zu zerstreuen. Es kam zu stundenlangen Auseinandersetzungen zwischen Kanak-Aktivist*innen und der Polizei.

Bereits seit einem Monat gibt es Straßenblockaden und Demonstrationen im französischen Überseegebiet. Zu den Protesten hatte das Bündnis „*Usine du Sud = Usine pays*“ aufgerufen, in dem sich Clanführer, Umweltgruppen, Gewerkschafter und Mitglieder der Unabhängigkeitskoalition *Front de Libération Nationale Kanak et Socialiste* (FLNKS) zusammengeschlossen haben.

Der unmittelbare Streit dreht sich darum, welches Konsortium für den Kauf der Nickelfabrik des Konzerns *Vale Nouvelle-Calédonie* bieten darf. Das Unternehmen, das 2010 mit der Nickelverhüttung begann, ist die lokale Tochtergesellschaft des brasilianischen Konzerns *Vale*, eines der größten Bergbauunternehmen der Welt. *Vale* zieht sich bis zum Jahresende aus Neukaledonien zurück, 3.000 Arbeitsplätze sind bedroht. Doch hinter dem Kampf um die Übernahme von *Vales* Fabrik verbirgt sich ein anderer Konflikt: Kann das Land die Kontrolle über die umfangreichen natürlichen Ressourcen Neukaledoniens, darunter fast ein Viertel der weltweiten Nickelreserven, übernehmen, während die politische Zukunft ungewiss ist?

Die Entscheidung von *Vale*, Neukaledonien zu verlassen, wurde im Dezember 2019 bekannt gegeben, zwischen zwei Referenden (2018 und 2020) über die politische Unabhängigkeit. In beiden Fällen äußerte eine knappe Mehrheit der registrierten Wähler*innen den Wunsch, bei Frankreich zu verbleiben. Die Unabhängigkeitsbewegung glaubt, dass eine stärkere lokale Kontrolle des Bergbausektors helfen wird, eine souveräne und unabhängige Nation aufzubauen.

Die Kanak-Nationalisten haben ihre Lehren aus dem Bergbau in Papua-Neuguinea, Nauru und anderen unabhängigen Nationen in der Region gezogen, mit ihrer tragischen Geschichte von Umweltschäden, Steuervermeidung und ungleicher Verteilung der Lizenzgebühren.

Im Norden Neukaledoniens, wo die Bevölkerung mehrheitlich aus indigenen Kanak besteht, gründete die Provinzverwaltung eine Entwicklungsgesellschaft, die *Société de Financement et d'Investissement de la Province Nord* (SOFINOR), die 1990 die Bergbaugesellschaft *Société Minière du Sud Pacifique* (SMSP) kaufte. Unter der Leitung des lokalen Unternehmers Andre Dang hat die SMSP in den letzten drei Jahrzehnten neue Schmelzkapazitäten aufgebaut und ist zu einem wichtigen globalen Exporteur von Nickel geworden.

„Wir wollen nicht, dass Neukaledonien so endet wie Nauru“, sagte Dang letztes Jahr. „Unsere Strategie besteht also darin, die Ressourcen weiter zu verarbeiten, was Mittel generieren kann, die in anderen Wirtschaftssektoren eingesetzt werden können, zum Nutzen des Landes und zukünftiger Generationen.“

Die SMSP entwickelte eine Strategie, Joint-Ventures mit ausländischen Unternehmen (*Glencore*, *Posco*, *Yinchuan*) einzugehen, an denen sie jeweils 51 % der Aktienanteile hält. Als wichtigster Zusammenschluss entstand das Koniambo-Projekt im Norden Neukaledoniens, das von KNS

(*Koniambo Nickel SAS*) betrieben wird. Trotz technischer Verzögerungen und massiver finanzieller Vorleistungen ist die Koniambo-Fabrik ein Gegenbeispiel zum von *Vale* betriebenen Goro Nickel-Projekt im Süden, bei der Neukaledonien nur 5 %-Anteile besitzt. Neben sozialen Spannungen hat die Hochdruck-Säure-Laugen-Technologie seit Beginn der Produktion 2010 zu mehreren Umweltkatastrophen geführt.

Dennoch hat der vielseitig verwendbare Rohstoff Nickel das Interesse von „Finanznomaden“ wie *Glencore* und *Trafigura* geweckt. Trotz der Aussicht auf eine zukünftig steigende Nachfrage nach Nickel im Rahmen der Elektroauto-Batterien-Produktion, haben es die jüngste Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in China und die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie erschwert, bestehende Märkte zu halten. *Vale* war das erste Unternehmen, das einknickte und ankündigte, seine neukaledonischen Aktivitäten einzustellen.

Im April 2020 äußerte die SOFINOR, der wirtschaftliche Arm der Nordprovinz, erstmals Interesse an einer Übernahme der Nickelfabrik im Süden, in Partnerschaft mit *Korea Zinc*, einem weltweit führenden Metallproduzenten. Im Rahmen des Angebots würden die drei Provinzen gemeinsam eine Mehrheitsbeteiligung an dem neuen Unternehmen und die Kontrolle über die Fabrik erhalten. Doch konservative Politiker in Nouméa lehnten einen Einfluss der SOFINOR in der Südprovinz ab. „Diejenigen, die das vorschlagen, wollen die Südprovinz wirtschaftlich kolonisieren“, sagte die Provinzpräsidentin Sonia Backes, Vorsitzende der Anti-Unabhängigkeitskoalition „*Avenir en Confiance*“.

Auch Gespräche von *Vale* mit dem australischen Unternehmen *New Century Resources* wurden am 8. September nach lokaler Gegenwehr eingestellt. Ende Oktober kündigte Antonin Beurrier, Vorstandsvorsitzender von *Vale*

Nouvelle-Calédonie, überraschend die Gründung eines neuen Unternehmens „*Prony Resources Nouvelle-Calédonie*“ an. Die Hälfte der Anteile an diesem Unternehmen würde von neukaledonischen Interessen gehalten werden, während der Rohstoffhändler *Trafigura* ein weiteres Viertel halten würde. Die Unabhängigkeitsbewegung war verärgert darüber, dass *Trafigura* gegenüber dem Angebot von *SOFINOR/Korea Zinc* den Vorzug erhalten sollte. *Trafigura* sei nur daran interessiert, die Fabrik und die Abbaurechte zu kaufen, um sie weiter zu veräußern, wenn der Markt für Nickel aktiver ist, um so den maximalen Gewinn zu erzielen.

Daniel Goa, Präsident der größten Unabhängigkeitspartei *Union Calédonienne*, forderte eine Intervention Frankreichs zur Unterstützung des *SOFINOR/Korea Zinc*-Projekts. Fast 3.000 Arbeitsplätze würden gerettet, sagte er, „aber noch viel mehr als das“. Für Goa ist der angekündigte Rückzug von *Vale* eine „dreifache Chance“ für Neukaledonien. Es sei eine Chance, die Fabrik im Süden zu retten. Zweitens sei es eine Gelegenheit, 56 % des Kapitals an dem Unternehmen zu halten, anstatt der derzeitigen 5 %, ohne sich zu verschulden. Drittens könnten die *Vale*-Aktienanteile an das Land zurückgegeben werden und die mineralischen Reserven, wie bei *Koniambo*, geschützt werden.

Um *Vale* zu bewegen, den Verkauf an *Prony Resources* zu verzögern, bildeten die Clanführer im Süden eine Verhandlungsinitiative, die *Instance Coutumière Autochtone de Négociation* (ICAN). Der Aufruf von ICAN zu Protesten wurde von der Initiative „*Usine du Sud = Usine Pays*“ (Fabrik des Südens = Fabrik des Landes) aufgegriffen. Die anhaltenden Proteste und Blockaden zwangen die französische Regierung schließlich zum Eingreifen. Frankreichs Übersee-Minister *Sebastien Lecornu* kündigte an, einen runden Tisch zu organisieren. Am 3. Dezember einigten sich die Teilnehmenden darauf,

Vale aufzufordern, den geplanten Verkauf an *Trafigura* zu verzögern, die Blockaden und Proteste auszusetzen und *Korea Zinc/SOFINOR* die Möglichkeit zu geben, eine Due-Diligence-Prüfung der Nickel-Aktivitäten von *Vale* durchzuführen. Innerhalb von drei Tagen kam es jedoch erneut zu Zusammenstößen zwischen protestierenden Jugendlichen und der Polizei. Das französische Hochkommissariat in *Nouméa* wies die Bereitschaftspolizei an, jegliche Proteste aufzulösen, was die Rhetorik von Recht und Ordnung der Führung der Südprovinz widerspiegelte. Am 7. Dezember zog *Korea Zinc* sein Angebot offiziell zurück. Einen Tag später akzeptierte *Vale* das Angebot von *Prony Resources* und *Trafigura*. ICAN kündigte an, Proteste und Widerstand fortzuführen.

Dies war eine weitere Runde im Streben nach einem unabhängigen *Kanaky-Neukaledonien*, das auf einer gesunden Wirtschaft aufbaut. Die im Süden offensichtliche Wut wurde durch eine Politik der harten Hand und den Einsatz der Bereitschaftspolizei verschärft. Die Rhetorik der Regierung in Bezug auf „unabhängige Entscheidungen“ der ausländischen Investoren wird die wachsenden Spannungen nicht beruhigen und das Versagen des französischen Staates bei der Lösung der Krise nicht verschleiern können. (*Nic Maclellan (2020). New Caledonia's triple opportunity. Inside Story, 10.12.2020. Online: <https://insidestory.org.au/new-caledonias-triple-opportunity/>. Übersetzt, ergänzt und gekürzt von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsvorsitzendem Dr. Matthias Kowasch, Graz.*)

Whipps in den Wahlen im November unterlegen.

Als Vize-Präsidentin konnte sich *Uduch Sengebau Senior* gegen Herausforderer *Frank Kyota* durchsetzen. Sie ist seit 19 Jahren die erste Frau im Amt einer Vize-Präsidentin.

Info: Der Geschäftsmann und Politiker *Surangel Whipps* (Jahrgang 1968) ist der Schwager des derzeitigen Amtsinhabers *Tommy Remengesau, Jr.*. Bereits bei den Wahlen 2016 war er gegen seinen Schwager *Remengesau* angetreten. Damals erhielt er 4.854 Stimmen. *Remengesau* wurde mit 5.109 Stimmen Wahlsieger.

Whipps wurde in *Baltimore, Maryland (USA)* geboren. Seine Mutter stammt aus *Maryland*, sein Vater ist *Surangel S. Whipps Sr.*, der ebenfalls in *Palau* als Geschäftsmann und Senator aktiv war. Er hat einen Master in *Business Administration and Economics* von der *Andrews University* sowie einen MBA von der *University of California*.

Beobachter warten gespannt, ob *Whipps Remengesaus* politischen Kurs weiterverfolgen will. Dieser hatte gedroht, dass *Palau* aus dem *Pacific Islands Forum* austreten werde, sollte kein/e gebürtige/r *Mikronesier/in* ins Amt des neuen Generalsekretärs/-sekretärin gewählt werden. Außerdem hatte *Remengesau* den USA angeboten, eine neue große Militärbasis auf *Palau* zu errichten. (*Marshall Islands Journal 13.11.20, Wikipedia*)

Eröffnung des „Global Village“

Palau: Nach über dreijähriger Bauzeit konnte am 28. September in *Koror* ein multifunktionales Sport- und Veranstaltungszentrum nach umfangreichen Instandsetzungsmaßnahmen, Um- und Neubauten eingeweiht werden. Der Beauftragte *Palaus* bei den Vereinten Nationen, *Botschafter Olai Uludong*, sprach bei

MIKRONESIEN

Neuer Präsident

Palau: Zum 1. Januar 2021 übernimmt *Surangel Whipps, Jr.* die Präsidentschaft über die Republik *Palau*. Der derzeitige Vize-Präsident *Ray Oilouch* war

der feierlichen Eröffnung von einem „Global Village“ im Herzen von Koror.

Uludong hatte das Mega-Infrastrukturprojekt beaufsichtigt und alle Gewerke beim Bau koordiniert. Unterstützt wurde er dabei von der Regierung unter Präsident Tommy Remengesau, der noch bis Ende des Jahres im Amt ist. Es sei eine herausfordernde Aufgabe gewesen, lokale und überregionale Betriebe, Künstler*innen, Architekten und Bauleiter an einen Tisch zu bekommen, erklärte Uludong.

Insgesamt haben sechs Staaten sowie eine private Stiftung zur Finanzierung beigetragen: Taiwan, Japan, Norwegen, Neuseeland, Australien und Indien. Die *Nippon Foundation* und Japan unterstützten den 16 Millionen US-Dollar teuren Um- und Neubau des Veranstaltungszentrums beispielsweise mit 3,9 Millionen US-Dollar.

Info: Das „Global Village“ besteht aus einer Sporthalle, dem Palau Community College (Volkshochschule), dem Ernguul-Nippon-Park, dem Kongresszentrum sowie dem Palau-Nippon Baseball Field. Ursprünglich hätte vom 7. bis 8. Dezember die „Our Ocean Conference 2020“ dort stattfinden sollen, sie wurde Corona-bedingt jedoch abgesagt und auf 2021 verschoben. (*Marshall Islands Journal* 27.11.20, *Island Times* 29.09.20, 2.10.20, https://www.palau.emb-japan.go.jp/itpr_ja/11_000001_00143.html)

Palau erhält mehr Hilfsgüter wegen Corona

Palau: Aus Angst vor dem Corona-Virus verzichteten die Förderierten Staaten von Mikronesien (FSM) auf Hilfsgüter, die jedes Jahr vor Weihnachten von der US-amerikanischen *Air Force* bei der „*Operation Christmas Drop*“ verteilt werden.

Palau hingegen will nicht auf die Hilfsgüter verzichten und erhält jetzt ausnahmsweise doppelt so viele Pakete wie in den Jahren zuvor. Die US-Armee geht dieses

Jahr allerdings bei der Verteilung besonders vorsichtig vor. Auf Palau gibt es (Stand 14.12.) keine bestätigten oder vermuteten Corona-Fälle. Deshalb werden die Care-Pakete nach dem Packen zuerst desinfiziert, dann 72 Stunden in Hangars gelagert und schließlich an Fallschirmen auf die Inseln abgeworfen. Diese 180 bis 270 Kilogramm schweren Versorgungsgüter haben das gleiche Gewicht wie Abwürfe für Soldaten im Weltkrieg.

„*Dieses Jahr fliegen wir Palau zweimal an, also einmal mehr als sonst*“, erklärt US-Commander Steven Massie.

Info: Die „*Operation Christmas Drop*“ begann 1952. Die Besatzung eines US-amerikanischen Bombers hatte auf dem Atoll Kapingamarangi in den FSM Menschen winken gesehen und den Bewohner*innen der isolierten Insel Versorgungsgüter abgeworfen. Seitdem versorgen die USA, Japan, Australien und Neuseeland zu Weihnachten die kleinen Pazifikinseln mit Care-Paketen. Die beiden Letztgenannten setzen dieses Jahr allerdings wegen der Pandemie aus, wollen nächstes Jahr aber wieder helfen.

(Artikel von Jakob Holland. Quellen: <https://www.stripes.com/news/pacific/palau-islanders-to-receive-extra-christmas-drop-aid-after-micronesia-opts-out-over-pandemic-1.654126>)

Touristisch auf dem Vormarsch

Guam: Das Reisemagazin „*Best of the World*“ des Natur- und Wissensmagazin *National Geographic* hat das US-amerikanische Außengebiet Guam im westlichen Pazifik zur „*Destination on the rise for 2021*“ ernannt. Das Magazin rechnet mit einem Anstieg der Touristen*innen im kommenden Jahr auf der größten und südlichsten Insel des Marianen-Archipels. Grund dafür seien die Feierlichkeiten angesichts des 500. Jahrestages der Weltumsegelung durch Ferdinand Magellan, heißt es im Magazin. Am 6. März 1521 hatte Ferdinand Magellan den Marianen-Archipel angesteuert, den er nach einigen

Missverständnissen mit den Einheimischen „Las Islas de los Ladrones“ (Die Inseln der Diebe) nannte. Im März 2021 soll ein Nachbau seines Schiffes in Guam anlegen. Das spanische Schiff fährt entlang der historischen Magellan-Route einmal um die Welt.

Die rund 4.000 Jahre alte Kultur und Geschichte der Insel sei ein Magnet für Touristen*innen aus aller Welt, erklärte ein Sprecher des *Guam Visitors Bureau*. Auch die Sprache Chamorro interessiere viele Reisende, wie der Chamorro-Aktivist, Autor und Dozent Michael Bevacqua erläuterte.

Info: Guam ist ein externes Territorium der USA mit innerer Autonomie. Die rund 168.000 Einwohner*innen sind zwar US-Bürger*innen, dürfen aber nicht an der Wahl zum Präsidenten teilnehmen.

Als zweite pazifische Reiseregion, die sich laut Prognose des *National Geographic* ab 2021 auf dem Vormarsch befinden wird, wurde die zu Tasmanien gehörende *Lord Howe Insel* benannt. Auch der zu Frankreich gehörende melanesische Inselstaat *Neukaledonien* schaffte es auf die Liste der 25 Länder, die es im nächsten Jahr unbedingt zu besuchen gilt, glaubt man den Einschätzungen der internationalen Tourismus-Experten. (*Wikipedia*, *CIA World Factbook*, *KuamNews* 18.11.20, <https://www.nationalgeographic.com/travel/features/best-of-the-world-2021/>)

Neues Personal in der Handelskammer

Guam: Mitte November fand die alljährliche Mitgliederversammlung der Industrie- und Handelskammer von Guam (IHK, *Chamber of Commerce*) statt - Corona-bedingt erstmalig digital. Die Präsidentin der Handelskammer, Christine Baleto, stellte ihren Rechenschaftsbericht vor. Sie sagte, das zurückliegende Jahr sei geprägt gewesen vom Abwägen, ob, wann und wie man die Wirt-

schaft in Guam trotz Corona wieder hochfahren könne.

Die Mitglieder der Handelskammer wählten sechs stimmberechtigte Direktor*innen aus ihren Reihen in den Vorstand der IHK.

Die IHK wird künftig von einer Doppelspitze geführt. Zu gleichberechtigten Direktoren wählten die Mitglieder Sandra McKeever, die geschäftsführende Direktorin von *Asia Pacific Financial Management*, sowie William Calori, den geschäftsführenden Direktor von *Cabras Marine Corporation*. Die beiden Direktoren*innen sollen die IHK abwechselnd leiten. (KuamNews 18.11.20)

Teilnahme am Recycling-Programm

Guam: Die vor einem knappen Jahr gegründete *Zero Waste Guam Working Group* (ZWWG) ist von der US-amerikanischen Umweltschutzbehörde (*Environmental Protection Agency*, EPA) als offizieller Partner anerkannt worden. Deshalb konnte die ZWWG am 16. und 17. November am digitalen *America Recycles Summit* teilnehmen und dort sowohl als Moderatorin einer Einheit, als auch als DiskutantIn auf dem Podium zum Thema „*Effective Strategies in Tribal and Territorial Materials Management and Recycling Systems*“ auftreten.

Lieutenant-Governor Jash Tenorio aus Guam hielt einen Vortrag in seiner Funktion als Vorsitzender der „*Islandwide Beautification Task Force*“, die sich für ein sauberes Guam einsetzt. Die Gruppe organisiert Müllsäuberungsaktionen und Aufklärungskampagnen zur Mülltrennung. Am 1. August des Jahres trafen sich rund 1.000 Freiwillige, die über 10.000 Kilo wiederverwertbaren Mülls an Stränden und in den Städten auf sammelten. Ziel von Guams Lokalregierung ist eine „Zero Waste“-Politik, also die maximal mögliche Vermeidung von recyclebarem Müll. Dazu hat die Insel im westlichen Pazifik bereits 2019 überall Wertstoffcontainer für Pa-

per, Glas und Konservendosen aufgestellt sowie das Müllmanagement in den Mülldeponien verbessert.

Info: Bei dem zweitägigen Gipfel der amerikanischen Abfall- und Recyclingwirtschaft trafen sich Organisationen und Einzelpersonen, die sich in ihren jeweiligen Territorien für eine nachhaltige und kostengünstige Müllbewirtschaftung einsetzen. Im Mittelpunkt des diesjährigen dritten Gipfels seit 2018 stand die Frage, wie Abfall besser getrennt und anschließend nachhaltig wiederverwertet werden kann. Zukünftig wollen die Teilnehmenden am Gipfel die „Zero Waste“-Politik in ihren Ländern vorantreiben.

(Pacific News Center 16.11.20, <https://www.epa.gov/americanrecycles>)

Abkommen mit Taiwan

Nauru: Der Vize-Minister für die Hafenbehörde, Russ Kun, und der taiwanische Botschafter Dean Wang haben Anfang November ein „*Memorandum of Understanding*“ zwischen der Hafenbehörde und der *Taiwan International Port Corporation* unterzeichnet.

Taiwan wird die Behörde dabei unterstützen, einen modernen Hafen auf Nauru zu bauen mit entsprechend zertifizierten Kaianlagen, Lagerhäusern und Transportlogistik. Mit dem Bau eines Cargo-Container-Terminals wurde bereits im Oktober des Jahres begonnen.

Taiwan wird außerdem Nauruer in Taiwan, aber auch vor Ort in Nauru, im Bereich der Hafenlogistik ausbilden.

Info: Der Aus- und Umbau des alten Aiwo-Hafens zu einem Hafen gemäß internationalem Standard wird mit Mitteln der Asiatischen Entwicklungsbank, mit Unterstützung der Regierungen von Nauru und Australien sowie aus Mitteln des *Green Climate Fund* finanziert. (<https://www.pan.com.nr/>, ADB 27.01.20)

USA und Nauru unterzeichnen Investitionsförderungsabkommen

Nauru: Am 3. Dezember unterzeichneten der US-Botschafter von Fidschi, Kiribati, Nauru, Tonga und Tuvalu, Joseph Cella, und der Hochkommissar für Nauru, Michael Aroi, ein Investitionsförderungsabkommen zwischen Nauru und den Vereinigten Staaten von Amerika. Dieses Abkommen soll den Zugang zu Förderprogrammen der *U.S. International Development Finance Corporation* (DFC) ermöglichen.

Laut Botschafter Cella stieg der Handel zwischen den beiden Staaten von 2,2 Millionen (2015) auf 5 Millionen US-Dollar (2019). Durch dieses Abkommen könne nun die Dynamik des Handels und der Investitionen weiterwachsen.

Durch das Investitionsförderungsabkommen kann die DFC (Amerikas Entwicklungsbank), private Investitionen mobilisieren, um die Entwicklung des Landes zu fördern. Die DFC investiert in Energie, Gesundheitswesen und vieles mehr. Durch Finanzierungen für kleine Unternehmer*innen können Arbeitsplätze in Schwellenländern geschaffen werden.

(Artikel von Jakob Holland, <https://fj.usembassy.gov/united-states-and-nauru-sign-investment-incentive-agreement/>)

MARSHALL-INSELN

Erste Diplom-Ingenieurin

Die 28-jährige Yukiko K. Muller ist die erste Frau von den Marshall-Inseln, die erfolgreich ihren Universitätsabschluss als Diplom-Ingenieurin bestanden hat. Muller absolvierte ein Informatik-Studium an der *University of the Ryukyus* in Okinawa (Japan).

Yukiko ist die Tochter von Tony und Okez Muller aus dem Raaur-Klan, ihre Familie stammt von den Atollen Majuro, Jabat, Mejit und Wotje. Sie ging in Majuro, Hawai'i und Kalifornien in die Schule. 2015 machte sie in Tai-

wan ihren Bachelor in „Applied Computing“ und studierte ein Jahr lang Mandarin. Anschließend ging sie für ihr Diplomstudium an die Uni in Okinawa. Dort schrieb sie ihre 66-seitige englischsprachige Diplomarbeit im Fachbereich Informationstechnologie mit Schwerpunkt Computer-Netzwerke zum Thema „Fiber-to-the-Home Architecture for the Republic of the Marshall Islands“ über die Nutzung von Faseroptik zur Verbesserung der Telekommunikationsdienstleistungen auf den Inseln.

Nun plant die erfolgreiche Absolventin ihre Doktorarbeit. Darin will sie sich mit der Verarbeitung akustischer Unterwasser-Signale als zukunftssträchtiges Kommunikationsmodell beschäftigen. Neben ihrer exzellenten akademischen Karriere arbeitet Muller für die *Marshall Energy Company* als Beraterin und engagiert sich ehrenamtlich in ihrer Gemeinde als Lehrerin für nachhaltige Küstentischerei. Nach eigener Aussage möchte Muller zu einem Vorbild für junge Frauen werden. Zu lange seien die Ingenieurwissenschaften eine Männerdomäne gewesen, bemängelte sie. Es spräche nichts dagegen, dass auch Frauen ein naturwissenschaftliches Studium erfolgreich bewältigen könnten, betonte die frischgebackene Ingenieurin, die sich auch bei Instagram erfolgreich inszeniert. (*Marshall Islands Journal* 02.10.20, S. 1f., Instagram Profil)

Erstmals Beteiligung

Erstmals hat sich der Gehörlosenverband „Deaf Flourish“ der Marshall-Inseln an der „*International Week of the Deaf*“ beteiligt. Die Woche stand unter dem Motto „*Reaffirming Deaf People's Human Rights*“. Die Gehörlosen haben am 23. September auch den „*International Day of Sign Language*“ mit einer Konferenz und einem Festakt gefeiert.

Die „Woche der Gehörlosen“ wurde erstmals 1958 vom Weltverband der Gehörlosen (WFD) in Rom (Italien) ausgerufen. Die

Vereinten Nationen erklärten im Jahr 2017 den 23. September jeden Jahres zum *Internationalen Tag der Gebärdensprache*. Er soll auf die linguistische Vielfalt dieser Sprache hinweisen sowie auf die den Gehörlosen und Stummen ganz eigene Kultur. Dazu wurde diese Art von Behinderung in der Behindertenkonvention der Vereinten Nationen (*Convention on the Rights of Persons with Disabilities*) fest verankert.

Bei ihrem Festakt anlässlich des Tages der Gebärdensprache machten die Gehörlosen auf ihre Diskriminierung im Alltag aufmerksam. Auch seien viele Ärzte und Ärztinnen nicht auf den Umgang mit gehörlosen Patienten*innen vorbereitet und begegneten diesen Patienten*innen mit sichtlichem Unbehagen und Unverständnis.

Vertreter*innen der *National Disaster Management Organisation* versprachen, sich dafür einzusetzen, dass in öffentlichen Einrichtungen wie etwa Krankenhäusern und Rathäusern Gebärdendolmetscher*innen zur Verfügung stehen und wichtige Begriffe aus der Gebärdensprache auf Infotafeln in öffentlichen Gebäuden ausgehängt werden. (*Marshall Islands Journal* 09.10.20)

Akkreditierung über ZOOM

Erstmals ist eine Botschafterin nicht vor Ort am Amtssitz des Präsidenten der Marshall-Inseln, David Kabua, akkreditiert worden, sondern online über den Videokonferenzdienstleister ZOOM. Die neue tschechische Botschafterin für die Marshall-Inseln, Frau Jana Sediva, wurde am 13. Oktober als Mitglied der konsularischen Vertretung von Tschechien offiziell auf den Marshall-Inseln zugelassen.

Die in Manila (Philippinen) ansässige nicht-residentielle Botschafterin war gemeinsam mit Präsident Kabua, dem Außenminister der Marshall-Inseln, Casten Nemra, sowie weiteren Kabinettsmitgliedern im gleichen ZOOM-

Meeting-Room, als sie ihre Akkreditierungsurkunde über den Bildschirm präsentierte.

Die seit 2018 für die Philippinen zuständige Botschafterin Sediva (Jahrgang 1972) hatte bereits vor der - trotz ZOOM feierlichen - Zeremonie in einem „Breakout-Room“ ein bilaterales Gespräch mit Außenminister Nemra. Beide vereinbarten eine verbesserte Zusammenarbeit in den Bereichen Landwirtschaft und Technologie. (*Marshall Islands Journal* 23.10.20, https://www.mzv.cz/manila/en/about_the_embassy/the_ambassador/ambassador_mrs_jana_sediva.html)

† Ex-Präsident Litokwa Tomeing

Der vierte Präsident der Marshall-Inseln, Litokwa Tomeing, verstarb am 12. Oktober dieses Jahres im Alter von 80 Jahren. Er saß von 1979 bis 2019 ununterbrochen in der *Nitijela*, dem Parlament der Marshall-Inseln und war von 2000 bis 2007 dessen Sprecher. Die Präsidentschaftswahlen im Januar 2008 entschied er mit 18 zu 15 Stimmen für sich. Anders als von ihm erwartet wurde, blieb er der pro-taiwanesischen Politik der Marshall-Inseln treu.

Zwei gegen ihn durchgeführte Misstrauensvotums scheiterten, durch das Dritte wurde er am 21. Oktober 2009 mit 17 zu 15 Stimmen gegen ihn abgesetzt. Es war das erste erfolgreiche Misstrauensvotum auf den Marshall-Inseln. (Artikel von Jakob Holland. Quelle: https://en.wikipedia.org/wiki/Litokwa_Tomeing)

† Musiker Eddie Enos

Am 12. Oktober verstarb in Ebeye (Kwajalein-Atoll) im Alter von 46 Jahren überraschend der Musiker und Komponist Eddie Enos.

Enos (Jahrgang 1974) machte ab den frühen 1990er Jahren Karriere als Diskjockey, Komponist, Musiker und Sänger. Er wurde über die Grenzen der Marshall-Inseln hinweg bekannt für seine eingängigen, christlich geprägten

Texte, die er überwiegend in Marshallese schrieb. Seine Lieder beschreiben die Schwierigkeiten des Alltags auf den Inseln und das Familienleben von Alt und Jung.

In den Nachrufen in den Sozialen Medien beschreiben Musikkollegen*innen den Verstorbenen als bescheidenen und nahbaren Menschen. Er habe sich nie „abgehoben“ verhalten, sondern das Gespräch mit seinen Anhängern*innen gesucht. So sei es ihm gelungen, ein Sänger für „alle Generationen“ zu werden, erklärte ein Musikredakteur des Lokalradios in Majuro. Jeder, vom Säugling bis zum Senioren, kenne die Musik von Enos und habe dessen Songs auf dem Smartphone gespeichert. Seine Lieder liefen zu allen großen Lebensereignissen, von der Geburt über die Hochzeit bis zur Beerdigung.

Der Radiosender *Power 103.5 FM* auf Majuro spielte als Tribut für den Verstorbenen einen Tag lang nur seine Musik. Enos hinterlässt seine Frau Lorna Loek und sechs Kinder.

Info: Auf YouTube befinden sich unter dem Stichwort „Eddie Enos“ zahlreiche Musikvideos.
(*Marshall Islands Journal 16.10.20*)

† Richter Walter Elbon

Anfang Oktober verstarb im Alter von 70 Jahren Walter Kimoj Elbon in Majuro. Nach dem Schulabschluss 1972 arbeitete Elbon zunächst für die *Bank of America* als Hilfskassierer, später als Betriebsleiter für die *Bank of Guam*. 1994 kam er als Sachbearbeiter zum *Traditional Rights Court* (TRC). 1990 wechselte er als Finanzchef zum Obersten Gericht. 1990 ernannte ihn das Kabinett zunächst für zehn Jahre zum Obersten Richter am TRC. Hier war er vor allem zuständig für die Landrechte von Alap. Elbon selber war Titelträger von Land auf den Atollen Majuro, Wotje, Ailuk und Utrik. Im Januar 2020 wurde sein Vertrag bis zu

seinem geplanten Eintritt in die Rente am 22. Januar 2022 verlängert. Insgesamt stand Richter Elbon 36 Jahre lang im juristischen Dienst der Marshall-Inseln. Nach Meinung vieler Amtskollegen machte er sich vor allem um die Arbeit des TRC einen Namen. Arbeitete dieser dem traditionellen Landrecht vorbehaltene Gerichtshof in den Jahren vor seinem Amtsantritt eher behäbig und mit wenigen Ergebnissen, machte Elbon aus dem Gericht eine funktionierende juristische Instanz in allen Landfragen.

In den 22 Jahren vor seinem Amtsantritt beim TRC konnte dieser nur in 28 Fällen entscheiden. In den Jahren zwischen 2011 und 2020 jedoch wurden vor dem Gericht unter Elbons Präsidentschaft 39 Landstreitigkeiten erfolgreich gelöst.

Der bereits verwitwete Walter K. Elbon hinterlässt zwei Kinder und zehn Enkelkinder. Er wurde in Laura beerdigt.

(*Marshall Islands Journal 09.10.20, Micronesian Legal Services Corporation*)

† Arzt Dr. Kennar Briand

Anfang Oktober verstarb in Majuro im Alter von 71 Jahren der Humanmediziner Dr. Kennar Briand. Bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2018 war Briand über 40 Jahre im Gesundheitssektor der Marshall-Inseln tätig. Er entwickelte vor allem Vorsorgeprogramme für die Bevölkerung und setzte sich für Vorsorgeuntersuchungen ein.

Besondere Verdienste erwarb er sich um die Ausbildung des medizinischen Nachwuchses. Mit Amtsantritt in den frühen 1980er Jahren bemerkte der in Port Moresby (Papua-Neuguinea) ausgebildete Dr. Brian einen akuten Ärztemangel auf den Marshall-Inseln. Er warb junge Frauen und Männer für den Arztberuf an und schickte diese zum Studium nach Fidschi und Taiwan.

Info: Dr. Briand lernte während seines Studiums in Port Moresby

seine zukünftige Frau, die Krankenschwester Maypol, kennen. Das Paar kehrte nach Studienabschluss nach Majuro zurück, wo Dr. Brian im Krankenhaus zu arbeiten begann. 1993 wurde er zum Direktor für Öffentliche Gesundheit ernannt. Von 2011 bis 2015 war er ärztlicher Direktor des Krankenhauses in Majuro.
(*Marshall Islands Journal 23.10.20, <https://www.facebook.com/PIHOASecretaria/posts/rest-in-peace-dr-kennar-briand-kommol-tata-for-your-dedicated-service-leadership/2802387963309243/>*)

KIRIBATI

Erinnerung an Weltkriegs-Schlachten

In Erinnerung an zwei blutige Schlachten des Zweiten Weltkrieges in Kiribati, hat das Fremdenverkehrsamt (*Tourism Authority of Kiribati*, TAK) eine Serie von Filmen mit Augenzeugenberichten und Fotografien herausgegeben. In den Videos kommen Kriegsveteranen zu Wort, die vor 77 Jahren als Kinder die Weltkriegsschlachten erlebt hatten.

TAK-Marketingchefin Sarah Teetu erklärte, die Geschichten über die beiden Schlachten des Zweiten Weltkrieges im November 1943 seien tief im kollektiven Gedächtnis der I-Kiribati erhalten. Überall in Kiribati gäbe es Relikte aus dem Weltkrieg, u.a. Bunker, Küstengeschütze, Schiffs- und Flugzeugwracks sowie verrostete Öltanks und Panzer. Das Fremdenverkehrsamt werde die Erinnerung an den Weltkrieg wachhalten, sagte Teetu, denn der so genannte „*Schlachtfeld Tourismus*“ (*Battlefield Tourism*) sei eine nicht zu vernachlässigende Einkommensquelle für Kiribati. Deshalb habe man jetzt auch die Filmreihe mit den letzten Überlebenden der japanisch-US-amerikanischen Schlachten erstellt und biete auch spezielle „*Schlachtfeld-Touren*“ für Touristen*innen an.

Hintergrund: Die Schlacht um die Gilbertinseln („*Operation Galvanic*“) wurde zwischen den Trup-

pen Japans und den USA im Rahmen des Pazifikkrieges ausgetragen. Sie dauerte vom 20. bis zum 24. November 1943 und endete mit einem Sieg der Amerikaner. Die Eroberung der Gilbertinseln war der erste Schritt in der von Admiral Nimitz bevorzugten Strategie des so genannten „Island Hopping“ über die kleinen Atolle Mikronesiens. Eigentlich bestand die Schlacht aus zwei unabhängigen, jedoch gleichzeitig erfolgenden amphibischen Landungen auf den beiden Atollen Makin (auf der Insel Butaritari) und Tarawa. Während die Kämpfe auf Makin für die Amerikaner weniger heftig ausfielen, kam es auf Tarawa zu erbitterten Kämpfen zwischen etwa 4.800 japanischen Verteidigern und 18.600 amerikanischen Marineinfanteristen. Die Kämpfe kosteten fast allen der 4.600 Verteidigern das Leben; nur 17 Japaner und 129 verwundete koreanische Arbeiter ergaben sich den amerikanischen Truppen.

Auch auf amerikanischer Seite waren fast 900 Tote und 2.400 Verwundete zu beklagen. (*Marshall Islands Journal* 04.12.20, <https://visitkiribati.travel/experiences/wwii-battlefield-tours/>)

† William Taft Stuart

Am 13. August starb in Myrtle Beach (Süd-Kalifornien, USA) im Alter von 81 Jahren der amerikanische Ethnologe William Taft Stuart (geb. 12.04.1939 in New York). 1961 machte er seinen BA in Soziologie an der *George Washington University*. 1971 promovierte Stuart an der Universität von Oregon über die soziale Organisation der Gilbertinsulaner*innen nach deren zweifacher Umsiedlung während des Zweiten Weltkrieges. In der Arbeit *„Cultural Ecology: Prolegomena to a Natural Science of Society“* befasste er sich mit den sozialen Abhängigkeiten und Verpflichtungen der Gilbertesen und der Frage, wie die Inselbewohner*innen das soziale Netz von Tausch und Gegentausch trotz der Umsiedlungen aufrechterhalten konnten.

Von 1973 bis zu seiner Pensionierung 2016 unterrichtete Stuart Anthropologie an der *University of Maryland*. Er setzte sich Zeit seiner akademischen Laufbahn für die Förderung talentierter Studierender ein und gründete dazu die Nichtregierungsorganisation *„Center for Excellence in Education“*. In der Ethnologie machte sich Stuart weltweit einen Namen in der vergleichenden Religionswissenschaft. So unterrichtete er viele Jahre das Fach „Anthropology of Religion“.

Info: Die Gilbertinseln sind eine Kette von 16 Atollen im Pazifik, die zum Inselstaat Kiribati gehören. Das bevölkerungsreichste Atoll ist Tarawa, auf dem die Hauptstadt *South Tarawa* auf der Insel Bairiki liegt.

(<https://anth.umd.edu/sites/anth.umd.edu/files/cv/William%20Taft%20Stuart%20CV.pdf>, <https://www.anthropology-news.org/index.php/2020/09/18/william-taft-stuart/>)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Handbuch für Lehrkräfte

Tuvalu: Im Rahmen der Kampagne der Vereinten Nationen *„16 Days of Activism to end violence against women and children“* hat die *Pacific Community* (SPC) in Zusammenarbeit mit dem Kinderhilfswerk *UNICEF* am 9. Dezember zwei Lehrvideos sowie ein Handbuch für Lehrkräfte zum positiven und wertschätzenden Umgang mit Schüler*innen veröffentlicht. Die Materialmappe *„Tuvalu Positive Behaviour Management for Children Handbook“* soll Lehrenden Handlungsanweisungen zum inklusiven, gewaltfreien und anti-diskriminierenden Verhalten im Klassenzimmer geben.

Der Hochkommissar von Tuvalu, Temate Melitiana, erklärte bei der feierlichen Vorstellung des Bu-

ches im Bildungsministerium, es zeige positive Wege im Umgang mit Schüler*innen auf. Das sei wichtig, denn es sei noch keine 30 Jahre her, dass die Prügelstrafe in den Klassenzimmern abgeschafft worden sei. Nach dem Verbot der Prügelstrafe habe man es leider versäumt, andere Strafen im Schulsystem einzuführen. Lehrkräfte müssten sich daran gewöhnen, dass körperliche Züchtigungen kein probates Hilfsmittel im Umgang mit schwierigen Schüler*innen mehr seien. Sie müssten stattdessen andere Methoden im Umgang mit schwierigen Kindern einüben. Die Videofilme seien hier besonders hilfreich mit konkreten Beispielen aus dem Schulalltag.

Info: Die Materialmappe wurde erstellt im Rahmen der *„Pacific Partnership to end violence against women and girls“* unter Leitung der SPC. Finanziert wird das Programm von *UN Women*, den Regierungen von Australien und Neuseeland sowie der Europäischen Union. Frau Dr. Erja Askola, die EU-Regionalbeauftragte für den Pazifik, nahm an der Vorstellung der Materialien persönlich teil. Sie gratulierte dem Ministerium von Tuvalu zu dem Handbuch und erklärte, die Vermeidung von Gewalt könne bereits in den Schulen eingeübt werden. Zeiten änderten sich und sei früher die Prügelstrafe in den Schulen gang und gäbe gewesen, so stünde heute ein positiver, nicht auf Strafen ausgerichteter, Unterricht im Vordergrund. Kinder, die Gewalt nicht als Lösung von Problemen betrachteten, würden auch als Erwachsene weniger oder keine Gewalt ausüben, betonte Askola.

Tuvalu hat bereits 1995 das *„Übereinkommen über die Rechte des Kindes“* ratifiziert und damit auch die Prügelstrafe in den Schulen abgeschafft. (*Pressemitteilung SPC* 10.12.20)

Einziger Mann erhält Leadership-Diplom

Samoa: Als einziger Mann hat der in Auckland (Neuseeland) lebende gebürtige Samoaner Saulo Suamasi ein Diplom als indigene Führungskraft bestanden. Suamasi hatte an dem Programm von *Rise2025* teilgenommen. Dieses junge Start-Up ist eine Coaching- und Beratungsagentur mit dem Motto „Transform lives“. Das ausschließlich weibliche Team hat einen Studiengang für die Ausbildung von indigenen Multiplikatorinnen (überwiegend Pazifik-Insulanerinnen sowie neuseeländische Maori) erarbeitet, die anschließend Indigene bei ihrer Karriere und ihrem beruflichen Fortschritt unterstützen und beraten sollen.

Die drei von *Rise2025* angebotenen Ausbildungslehrgänge waren eigentlich nur Frauen vorbehalten, aber Suamasi gelang die Aufnahme in das Studienprogramm. Als einziger Mann unter 35 Frauen konnte er jetzt bei der auch online übertragenen Diplomfeier in den Räumen des *Pacific Media Network* sein Zeugnis über den erfolgreichen Abschluss des Studienganges entgegennehmen.

Suamasi nahm an dem „TAHI Aro Matawai Coaching and Leadership Programme for Indigenous Coaches“ teil. Der Teamleiter bei der Firma *Specialist Group Home* will sein neues Wissen nach eigener Aussage gleich in der Praxis umsetzen, denn in seinem Ehrenamt engagiert er sich als Jugendsozialarbeiter bei der Wohltätigkeitsorganisation *Anglican Trust for Women & Children* im Aucklander Stadtteil Otahuhu, in dem besonders viele Pazifik-Insulaner*innen und Maori leben.

(<https://pacificmedianetwork.com/articles/sa-moan-saulo-suamasi-first-male-graduate-of-coaching-programme>,
<https://www.zoominfo.com/p/Saulo-Suamasi/-1002695108>,
<https://rise2025global.com/>)

Umstrittene Verfassungsreform zugunsten von „Tradition“ im Justizwesen

Tonga: Am 15. Oktober 2020 beschloss das Parlament des Königreichs Tonga in einem einstimmigen Votum der anwesenden 18 Abgeordneten (von insgesamt 25), den Artikel 89 der Verfassung des Landes zu ändern. Der Artikel bestimmt die Grundlagen des Gerichtswesens im Lande, welches sich bislang vor allem auf Prinzipien des englischen „Common Law“ stützte – ein Erbe der britischen Protektorats-herrschaft von 1900 bis 1970. Die neue Verfassungsänderung fügt diesem Artikel nun einen weiteren Paragraphen hinzu, in dem tonganische Kultur und Tradition ebenso zur Quelle des Rechts erklärt werden.

Während die Reform im Sinne der Entkolonisierung des Rechtswesens zunächst positiv klingt, gab es bereits im Vorfeld des Beschlusses deutliche Kritik. So bemängelte der oppositionelle Abgeordnete Siaso Pōhiva, Sohn des letzten Jahres verstorbenen ehemaligen Premierministers 'Akilisi Pōhiva, dass „Tradition“ nicht klar definiert ist, weshalb es sich um eine Art Gummiparagraphen handele, der nach Belieben manipulierbar sei.

Kritiker außerhalb des Parlaments gingen einen Schritt weiter und warnten davor, dass dieser Gummiparagraph dazu verwendet werden könne, im Namen von „Tradition“ den Machtmissbrauch, Korruption und Rechtsbeugung zu rechtfertigen und rechtsstaatliche Prinzipien auszuhebeln. Insbesondere im Bereich von häuslicher und sexueller Gewalt würde damit einer Hintergehung der Interessen der Opfer im Namen „traditioneller Versöhnung“ Tür und Tor geöffnet. Zu den erklärten Kritikern gehören unter anderem der Vorsitzende der nationalen Anwaltskammer (*Tonga Law Society*) Sione Fonua, der langjährige Journalist und Verleger Pesi Fonua und der Naturwissenschaftler Firitia Velt von der 'Ate-nisi-Universität. (Artikel von Pazifik-

Netzwerkmitglied Dr. Lorenz Gonschor, Tahiti. Quelle: Matangi Tonga, eigene Recherchen)

Neuer Premier

Cook-Inseln: Nach dem freiwilligen Rücktritt von Premierminister Henry Puna ist sein bisheriger Stellvertreter Mark Brown zum neuen Premierminister ernannt worden. Er trat sein Amt am 1. Oktober 2020 an.

Henry Tuakeu Puna (geb. 29. Juli 1949) wurde erstmals 2005 in das Parlament der Cook-Inseln gewählt. Im September 2006 wurde er Vorsitzender der *Cook Islands Party*. Im selben Jahr verlor er seinen Sitz im Parlament, blieb aber Parteivorsitzender. Bei den Wahlen im November 2010 gewann die *Cook Islands Party* 16 der 24 Sitze im Parlament. Puna wurde am 30. November 2010 als Premierminister vereidigt.

Sein Rücktritt zum jetzigen Zeitpunkt sei genau geplant gewesen, erklärte Puna. Er wolle seinem Nachfolger genug Zeit zur Einarbeitung in das Amt geben, bevor 2022 die nächsten Parlamentswahlen anstünden. Auf seine Amtszeit zurückblickend, sagte Puna, er bedaure, dass es ihm nicht gelungen sei, die Cook-Inseln zum Vollmitglied bei den Vereinten Nationen zu erheben. Henry Puna will sich nun als Kandidat für den Posten des neuen Generalsekretärs des *Pacific Islands Forum* aufstellen lassen.

Info: Mark Brown (Vize-Parteichef der *Cook Islands Party*) aus Avarua studierte Management im Öffentlichen Sektor an der *Massey University* in Neuseeland. Er hat einen *Master of Business Administration* von der *University of the South Pacific*. Von 2010 bis 2018 war er Finanzminister im Kabinett unter Henry Puna. Seit 2018 war er stellvertretender Premierminister. (*Marshall Islands Journal* 09.10.20, <https://www.rnz.co.nz/news/pacific/427377/mark-brown-is-the-new-cook-islands-pm>, Wikipedia)

† Jim Marurai

Cook-Inseln: Am 6. November verstarb in Ivirua auf der Insel Mangaia der ehemalige Premierminister Jim Marurai. Er war von 2004 bis 2010 als zehnter Premierminister der Cook-Inseln im Amt. Marurai wurde am 9. Juli 1947 auf Mangaia geboren. Er besuchte das *Tereora College* in Nikao auf der Insel Rarotonga und die *University of Otago* in Dunedin (Neuseeland). Später unterrichtete er als Lehrer an der Schule von Oneroa auf Mangaia.

1994 wurde er erstmals für die *Demokratische Partei* ins Parlament gewählt und war seit Juni 1999 Minister für Bildung. Im November 2004 gründete er mit anderen Abgeordneten der Demokratischen Partei die Partei *Demo Tumu* („wahre Demokraten“, späterer Name: *Cook Islands First Party*), die sich 2006 wieder auflöste. Am 14. Dezember 2004 wurde er vom Parlament mit 14:9 Stimmen zum Premierminister gewählt und blieb bis zur Niederlage der Demokraten bei den Wahlen von 2010 im Amt. Er blieb jedoch weiterhin Abgeordneter für den Wahlkreis Ivirua.

Der amtierende Premierminister Mark Brown reiste mit einer Delegation zur Trauerfeier nach Mangaia, um sich persönlich von dem - im Volksmund „*Gentleman Jim*“ genannten Politiker - zu verabschieden. Marurai sei ein wahrer „*Mann des Volkes*“ gewesen, er sei sehr beliebt gewesen und sei dabei immer bescheiden aufgetreten, erklärte Brown, der anlässlich des Todes von Marurai Trauerbeflaggung auf allen Inseln angeordnet hatte. (*Cook Islands News* 06.11.20, *Wikipedia*)

FRZ.-POLYNESIEN

Missmanagement der Coronakrise

Neben den amerikanisch beherrschten Gebieten Hawai'i und Guam hat Französisch-Polynesien mittlerweile die höch-

sten Infektionszahlen im Pazifik. In fast allen anderen Pazifikstaaten und -territorien wurden nach einem anfänglichen Lockdown internationale Flugverbindungen bis auf weiteres eingestellt (dies gilt im Übrigen auch für die beiden anderen französischen Territorien Neukaledonien und Wallis & Futuna), wodurch die Infektionszahlen dort bis heute zu den niedrigsten der Welt zählen. Französisch-Polynesien erlaubt dagegen seit Juli wieder tägliche Flüge von und nach Paris. Dies wurde zwar mit der Auflage verbunden, vor Abflug in Paris einen negativen Test vorzuweisen und sich nach Ankunft bis zu einem zweiten Selbsttest in Quarantäne zu begeben, doch letztere Auflagen wurden nicht kontrolliert und oft nicht eingehalten.

Die Wiederaufnahme der Flüge erhielt zwar einerseits den zu Beginn des Jahres massiv eingebrochenen Tourismus am Leben, andererseits war es bei der lachen Kontrolle der Selbstquarantäne nur eine Frage der Zeit, bis das Virus erneut eingeschleppt wurde. Im August war es dann so weit und die Zahlen schnellten massiv in die Höhe, bis es im Oktober die ersten Toten gab und im November die Zahl der aktiven Fälle um mehr als 2.000 gestiegen war. Die kumulative Zahl aller Infektionsfälle beläuft sich auf etwa 16.500, die der Toten auf 107. Bei einer Gesamtbevölkerung des Landes von ca. 280.000 ist dies eine der höchsten Infektionsraten der Welt.

Die Reaktion der Behörden war erstaunlich passiv. Während im März als Reaktion auf ein paar Dutzend Infizierte und keinerlei Toten ein mehrwöchiger Lockdown für die gesamte Bevölkerung inklusive Alkoholverbot verhängt wurde, wurden bei weitaus dramatischeren Zahlen bis heute außer einer nächtlichen Ausgangssperre von 21 bis 6 Uhr und einer allgemeinen Maskenpflicht keine weiteren Zwangsmaßnahmen verhängt. (*Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Dr. Lorenz Gonschor, Tahiti. Tahiti-Infos, La Dépêche de Tahiti, Tahiti-Infos, eigene Recherchen*)

† Myron Mataoa (1945-2020)

Am 6. November 2020 starb der langjährige tahitische Unabhängigkeitspolitiker Myron Mataoa im Alter von 75 Jahren.

Als Mitglied der *Kirche der Heiligen der Letzten Tage* (Mormonen) war Mataoa seit jungen Jahren sehr in seiner Gemeinde engagiert. Als Hobbyhistoriker interessierte er sich außerdem für die damals totgeschwiegene Geschichte der gewaltsamen Kolonisierung seines Landes durch Frankreich im 19. Jahrhundert, was ihn darin bestärkte, für die politische Unabhängigkeit des Landes und gegen die französischen Atomtests einzutreten. 1977 war er daher Gründungsmitglied der Polynesischen Befreiungsfront, später *Tavini Huiraatira no te Ao Maohi* genannt, unter der Führung von Oscar Temaru, lange Zeit stellvertretender Parteivorsitzender.

Sowohl als Kirchenvertreter als auch als Politiker stellte er sein breites Wissen und Talent als Redner auf Tahitisch unter Beweis, weswegen er 1978 in die tahitische Sprachakademie (*Fare Vāna'a*) aufgenommen wurde. Während er lange Zeit vor allem in der Organisation seiner Partei aktiv war, war er von 2004 bis 2013 auch Mitglied der Landesversammlung und ebenso langjähriger oppositioneller Gemeinderat der Stadt Papeete.

Im Jahr 2018 kam es allerdings zu Differenzen mit der Parteiführung und Mataoa sah sich in Konkurrenz zu Vertretern der jüngeren Generation, die Temaru zunehmend gegenüber der „alten Garde“ bevorzugte. Mataoa trat daher aus Temarus Partei aus und wechselte zur Partei *Tahoeraa Huiraatira* von Temarus langjährigem, ehemals profranzösischen Rivalen Gaston Flosse. Mataoa blieb jedoch nach wie vor der Unabhängigkeit verpflichtet und Flosse selbst wandelte sich in den letzten Jahren zum Befürworter der Unabhängigkeit, wozu vielleicht Mataoa

auch einen Beitrag leistete. Sein Lebenswerk wurde von den Vertreter*innen aller politischen Parteien, auch vom amtierenden pro-französischen Präsidenten Edouard Fritch, gewürdigt.

(Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Dr. Lorenz Gonschor, Tahiti. Quellen: La Dépêche de Tahiti, Tahiti-Infos, Tahiti Nui Télévision, eigene Recherchen)

RAPA NUI

Wein von der Osterinsel

Vor einem Jahr begann das von José Mingo geleitete Projekt, Wein auf der Osterinsel anzubauen. Nun sind an den ersten Reben der Marken *Pinot Noir*, *Chardonnay* und *Sauvignon Blanc* die ersten Trauben zu sehen.

Die Idee zum Weinanbau kam den Einwohner*innen Rapa Nuis und konnte mit Hilfe der Familie Tuki umgesetzt werden. Der biologisch angebaute Wein wächst auf einem Teil der größten Ananasplantage der Osterinsel, welche den Tukis gehört.

Die Anbau-Aktion wurde seit 2012 geplant. Mit dem Ziel, die Bodenbeschaffenheit und die klimatischen Bedingungen zu testen, wurden zunächst rund 1.200 Rebstöcke gesetzt.

„Es war nicht immer einfach, die Landwirte an der Stange zu halten. Wein ohne Pestizide anzubauen, erfordert viel Geduld und noch mehr Vorsicht!“, so José Mingo.

Als klar war, dass der Boden für einen Bio-Weinanbau geeignet ist, brachte man 3.000 Weinreben auf die Insel, welche dann am Fuß des Vulkans „Rano Kao“ im Südwesten der Osterinsel eingepflanzt wurden.

José Mingo hofft nun, bis 2022 die ersten Flaschen „Rapavid“ verkaufen zu können.

(Artikel von Jakob Holland. Quelle: <https://www.elmostrador.cl/generacion-m/2020/11/27/vino-en-rapa-nui-a-un-ano-de-la-primera-plantacion-de-cepas-de-vino-en-la-isla/>)

Coronakrise führt zur Umorientierung der Wirtschaft

Wie auf vielen anderen kleinen Inselterritorien hat die Coronakrise und die deswegen getroffenen Quarantänemaßnahmen auf Rapa Nui zum Zusammenbruch des Tourismus geführt, und da letzterer praktisch die einzige Einkommensquelle auf der Insel ist, steckt die Insel nun in einer dramatischen Wirtschaftskrise.

Doch dies hat auch seine guten Seiten. Der seit etwa 20 Jahren stetig anwachsende Tourismusboom hatte einerseits eine enorme Steigerung des pro-Kopf-Einkommens auf Rapa Nui ermöglicht, andererseits wuchsen aber auch soziale Ungerechtigkeiten, sowie die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten. Die Masse an Touristen führte wiederum zur Masseneinwanderung von Chilenen, die am Tourismusgeschäft verdienen wollten; außerdem geriet die Insel mit mittlerweile etwa 6 000 Einwohnern und jährlich über 100 000 Besuchern immer mehr an die Grenze ihrer ökologischen Belastbarkeit. Der Wegfall des Tourismus zwingt jetzt die Insulaner zu einer radikalen wirtschaftlichen Umorientierung. Mit Unterstützung der Gemeindeverwaltung unter Bürgermeister Petero Edmunds Paoa, dem Ältestenrat der Insel und mehreren anderen Gemeinschaftsorganisationen wurde das traditionelle System des „Umanga“ wiederbelebt, was so viel bedeutet wie gemeinschaftliches Arbeiten zur kollektiven Selbstversorgung der Gemeinschaft. Überall wurden neue Felder und Gärten angelegt, um die Versorgung der Insulaner sicherzustellen und damit die teuren Lebensmittelimporte aus Chile zu ersetzen. Und dort, wo Geld gebraucht wird, hilft die Gemeindeverwaltung mit geringfügigen Subventionen.

Das Ganze hat das Selbstwertgefühl vieler Insulaner enorm gehoben, und viele sehen die Pandemie jetzt als Chance, ihre Insel wieder wirtschaftlich autark zu machen, und den Tourismus nach dem Ende der Pandemie

nur noch als Zusatzerwerb, aber nicht mehr als zentrales Element der lokalen Wirtschaft zu konzipieren.

Hinzukommt, dass Chile nach Massenprotesten gegen die Regierung in Santiago nun plant, eine neue Verfassung zu erarbeiten. Darin liegt unter anderem die Chance, dem enorm zentralistisch verwalteten Land endlich eine größere Dezentralisierung zu gewähren, und davon könnte auch das Streben Rapa Nuis nach mehr Selbstständigkeit oder zumindest mehr Autonomie, profitieren.

(Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Dr. Lorenz Gonschor, Tahiti. Quellen: BBC; Jahresrückschau von Forrest Young in der Zeitschrift *The Contemporary Pacific*)

HAWAI'I

Deutscher Komponist erhält Musikpreis

Der deutsche Komponist Matthias Scheffler aus Bickenbach (Südhessen) hat für sein Album mit der Hawaiianerin Hāwane Rios den höchsten Musikpreis Hawaiis in der Kategorie „Contemporary Album of the year“ erhalten.

Hāwane gewann Mitte Oktober den diesjährigen 43. *Nā Hōkū Hanohano Award* mit ihrem am 24. Juni 2019 veröffentlichten Album „Kū Kia i Mauna – Together We Rise.“ In den in Bickenbach sowie in Waimea (Hawai'i) produzierten 14 Songs des Albums geht es u.a. um den Widerstand indigener Hawaiianer*innen und ihrer Sympathisanten*innen gegen den Ausbau des Sternens Observatoriums auf dem heiligen Berg Mauna Kea.

Die Sängerin bedankte sich nach Bekanntgabe des Musikpreises mit einem Gedicht bei ihren Unterstützern und wies darauf hin, dass die Pläne von Astronomen, ein Teleskop der Superlative mit einem Spiegeldurchmesser von 30 Metern auf dem heiligen Berg der Hawaiianer zu bauen, bisher erfolglos waren.

Gedicht von H. Rios:
From my heart to your heart
From my mountain to your mountain
From my rivers to your rivers
From my ancestors to your ancestors
From my light to your light
 Alohanuiākea
 Ola!

Info: Matthias Scheffler bezeichnet sich selbst als Klang-Alchemist, Musikschöpfer, Kreativschaffender und Künstler. Auf den Rückseiten seiner Bücher ist er als „Medium der Geistigen Welt und Visionär der Neuen Zeit“ beschrieben. Hawai'i bezeichnet er als seine „Herzensheimat“. Beruflich leitet Scheffler die IT-Abteilung sowie die Abteilung für Technik, Merchandising und Lizenzen bei der Hockenheim-Ring GmbH.
 (<https://www.facebook.com/MatthiasSchefflerOfficial/>, <http://www.hawanerios.com/>)

Neuer Bürgermeister für die Hauptinsel - neue Abgeordnete in Washington

Im Zuge der US-Wahlen am 3. November 2020 wurde für die Hauptinsel O'ahu, die mit ihren etwa 1 Million Einwohnern als „City and County of Honolulu“ eine einzige Gemeinde bildet, ein neuer Bürgermeister gewählt. Als Nachfolger des nach zwei Amtsperioden nicht mehr antretenden Amtsinhabers Kirk Caldwell wurde der parteipolitisch unabhängige, aus Massachusetts stammende, ehemalige Footballspieler und Sportjournalist Rick Blangiardi gewählt, der sich mit 58,2 % klar gegen seinen Konkurrenten Keith Anemiya mit 38,8 % durchsetzte. Während letzterer der lokalen politischen Elite angehört, gilt der Außenseiter Blangiardi eher als Vertreter der aus den USA nach Hawai'i gezogenen Neusiedler. Seine Nichteinbindung in lokale Machtstrukturen könnte aber auch Vorteile haben. So kündigte er beispielsweise an, Obdachlose nicht mehr wie üblich von der Polizei verfolgen und von

einem illegalen Camp zum nächsten vertreiben zu lassen, sondern meinte, das Problem (mehrere Zehntausend Obdachlose auf der Insel) könne nur durch eine bessere Sozialpolitik gelöst werden.

Neugewählt wurden auch die zwei Vertreter Hawai'is im US-Repräsentantenhaus. Im ersten Wahlkreis (Stadt Honolulu) wurde Amtsinhaber Ed Case (Demokratische Partei) mit einer großen Mehrheit von 72 % wiedergewählt. Im zweiten Wahlkreis (ländliches O'ahu und die äußeren Inseln) wurde mit 66 % der Demokrat Kai Kahele als Nachfolger der bisherigen Mandatsträgerin Tulsi Gabbard (Demokratische Partei) gewählt. Der Wechsel von Gabbard zu Kahele traf auf ein gemischtes Echo, da Gabbard als Pazifistin für eine vernünftige Außenpolitik einstand, während Kahele die Kriegstreiberei der amerikanischen Regierung unterstützt. Allerdings ist er gleichzeitig gesellschaftspolitisch liberal eingestellt, während Gabbard immer wieder durch latent homophobe Äußerungen aufgefallen war.

Ebenfalls neu gewählt wurden alle 51 Mitglieder des Repräsentantenhauses des Bundesstaates Hawai'i sowie ein Teil der 25 Staatssenatoren. Mit 47 Repräsentanten (vorher 46) und 24 Senatoren (unverändert) hält die Demokratische Partei nach wie vor eine Super-Mehrheit in beiden Kammern.

Die Wahlbeteiligung lag mit 69,6% der registrierten Wähler ungewöhnlich hoch, da es bei früheren Wahlen oft weniger als 50 % waren. (*Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Dr. Lorenz Gonschor, Tahiti. Quellen: Honolulu Star-Advertiser, Eigene Recherchen*)

US-Anwaltskammer fordert Einhaltung des Völkerrechts in Hawai'i

Die *National Lawyers Guild*, eine von mehreren landesweit organisierten amerikanischen Anwaltskammern, hat am 10. November 2020 in einem offenen Brief an

den Gouverneur des US-Bundesstaates Hawai'i, Herrn David Ige, die Regierung des Bundesstaates dazu aufgefordert, unverzüglich die völkerrechtliche Situation Hawai'is als von den USA besetztes Gebiet anzuerkennen und sich entsprechend der Haager und Genfer Konvention zu verhalten. Das hieße, dass Ige und seine Administration sich in ausführende Organe einer temporären Besatzungsmacht umwandeln müssten und hawaiisches Recht zur Anwendung käme. Des Weiteren müssten sie mit der geschäftsführenden Regierung des hawaiischen Königreichs (einer Art temporärer Exilregierung, die den besetzten Staat völkerrechtlich vertritt) und der von dieser einberufenen Untersuchungskommission internationaler Rechtsexperten zusammenarbeiten.

Dass eine einflussreiche Organisation auf nationaler amerikanischer Ebene nun konsequent das Narrativ der völkerrechtswidrigen Besatzung Hawai'is (statt des Washingtoner Sichtweise, nach der Hawai'i einer der Bundesstaaten der USA ist) vertritt, stellt einen weiteren Erfolg der hawaiischen Befreiungsbewegung dar.

(*Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Dr. Lorenz Gonschor, Tahiti. Quellen: Hawaiian Kingdom Blog, eigene Recherchen*)

AOTEAROA

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Jakob Holland, FSJ'ler bei Mission EineWelt und in der Pazifik-Infostelle.]

Diverses Kabinett

Am 06. November 2020 wurde in Neuseeland das neue Kabinett vereidigt.

Die Außenministerin der wiedergewählten Premierministerin Jacinda Ardern ist Nanai Mahuta, eine Māori. Sie ist die erste Außenministerin und die erste Ureinwohnerin, die dieses Amt übernimmt. Indigene Politiker hatten zwar auch früher schon wichtige Rollen in der neuseeländischen Regierung, doch die Ernennung der 50-Jährigen ist etwas Besonderes, denn sie trägt

als erste Ministerin ein auffälliges „Moko Kanuae“, ein traditionelles Māori-Gesichtstattoo am Kinn.

Mahuta ist seit mehr als 20 Jahren in der Politik tätig. Ihr Tattoo bezeichnet sie im Interview mit dem Sender SBS als „*Symbol dafür, wer ich bin, meine Identität und wo ich hingehöre.*“

Die neue Außenministerin arbeitete in ihrer Zeit als Lokalpolitikerin an der Einführung von Māori-Sprachkursen in allen neuseeländischen Grundschulen bis zum Jahr 2025.

Im Kabinett sitzen jetzt acht Frauen und mehrere Ureinwohner*innen. Der stellvertretende Premierminister Grant Robertson bekennt sich offen zu seiner Homosexualität.

Im neu gewählten Parlament mit einer Frauenquote von etwa 50 % sitzen insgesamt 16 Abgeordnete mit Māori-Hintergrund.

(<https://www.tagesspiegel.de/politik/ardern-beruft-diverses-kabinet-neuseelands-aussenministerin-ist-eine-maori/26596018.html>)

Statistiken des Jahres 2020

Das statistische Amt Neuseelands hat die aktuellen Einwohnerzahlen veröffentlicht.

Im September 2020 wurde die Bevölkerung Neuseelands auf 5.101.400 Einwohner geschätzt. Davon gehören etwa 850.500 Menschen den Māori an. Von Juni 2019 bis Juni 2020 ist der Anteil der Indigenen an der Gesamtbevölkerung also um 2,1 % gewachsen.

Die Bevölkerung Neuseelands allgemein stieg im gleichen Zeitraum um 2,3 % an. Die 423.700 männlichen und 426.800 weiblichen Māori machen rund 16,7 % der Bevölkerung Neuseeland aus. Das Durchschnittsalter der Māori liegt bei 25,1 Jahren bei den Männern und bei 27,1 Jahren bei den Frauen (verglichen mit 36,4 und 38,5 Jahren in der Gesamtbevölkerung).

Die 6 Millionen-Marke wird die neuseeländische Bevölkerung erst 2050 knacken, so das statistische Amt in einer Bevölke-

rungsprognose.

(<https://www.scoop.co.nz/stories/AK2012/S00192/new-zealands-population-could-reach-6-million-by-2050.htm>
<https://www.stats.govt.nz/information-releases/maori-population-estimates-at-30-june-2020>)

Anschlag in Christchurch hätte nicht verhindert werden können

In ihrem kürzlich vorgelegten Bericht kommt die *Royal Commission of Inquiry* zu dem Ergebnis, dass der Terroranschlag von Christchurch nicht hätte verhindert werden können.

Am 15. März 2019 erschoss der 29-jährige Brenton Tarrant insgesamt 51 Muslime in zwei Moscheen. Der Rechtsextreme streamte den Anschlag live auf Facebook.

In dem Report des Untersuchungsausschusses heißt es, dass es nicht genügend Anhaltspunkte für die Behörden gab, um den Australier als so genannten „Gefährder“ einzustufen. Aber der Bericht macht deutlich, dass sich die Polizei zu stark auf islamistischen Extremismus fokussierte und dem rechtsextremen Terrorismus zu wenig Beachtung schenkte. Durch das kaum überwachte und unkontrollierte System zur Vergabe von Waffenlizenzen konnte Tarrant an eine solche kommen. Ein Gaming-Freund stand für ihn als Bürge ein, obwohl er von den rassistischen und islamophoben Tendenzen des Täters wusste.

Die Premierministerin Neuseelands, Jacinda Ardern, will alle 44 Empfehlungen des Untersuchungsausschusses umsetzen. Dazu gehören neue Waffengesetze und ein Umdenken der Ausrichtung von Polizeibehörden bei Bedrohungen durch Islamismus und Rechtsextremismus.

Ende August dieses Jahres wurde Brenton Tarrant zu lebenslanger Haft ohne Aussicht auf vorzeitige Haftentlassung verurteilt. So ein hartes Strafmaß gab es in Neuseeland noch nie. Der Staatsanwalt bezeichnete den

Australier als „den schlimmsten Mörder Neuseelands“.

(<https://www.scoop.co.nz/stories/PA2012/S00051/making-new-zealand-safer-for-everyone.htm>
<https://www.tagesschau.de/ausland/neuseeland-christchurch-anschlag-107.html>)

**INDONESIEN
WESTPAPUA
TIMOR-LESTE**

Film zu Anti-Rassismus-Protesten

Indonesien: Das *Institute for Policy Research and Advocacy* (ELSAM), eine in Jakarta ansässige Menschenrechts-NGO, hat am 15. November 2020 einen Dokumentarfilm mit dem Titel „*Papuan Lives Matter*“ veröffentlicht. Der Dokumentarfilm wurde in Zusammenarbeit mit Nalar TV produziert und beschreibt die Hintergründe sowie die Nachwirkungen der papuaweiten Proteste gegen die Rassendiskriminierung der indigenen Papuas. Die Demonstrationen und die anschließende Kriminalisierungskampagne gegen Demonstrant*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und politische Aktivist*innen müssen als eines der wichtigsten Ereignisse in Indonesien im Jahr 2019 betrachtet werden.

Der Dokumentarfilm gibt einen tieferen Einblick in die Erfahrungen von Assa Asso (Stracky Yally), einem papuanischen Filmmacher, der geschlagen und inhaftiert wurde, da er die Anti-Rassismus- und Unabhängigkeits-Proteste von 2019 dokumentiert hatte. Assa Assos Geschichte ist nur einer von vielen ähnlichen Fällen, in denen Strafverfolgungsbehörden vage gesetzliche Bestimmungen nutzten, um Regierungskritiker*innen zum Schweigen zu bringen und den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Papua-bezogenen Fragen in Indonesien einzuschränken. Die Einschränkungen werden insbesondere dann durchgesetzt, wenn die ver-

tretenen Ansichten als zu kritisch und nicht im Einklang mit der Sichtweise der Regierung und der Staatsdoktrin Indonesiens betrachtet werden.

Der Film "[Papuan Lives Matter](#)" nutzt die Anti-Rassismus-Proteste, um zu veranschaulichen, wie das demokratische System der Gewaltenteilung in Indonesien gegenwärtig bedroht ist. Das Muster der Fälle und Urteile zu diesen Protesten sowie verschiedene Gerichtsurteile des indonesischen Verfassungsgerichts zu vagen gesetzlichen Bestimmungen über Hochverrat deuten darauf hin, dass rechtsstaatliche Merkmale nicht vollumfänglich garantiert werden.

Hier kann der Film kostenlos angeschaut werden, dazu müssen die englischen Untertitel aktiviert werden:

<https://www.youtube.com/watch?v=IISwU8RFTTk>

(Westpapua-Netzwerk online 18.11.20)

Hohe Müttersterblichkeit bei Geburten

Westpapua: Eine neue australische Studie thematisiert die hohe Müttersterblichkeit bei Geburten in Westpapua.

Die Müttersterblichkeitsrate in Papua beträgt 573 Frauen pro 100.000 Lebendgeburten und ist damit 1,6-mal so hoch wie der nationale indonesische Durchschnitt. Nur 35 % der Geburten in Papua finden in einer Gesundheitseinrichtung statt, im Vergleich zu 76 % im Inland, und nur 60 % der Geburten werden von qualifizierten Betreuer*innen begleitet, im Vergleich zu 93 % in Gesamt-Indonesien.

Die meisten Analysten führen das Problem auf eine Kombination aus geographischen Barrieren und Armut zurück, die den Zugang der Frauen zu Transportmöglichkeiten zu städtischen Gesundheitseinrichtungen erschwert, neben "kulturellen" Barrieren und traditionellen Präferenzen, die die meisten papuanischen Frauen dazu veranlassen,

zu Hause ohne medizinische Hilfe zu gebären.

Die Forschungsergebnisse zeigen auch, dass die Kultur an sich die Inanspruchnahme der Gesundheitsversorgung in städtischen Gebieten nicht behindert.

Zwischen 2015 und 2019 führten die Wissenschaftler*innen in Jayapura, Manokwari, Biak und Wamena eine qualitative Forschung über die gegenwärtige Nutzung der pränatalen Betreuung und geburtshilflichen Dienste durch die Papuas durch. Es wurden 45 Frauen und 15 Männer befragt, die in den letzten fünf Jahren vorgeburtliche Betreuung in Anspruch genommen oder in einer Gesundheitseinrichtung entbunden hatten, über ihre Erfahrungen, Praktiken, Überzeugungen, Hoffnungen und Ängste im Zusammenhang mit der Krankenhausversorgung, den Dienstleistungen, Ärzten und Technologien.

Insgesamt stellt die Studie fest, dass die Papuas medizinischen Rat, Technologie und Interventionen, wenn nötig, wünschten. Sie suchten eine aktive Rolle in allen Aspekten der Schwangerschaft und Geburt und schätzten ehrliche, direkte und respektvolle Beratung durch Ärztinnen und Ärzte und Krankenpflegerinnen. Die kulturellen Werte, auf die es ankam, hatten also nichts mit "traditionellen" Überzeugungen zu tun, sondern eher mit zeitgenössischen Überzeugungen. Eine "normale" oder vaginale Geburt wurde als das Beste für die Mutter, das Baby und die gesamte papuanische Bevölkerung angesehen. Die Geschichte traumatischer Eingriffe im Namen von Geburtenkontrolle, Entwicklung und Gesundheitsversorgung trugen zur Politisierung der Geburt bei.

Frauen und Männer trafen Entscheidungen darüber, wo sie gebären wollten, aus strategischen sozialen Gründen in Verbindung mit dem Wunsch nach Unterstützung und Komfort. Nach der ers-

ten Geburt zogen es die Frauen jedoch vor, zu Hause bei einer Verwandten oder Freundin zu entbinden, die Pflegeerfahrung hatte. Eine Hausgeburt kann im Haus der Schwiegereltern, der Eltern oder eines Onkels stattfinden und einen vorübergehenden Umzug in eine andere Stadt oder in eine andere Gemeinde nach sich ziehen. Die meisten befragten Frauen gaben an, dass sie eine Hausgeburt in der Stadt einer Dorfgeburt vorziehen, weil die Wohnungen in der Stadt sauberer seien und Wasser und Versorgungseinrichtungen zugänglich sind. Einige wenige Frauen gaben jedoch an, dass sie absichtlich in ein Dorf gingen, damit sie "traditionell", ohne medizinische Intervention, in ihrem gewohnten Gebiet gebären konnten. Dies wurde als eine angemessene Reaktion angesehen, um sie vor Kaiserschnitten und anderen medizinischen Eingriffen zu schützen, die ihrer Meinung nach von der indonesischen Regierung absichtlich eingesetzt werden könnten, um ihre Reproduktionsfähigkeit oder zukünftige Fruchtbarkeit zu schädigen. Die Studie gibt an, dass viele Ärzte in Papua (wahrscheinlich vorwiegend Nicht-Papua) sehr gern und schnell zu einem Kaiserschnitt raten. Dieser sei lukrativer für Ärzte und Krankenhäuser. Doch viele Frauen haben Angst vor dieser Operation und gehen deswegen lieber gar nicht in eine Klinik, auch wenn sie die Möglichkeit hätten.

Hier geht es zur englischsprachigen Studie:

<https://www.insideindonesia.org/culture-vs-consent?highlight=WyJtYXRlcm5hbC1slm1vcnRhbGl0eS1slm1hdGVybmFslG1vcnRhbGl0eS1slm1>

(Westpapua-Netzwerk online 03.11.20)

Gedenken an den 1. Dezember 1961

Westpapua: Am 1. Dezember 1961 wurde zum ersten Mal die blau-weiß-rote Morgensternflagge gehisst, die seitdem für die Papuas das Symbol für den Wunsch

nach politischer Unabhängigkeit repräsentiert. Auch in diesem Jahr fanden mehrere Gedenkveranstaltungen am 1. Dezember in und außerhalb von Westpapua statt und das UN Hochkommissariat für Menschenrechte nutzte diesen Tag, um sich in einem Statement für den Schutz der Menschenrechte in Westpapua auszusprechen.

Die Pazifische Kirchenkonferenz (*Pacific Conference of Churches, PCC*) organisierte eine Gebets-sitzung vor dem Hauptsitz der PCC in Suva (Fidschi). Christliche Jugendliche und andere PCC-Mitarbeitende waren in Solidarität mit ihren melanesischen Brüdern und Schwestern in Westpapua zusammengekommen, um des 1. Dezember friedlich zu gedenken. Pastor James Bhagwan, der Generalsekretär der PCC, appellierte an die Regierung Indonesiens, die Serie von Tötungen und alle Regierungsaktivitäten zu stoppen, die zu einem demographischen Wandel in Westpapua führen. Am Ende der Gebets-sitzung hisste Pastor Bhagwan eigenhändig die Morgensternflagge vor dem PCC-Hauptquartier.

Auch in anderen Teilen der Welt hissten Menschenrechtsaktivist*innen die Morgensternflagge, unter anderem in mehreren Städten in Australien, Vanuatu, Papua-Neuguinea, Großbritannien und Polen. Auch in Neuseeland demonstrierten Menschen vor dem Parlament.

Der papuanische Studentenbund (*Aliansi Mahasiswa Papua, AMP*) hielt einen friedlichen Protest in Indonesiens Hauptstadt Jakarta ab. Die Studierenden trugen Transparente und Hemden mit Morgenstern-Symbolen, auf denen „Unabhängigkeit für Papua!“ („*Papua Merdeka!*“) gefordert wurde. Polizeibeamte begleiteten den Protest aufmerksam.

Ähnlich wie in vielen anderen papuanischen Landkreisen gedachte das *West Papua National Committee* (KNPB) im Landkreis Dogiyai des 1. Dezember mit einer Gebets-sitzung. Zuvor hatte der Vorsitzende des KNPB, War-

po Wetipo, an alle Bürgerbewegungen in Westpapua appelliert, des 1. Dezembers durch Gebets-sitzungen statt durch Massen-versammlungen zu gedenken.

(*Westpapua -Netzwerk online 09.12.20, Facebook-Seite der PCC; <https://www.pacificconferenceofchurches.org/>*)

Petition gegen Verlängerung der Sonderautonomie

Westpapua: Am 4. Juli 2020 lancierte eine Solidaritätsgruppe eine Petition (Petisi Rakyat Papua, PRP) gegen die Verlängerung der besonderen Autonomiefinanzierung („*Otsus II*“) für die Provinzen Papua und Papua Barat. Inzwischen haben sich 102 Organisationen der „*Solidarität der Völker für Westpapua*“ angeschlossen. Am 26. November 2020 veröffentlichte der Sprecher der Solidaritätsgruppe, Victor Yeimo (Jahrgang 1983), eine Videobotschaft in den Sozialen Medien, wonach die Petition bereits von 520.261 Menschen innerhalb und außerhalb Westpapas unterzeichnet wurde.

Regierungsfreundliche papuanische Gruppen reagierten sofort mit einer Gegenkampagne auf die Erklärung. Mehrere Vertreter solcher Gruppen veröffentlichten Videos in Sozialen Medien, in denen sie den Chef der papuanischen Regionalpolizei (*Polda Papua*), Paulus Waterpauw, aufforderten, Victor Yeimo unverzüglich strafrechtlich zu verfolgen. Einige Videos enthalten sogar Morddrohungen gegen Yeimo, der auch der internationale Sprecher der *West Papua National Coalition* (KNPB) ist, einer Organisation, die sich für das Recht auf Selbstbestimmung durch friedlichen Protest einsetzt. Die Forderungen nach Victor Yeimos Verhaftung waren auch eine Reaktion auf einen Beitrag in den Sozialen Medien, in dem Yeimo Waterpauw für die andauernde Mordserie verantwortlich machte, die sich im zentralen Hochland von Papua während der groß angelegten Militäroperationen gegen die *Natio-*

nale Befreiungsarmee Westpapas (TPN PB) ereignet hatte.

In seiner Videobotschaft betonte Yeimo, dass die Petition von verschiedenen Komponenten der papuanischen Zivilgesellschaft in allen Teilen der Insel unterstützt werde. „*Das papuanische Volk aus fast allen Teilen Papuas hat die Petition gegen Otsus II unterstützt. Sie haben in Seminaren, Webinaren und anderen Aktivitäten vermittelt, dass 19 Jahre besonderer Autonomie in Westpapua es nicht geschafft haben, Schutz und Stärkung für die Papuas zu erreichen*“, erklärte Yeimo.

Nach Angaben der Solidaritätsgruppe nutzte die indonesische Zentralregierung die Mittel der Sonderautonomie, um eine Entwicklung in Westpapua durchzusetzen, die die Bestrebungen und den Wohlstand des papuanischen Volkes ignoriert und stattdessen Wirtschaftswachstum und finanzielle Einnahmen nur durch die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in Westpapua fördert. Die Regierung, die Polizei, das Militär und der Geheimdienst würden alle Entwicklungen in Westpapua durch eine kleine papuanische Elite kontrollieren. Gleichzeitig wäre die Mehrheit der indigenen Papuas mit Marginalisierung, Armut, Verlust von gewohntem Land und Menschenrechtsverletzungen konfrontiert. Yeimo erwähnte wiederholt das Omnibus-Gesetz als Beispiel für die wachsenden Ambitionen der indonesischen Regierung für die rücksichtslose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen Westpapas.

Die Petition listet vier Forderungen auf:

1. Alle Papuas innerhalb und außerhalb Westpapas dürfen nicht durch die polarisierende Politik Indonesiens und manipulative Entwicklungsprojekte in Westpapua provoziert werden;
2. Alle Papuas, innerhalb und außerhalb Westpapas, sollen die Petition gegen Otsus II für die demokratische Festigung der

Einheit unterstützen;

3. Alle Papuas setzen die Mobilisierung für die Durchführung eines friedlichen nationalen Bürgerstreiks zur Unterstützung des Rechts auf Selbstbestimmung fort;

4. Die *Melanesian Spearhead Group*, das *Pacific Islands Forum*, die Gruppe der Afrika-Karibik-Pazifik-Staaten (AKP) und die *Vereinten Nationen* sollen Indonesien umgehend beobachten und dazu drängen, die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für das papuanische Volk zu ermöglichen.

Unterstützer der Regierung drängten Paulus Waterpauw, Victor Yeimo wegen Anstiftung des papuanischen Volkes, Schaffung von Chaos und Störung des zivilen Friedens in Westpapua, strafrechtlich zu verfolgen.

Eine andere Erklärung enthielt sogar Drohungen gegen den KNPB-Sprecher. Der Direktor der regierungsfreundlichen Gewohnheitsorganisation *Lembaga Musyawarah Adat* (LMA) für den Kamoro-Stamm, Gregorius Okoare, veröffentlichte eine Erklärung, in der er Yeimo als Verräter bezeichnete und das papuanische Volk provozierte. „*Wenn ihr nicht aufhört, verfluche ich euch, schnell zu sterben. Sei vorsichtig, was du sagst!*“, sagte Okoare in seiner Videobotschaft. Okoare forderte die indonesischen Sicherheitskräfte auf, Yeimo „zu verhaften und zu bestrafen“.

Anmerkung der Redaktion: Auf YouTube finden sich unter dem Suchbegriff „Victor Yeimo“ zahlreiche (meist indonesischsprachige) Videos.

(Westpapua- Netzwerk online 9.12.20, Kürzungen durch Julia Ratzmann)

AUSTRALIEN

Neues Riff entdeckt

Erstmals seit 120 Jahren haben Wissenschaftler*innen vor der Küste von Cape York im nördlichen Great Barrier Reef ein neues, freistehendes Korallenriff entdeckt. Das gab die vor elf Jahren gegründete kalifornische Nichtregierungsorganisation *Schmidt Ocean Institute* Ende Oktober bekannt.

Das neue Riff hat die Form einer Messerklinge. Es ist 1,5 Kilometer breit und wächst 500 Meter in die Höhe. Die flachste Stelle des Riffs liegt in 40 Metern unter der Wasseroberfläche. Dies hat der Unterwasserroboter *SuBastian* vermessen. Der Tauchgang des Roboters wurde live ins Internet gestreamt.

Entdeckt haben das Riff australische Wissenschaftler*innen an Bord des Forschungsschiffes *Falkor*. Das Schiff des *Schmidt Ocean Institute* ist für zwölf Monate unterwegs, um den Pazifischen Ozean rund um Australien zu untersuchen. Die Forscher*innen unter Leitung von Dr. Robin Beaman (*James Cook University*, Cairns) führten am 20. Oktober eine Vermessung des Meeresbodens am nördlichen Great Barrier Reef durch und fanden dabei das bis dato unbekannte Riff.

„*This unexpected discovery affirms that we continue to find unknown structures and new species in our Ocean*“, erklärte Wendy Schmidt, Mitbegründerin des Instituts.

Das neue Riff ergänzt die bisher sieben anderen freistehenden Riffe im nördlichen Great Barrier Reef. Diese wurden seit dem späten 19. Jahrhundert kartiert.

(<https://schmidtocean.org/australian-scientists-discover-500-meter-tall-coral-reef-in-the-great-barrier-reef-first-to-be-discovered-in-over-120-years/>, *Australien info Newsletter* 26.10.20)

Uralte Felsbildkunst entdeckt

Zwischen 6.000 und 9.400 Jahren alt ist die kürzlich von australischen Archäolog*innen und traditionellen Landeignern entdeckte Felsbildkunst in einer Höhle in Arnhem Land (Northern Territory).

Unter Leitung von Professor Paul Tacon von der *Griffith University* dokumentierten die Archäolog*innen 570 Felsmalereien von Menschen, Tieren und Geistwesen an 87 verschiedenen Standorten bei Awunbarna (Mount Borradaile) und Namunidjbuk (Wellington Range).

Das spektakulärste Bild zeigt zwei Rücken and Rücken hockende Kaninchennasenbeutel (Bilbies), von denen man nicht wusste, dass sie in Arnhem Land vorkamen. Professor Tacon erklärte, aus historischen Quellen sei das Vorkommen von Bilbies an diesem Ort nicht bekannt, deshalb müssten die Felsbilder mindestens 6.000 Jahre alt sein. Damals sei das aride Klima in der Region auch als Lebensraum für Bilbies geeignet gewesen.

Die Wissenschaftler*innen beschreiben im „*Journal of Australian Archaeology*“ detailliert weitere von ihnen entdeckte Felszeichnungen wie Kängurus, Wallabies, Vögel, Schlangen, Beutelwölfe und Geistwesen. Als ganz besonderen Fund bezeichneten sie die Zeichnung eines Dugongs (Gabelschwanzseekuh). Bis dato ist dies die älteste gefundene Felszeichnung dieses im Wasser lebenden Tieres.

Da die aufgefundenen Felsbilder sich nicht in eine der bereits vorhandenen Klassifikationen einreihen ließen, benannten die Wissenschaftler*innen den Stil kurzerhand als „Maliwawa-Stil“. Der Name geht zurück auf den Namen des Landes, aus denen ein einheimischer Aborigine stammt. Ronald Lamilami, ein Ältester der Namunidjbuk und Co-Autor des Artikels im *Journal*, hatte den Wissenschaftler*innen beim Auffinden der Felsbilder geholfen.

Der „neue“ Stil zeigt bis zu 50 Zentimeter große Bilder im stark naturalistischen Stil. Die Umrisse der Felszeichnungen sind stark aufgetragen, das Innere der Figuren ist mit roter Farbe ausgemalt. Es könne sich bei den gefundenen Felsbildern tatsächlich um ein „missing link“ zwischen den bereits früher gefundenen Felsmalereien aus anderen Zeitaltern handeln, zeigte sich der Professor begeistert von den Funden.

Info: Das „*Journal of Australian Archaeology*“ ist eine von Experten begutachtete Fachzeitschrift der *Australian Archaeological Association*. Es wurde 1974 gegründet und deckt alle Bereiche der Archäologie sowie andere Themen ab, die für die archäologische Forschung und Praxis in Australien und Umgebung relevant sind. (*BBC News Science 01.10.20, <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/03122417.2020.1767404>*)

Qantas plant Impfpflicht für Flugreisende

Die staatliche australische Fluggesellschaft *Qantas Airways* plant, den Nachweis einer Impfung gegen das Corona-Virus Sars-cov-2 zur Voraussetzung für die Teilnahme an interkontinentalen Flügen zu machen. Wer keine Impfung nachweisen könne, dürfe nicht mitfliegen, kündigte der geschäftsführende Direktor Alan Joyce am 23. November gegenüber australischen Medien an. Die Fluglinie wolle ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen anpassen, sobald ein Impfstoff verfügbar ist. Alan Joyce geht nach eigenen Angaben davon aus, dass weltweit ähnliche Regeln bei Fluglinien eingeführt werden. Die Impfung gegen das Virus soll nach *Qantas*-Angaben jedoch nur für ausländische Staatsbürger*innen verpflichtend sein, Australier*innen selber sollen von einer Impfpflicht ausgenommen werden. Man werde niemanden mit Gewalt zu einer Impfung zwingen, versprach Premierminister Scott Morrison.

Die Fluglinie folgt mit ihrer Ankündigung der "*Australian COVID-19 Vaccination Policy*" des australischen Gesundheitsministeriums vom 15. November 2020: „*Es kann jedoch Umstände geben, unter denen die australische Regierung und andere Regierungen Grenzeinreise- oder Wiedereinreisebestimmungen einführen können, die vom Nachweis der Impfung abhängig sind.*“, heißt es dort.

Die Vorschrift zur Impfung für eine Einreise ist nicht außergewöhnlich. Viele Reiseländer verlangen eine Impfung bei Einreise aus Risikogebieten - beispielsweise gegen Gelbfieber.

Kritik gibt es, auch in Australien, am bislang kategorischen Ausschluss nicht geimpfter Personen.

Die Ankündigung der *Qantas* rief in den Sozialen Medien heftige Reaktionen hervor. Dabei meldeten sich nicht nur Impfgegner zu Wort, sondern auch Impfbefürworter. Sie meinen, man fühle sich sicherer, wenn man nur mit Geimpften fliege. *Qantas* versucht, sich durch das Vorpreschen auch den Ruf der "sicheren Airline" zu pflegen und sieht die Impfpflicht als Beitrag zur Kostensenkung. Schließlich müssen sich Fluglinien gegen Risiken versichern und im Fall eines erfolgreichen Nachweises einer Übertragung an Bord drohen hohe Klagesummen, speziell im *Qantas*-Zielgebiet USA.

Die *International Air Transport Association* (IATA), ein Zusammenschluss von 297 Fluggesellschaften weltweit, hat erklärt, sie wünsche sich eine einheitliche Teststrategie für Flugreisende an allen Flughäfen. Dazu sei eine App mit Eintragung aller erfolgten Impfungen oder sogar der Eintrag in den Reisepass denkbar, hieß es seitens der IATA.

Nach Angaben der australischen Regierung soll ein Impfstoff für Australien ab März 2021 zur Verfügung stehen. Die Impfung soll kostenlos sein.

Aus dem Bundesstaat *Western Australia* mit der Hauptstadt Perth kam die Mitteilung, dass die Landesregierung 1,5 Millionen Dosen Impfstoff für die 1,8 Millionen Einwohner*innen des Bundesstaates vorbestellt hat. (*ABC News 24.11.20, Australien Newsletter 03.12.20, Email Tom Hoffmann aus Perth 04.12.20*)

Regionalrat beauftragt Einrichtung einer Untersuchungskommission

Norfolk-Insel: Ende August forderte der Regionalrat der Norfolk-Insel unter der Führung von Bürgermeisterin Robin Adams in einer Resolution die Einrichtung einer nationalen Untersuchungskommission durch den australischen Generalgouverneur, um das seit 2016 bestehende politische System der Insel kritisch zu überprüfen und Empfehlungen für eine besser geeignete Regierungsform zu erarbeiten, die unter den Insulaner*innen mehrheitsfähig ist und damit einen Weg zur Versöhnung schaffen kann. 2016 hatte Canberra das seit 1979 bestehende Autonomiestatut gegen den erklärten Willen der Mehrheit der Insulaner*innen einseitig abgeschafft und durch ein autoritäres System ersetzt, in der die meisten Entscheidungen in Canberra oder Sydney getroffen werden und die Insel statt der bisher bestehenden autonomen Landesregierung nur noch einen mit kommunalen Aufgaben betrauten Regionalrat wählen darf. Seitdem herrscht auf der Insel starker Unmut gegen Canberra.

Als Organ der neuen Ordnung wird dem Regionalrat von vielen Insulaner*innen ebenfalls mit Misstrauen begegnet. Dennoch stand die Mehrheit der gewählten sechs Ratsmitglieder von Anfang an individuell hinter der Forderung nach Selbstbestimmung und Wiedereinführung der Autonomie. Während letztere Forderungen in den letzten Jahren vor allem von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem Ältestenrat und der Bürgerinitiative „*Norfolk Island People for Democracy*“ formuliert

wurden, hat der Regionalrat, als einziges lokal gewählte Gremium, das von Canberra anerkannt wird, sich nun auch explizit hinter diese Forderungen gestellt.

Mittlerweile wurde die für Oktober geplante Neuwahl des Regionalrats auf nächstes Jahr verschoben. Offiziell wurde dies mit der Covid-19-Pandemie begründet, aber es besteht auch der Eindruck, Canberra wolle durch die Verschiebung Zeit gewinnen, zumal praktisch alle Kandidaten sich gegen das bestehende Regierungssystem ausgesprochen hatten, viele darunter noch deutlich radikaler als bei den ersten Wahlen unter dem neuen System 2016. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Dr. Lorenz Gonschor, Tahiti. Quellen: Norfolk Island Regional Council, Radio New Zealand; eigene Recherchen)

SPORT

[Artikel in dieser Rubrik von Jakob Holland, FSJ'ler bei Mission EineWelt und in der Pazifik-Infostelle.]

Cook Islands Games

Cook-Inseln: Vom 2. bis zum 17. Oktober fanden auf den bis dato Corona-freien Cook-Inseln die *Cook Islands Games 2020* statt. Elf Mannschaften kämpften in 24 Disziplinen an 20 Spielstätten um die „Cook Islands Trophy“.

Zur feierlichen Eröffnungszereemonie in der Hauptstadt Avarua auf der Insel Rarotonga hatten sich 3.500 Athleten*innen, Zuschauer*innen, Ehrengäste, Tänzer*innen und Musiker*innen versammelt. An den Spielen beteiligten sich Menschen aller Altersgruppen, der jüngste Teilnehmer war zehn Jahre alt, der älteste Teilnehmer war 74 Jahre alt. Die Spiele standen unter dem Motto „Me okotai tatou, ka arangatou te Ipukarea“ (dt. Zusammen, als Einheit, bewegen wir unsere Nation).

Die Teilnehmenden kamen von den 12 bewohnten der insgesamt

15 Inseln der Cook-Gruppe auf die Hauptinsel, um sich in unterschiedlichen Disziplinen zu messen. So gab es neben den klassischen Sportarten auch typisch pazifische Wettkämpfe, wie etwa ein 50 Meter Rennen, bei denen die Sportler 10 Kokosnüsse an einer Stange auf den Schultern tragen mussten und sie am Ende gegen die Zeit schälen mussten.

Die Spiele standen übrigens ganz im Zeichen des Umweltschutzes: Es gab ein Verbot von Einwegplastik bei Kostümen und beim Essgeschirr. Das war den Veranstaltern, dem *Cook Islands Sports and National Olympic Committee*, bei der dreimonatigen Planung der Sportspiele wichtig.

Die *Cook Islands Games* waren seit Ausbruch der Corona-Pandemie die größte Sportveranstaltung in Ozeanien. Thomas Bach, Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, hatte eigens eine Video-Grußbotschaft nach Rarotonga geschickt.

(Artikel von Julia Ratzmann. Quellen: Sportgasm online 05.10.20, https://www.zeit.de/kultur/literatur/freitext/cook-islands-games-corona-frei-pandemie-grossveranstaltung-sport-rarotonga-neuseeland?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F, <https://cookislandssport.com/>)

Sportzentrum geplant

Samoa: Die australische Regierung hat angekündigt, im kommenden Jahr auf Samoa einen Sportknotenpunkt für alle Pazifikstaaten zu bauen, das sogenannte „*PacificAus Sports Regional Hub*“. Hier sollen zukünftig bis mindestens zum Jahre 2023 Sportler*innen, Sportwissenschaftler*innen und Trainer*innen aus dem Pazifik trainieren und sich fortbilden können. Sie sollen sich hier auch in Ruhe auf die Teilnahme an den *Pacific Games* im Jahr 2023 auf den Salomonen vorbereiten.

Die australische Außenministerin Marise Payne sagte, das Sportzentrum werde auch gute Trainingsmöglichkeiten für Frauen bieten. Es sei nötig, noch mehr

Frauen aus Pazifikstaaten für Bewegung und (Leistungs-)Sport zu begeistern.

Info: Das australische *Department of Foreign Affairs and Trade* hat bereits im Jahr 2019 die Initiative ergriffen und das „*PacificAus Sports*“-Programm ins Leben gerufen. Das Programm soll bis mindestens 2023 laufen, dafür stellt Australien 52 Millionen AUS-Dollar zur Verfügung. Obwohl das Programm auf alle Pazifikstaaten abzielt, stehen Fidschi, Papua-Neuguinea, Samoa, die Salomonen, Tonga und Vanuatu besonders im Fokus.

(Artikel von Julia Ratzmann. Quellen: <https://www.dfat.gov.au/geo/pacific/people-connections/pacificaus-sports>, *Marshall Islands Journal* 13.11.20)

Namensänderung von Sporthallen

Australien: In Redfern, einem Vorort von Sydney, hat eine Grundschule seine Turnhallen umbenannt. Die vormals englischen Namen werden nun mit den Worten der Aborigines wiedergegeben. Die neuen Bezeichnungen sind Gadi (Grasbaum), Burra (Aal), Mulgu (Schwarzer Schwan) und Ngurra (Land). Dazu passend wurden von den Künstlern Tony Albert, Blak Douglas, Thea Perkins und Nicole Monks Bilder gestaltet. Diese wurden in der NAIDOC-Woche (*National Aborigines and Islanders Day Observance Committee*) die vom 8. bis zum 15. November gefeiert wurde, aufgehängt. In dieser Zeitspanne wurde der Leistungen und der Kultur der Aborigines gedacht.

Der Schulsozialarbeiter Jimmy Smith lud außerdem zu Workshops mit dem Thema „indigene Stimmen“ ein. Gegenüber SBS News sagte er: „*Das Bildungssystem hat das Land im Stich gelassen, aber es verändert sich, und es stehen noch viele weitere Veränderungen an, und wir arbeiten daran*“.

(<https://www.sbs.com.au/news/this-sydney-primary-school-has-renamed-its-sports-houses-from-colonists-to-aboriginal-words>)

† Malcolm Cowie

Neuseeland: Malcolm Cowie war Lehrer am Saint Kentigern College und Ehrenpatron des Fußballs an den Sekundarschulen Neuseelands. Am 24. Oktober erlag er einem Herzinfarkt.

Cowie trat 1988 dem „Nationalen Exekutivkomitee für den neuseeländischen Sekundarschulfußball“ (NZSS) bei und war 18 Jahre lang dessen Vorsitzender. Er überwachte die Weiterentwicklung der nationalen Schulturniere und war maßgeblich an der Entwicklung von repräsentativen Programmen des NZSS-Fußballs in der Altersgruppe der 15 bis 19-Jährigen beteiligt.

Nicht nur die NZSS trauert um ihn, auch das St. Kentigern College sprach den Angehörigen sein Beileid aus. Cowie hat dort 30 Jahre als Trainer gearbeitet.

Das Fußballturnier der Sekundarschulen Neuseelands ist nach ihm benannt. Dieses jährlich stattfindende Turnier gewannen zuletzt die Schüler des St. Andrew's College aus Christchurch.

(<https://www.times.co.nz/news/rest-in-peace-malcolm-you-will-be-sorely-missed/>)

Hall of Fame des Sports muss vielleicht schließen

Neuseeland: Seit mehr als 20 Jahren kann man in der Nähe des Bahnhofs von Dunedin (Südinsel) die *Hall of Fame* des Sports besuchen. Doch durch die Corona-Pandemie droht auch diesem Museum die endgültige Schließung. Zwar sprachen Politiker oft von finanziellen Hilfen, diese blieben bisher jedoch aus. Der ehemalige Premierminister John Key besuchte die *Hall of Fame* und machte Versprechen für eine finanzielle Unterstützung. Doch, so ist sich Stuart McLauchlan, Vorsitzender der *Hall of Fame* des Sportes, sicher, der Regierungswechsel sei daran schuld, dass noch kein Geld fließe. Nun müssen die Museumsverantwortlichen auf Spot- und Freizeitminister Grant Robertson hoffen. Dieser war auch in die Ruhmeshalle

eingeladen worden, folgte dieser Einladung aber nicht.

Ron Palenski ist seit 1990 Geschäftsführer des Museums. Er hofft darauf, dass die Politiker die Leistung der Sportler*innen würdigen und die *Hall of Fame* finanziell unterstützen.

Seit 1990 wird alle zwei Jahre eine Sportlerin oder ein Sportler in das Museum aufgenommen. Von diesen werden dann Trikots, Schuhe oder ähnliches ausgestellt.

Seit 2020 kann man z. Bsp. in Dunedin Trikots und Schuhe des ehemaligen Rugbyspielers Sid Going sehen.

(<https://www.nz.co.nz/news/national/431637/concern-nz-sports-hall-of-fame-may-have-to-close>)

„TOK BILONG PASIFIK“

Surfbrett nach 8.000 Kilometer-Reise gefunden

Hawai'i/Philippinen: Vor zwei Jahren verlor der aus Florida stammende US-amerikanische Fotograf Doug Falter nach einem Sturz in der Bucht von Waimea (Insel Oahu, Hawai'i) sein Surfbrett. Er schrieb das Brett ab und kaufte sich ein neues Board.

Jetzt tauchte das verwitterte Brett im Süden der Philippinen wieder auf - rund 8.000 Kilometer von Oahu entfernt.

Der 35-jährige Falter hatte sein Surfbrett nach einem missglückten Manöver in einer Riesenwelle in der Bucht von Waimea verloren. Die Nachricht, dass das Brett gefunden wurde, erreichte Falter über den Onlinedienst Instagram.

Der philippinische Grundschullehrer Giovanna Branzuela hatte die Suche nach dem Besitzer des Bretts gestartet, nachdem er für 2.000 Pesos (ca. 33 Euro) seinem Nachbarn das Brett abgekauft hatte. Fischer hatten das Brett im August 2018 nahe der philippinischen Insel Sarangani

im Meer gefunden, genau ein halbes Jahr, nachdem Falter es in den Wellen vor Oahu verloren hatte. Trotz der langen Zeit im Wasser konnte Branzuela den Namen des auf Hawai'i ansässigen Surfbrettbauern Lyle Carlson entziffern. Branzuela kontaktierte den Surfbrettbauern über Facebook und mailte ihm das Foto des Bretts. Carlson wiederum teilte das Foto auf Instagram mit einem Link zum Instagram-Account von Doug Falter, der auf diesem Foto sein erstes maßangefertigtes Brett für große Wellen erkannte.

Falter nahm daraufhin Kontakt zu Branzuela auf und plant, ihn nach Aufhebung der Corona-bedingten Reiseeinschränkungen auf Sarangani zu besuchen. Er möchte dort persönlich sein altes Brett abholen und dem Lehrer im Tausch ein Anfängerbrett schenken und ihm darauf als Dankeschön Surfstunden geben. (AFP

22.09.20, www.instagram.com/dougfalter/?hl=de, [/www.facebook.com/DougFalterPhotography](http://www.facebook.com/DougFalterPhotography))

Kava als „Misch-Getränk“ zugelassen

Vanuatu: Auf eine bereits im Jahr 2014 begonnene Initiative von Vanuatu hin hat die Kommission des „Codex Alimentarius“ jetzt die Kava als „Getränk“ eingestuft. Allerdings muss das getrocknete Kava-Pulver mit Wasser vermischt werden und wurde nur als „Wasser-Misch-Getränke“ zugelassen.

Die neue Klassifikation dürfte zukünftig den deutschen Markt betreffen, denn das *Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte* (BfArM) hat mit Bescheid vom 20. Dezember 2019 den Widerruf der Zulassungen Kava-Kava-haltiger Arzneimittel angeordnet. Auf der Grundlage der wissenschaftlichen Bewertung des *Ausschusses für pflanzliche Arzneimittel* (HMPC) der Europäischen Arzneimittel-Agentur wurde das Nutzen-Risiko-Verhältnis als ungünstig bewertet. Kava-Kava (*Piper methysticum*)-haltige sowie

kavainhaltige Arzneimittel einschließlich homöopathischer Zubereitungen mit einer Endkonzentration bis einschließlich D4 sollen für schwere Leberschäden verantwortlich sein und bereits zu Todesfällen geführt haben.

Kava-Pflanzer aus Vanuatu und den Salomonen zeigten sich begeistert von der Zulassung durch die Kommission. Sie erhoffen sich Gewinne durch den Export von Kava in europäische und andere Märkte. Seit Beginn der Coronapandemie haben immer mehr Menschen auf den Anbau von Kava-Sträuchern sowie anderen *cash crops* umgestellt, da andere Einkommensmöglichkeiten etwa im Tourismus weggebrochen sind.

Info: Der *Codex Alimentarius* ist eine Sammlung von Normen für die Lebensmittelsicherheit und -produktqualität der Vereinten Nationen, die von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erstmals 1963 herausgegeben wurde. Der Codex koordiniert den fairen Handel mit Lebensmitteln auf internationaler Ebene und stellt den Schutz der Gesundheit von Verbrauchern mithilfe von einheitlichen Normen sicher. Der *Codex Alimentarius-Kommission* (CAC) gehören aktuell 188 Staaten aus allen Regionen der Welt sowie die Europäische Union an. Die CAC ist das oberste Lenkungs- und Beschlussorgan für den *Codex Alimentarius*. Sie tagt jährlich, meist abwechselnd in Rom (Sitz der FAO) und in Genf (Sitz der WHO).

(https://www.bfarm.de/SharedDocs/Risikoinformationen/Pharmakovigilanz/DE/RV_STP/g-l/kavakava.html, <http://www.fao.org/fao-who-codexalimentarius/news-and-events/news-details/en/c/1309840/>, *Marshall Islands Journal* 16.10.20)

Festival: Von Frauen – Für Frauen

Neuseeland: Während das Lineup für das Hurricane-Festival in Scheeßel (Niedersachsen) mit Seeed, Martin Garrix, Deichkind

und weiteren Gruppen sehr männerdominiert wirkt, veranstaltet Laurence Carey in Neuseeland eine ganz andere Festivalnacht. „Wir wollten schon immer mehr Musikerinnen bei unseren Veranstaltungen präsentieren, und was wir für die Bendon Lingerie Sunset Sounds geplant haben, gab es in der Art noch nie!“, erklärte Carey.

Unterstützt wird das Festival von *Bendon Lingerie*, dem führenden Dessous-Anbieter Neuseelands. „Bei Bendon geht es darum, dass sich Frauen ein Leben lang wohl und selbstbewusst fühlen. [...]“, so Sonya Wilkinson von Bendon.

Am 5. März 2021 kann man am Takapuna Beach östlich von Auckland unter anderem die vier bekanntesten neuseeländischen Künstlerinnen Tami Neilson, Hollie Smith, Anna Coddington und LAIKA live hören.

(Artikel von Jakob Holland, FSJ'ler bei MEW/Pazifik-Infostelle. <https://www.scoop.co.nz/stories/AK2012/S00178/bendon-lingerie-partners-with-new-zealands-biggest-beach-festival.htm>)

Hip-Hop-Pionier erhält Maori-Musikpreis

Neuseeland: Der neuseeländische Musikproduzent, Komponist und Künstler Darryl Leighton Thomson (Künstlernahe: DLT) ist Anfang Oktober mit dem *National Waiata Maori Music Award* in der Kategorie „Lifetime Contribution to Maori Music“ geehrt worden.

DLT wurde in Maraenui (Napier) geboren und zog in den 1980er Jahren in die Hauptstadt Wellington. Dort machte er sich unter dem Pseudonym „SLICK“ einen Namen als Graffiti-Sprayer. Anschließend gründete er die neuseelandweit erste Hip-Hop-Gruppe, die „Upper Hutt Posse“, in der er als Discjockey tätig war. 1988 erschien die erste Single der Gruppe unter dem Titel „E Tu“. In dem Song geht es darum, wie junge Maori-Männer vor dem Suizid geschützt werden können.

Später machte sich DLT als Solo-Künstler selbständig und veröffentlichte zwei Alben. Ab den

1990er Jahren arbeitete er mit eigener Musiksendung für das neuseeländische Fernsehen und Radio und machte dort die Hip-Hop-Musik populär. In der pazifischen Musikszene wird er deshalb auch als „Godfather Of New Zealand Hip Hop“ bezeichnet.

Der siebenfache Familienvater und mehrfach ausgezeichnete Graffiti-Künstler erklärte nach Bekanntgabe des Preises, er wolle sich neuen kreativen Wegen öffnen und habe deshalb ein Universitätsstudium der Maori-Kunst begonnen.

(<https://www.muzic.net.nz/artists/228.html>, NZ News 09.10.20, Wikipedia, <https://www.audioculture.co.nz/people/dlt/>, <https://www.waiatamaoriawards.co.nz/>)

Ehrungen für Geisteswissenschaftler

Australien: Die *Australian Academy of Humanities* (Australische Akademie für Geisteswissenschaften) hat Ende November die Liste von 22 herausragenden Forschenden und Wissenschaftler*innen veröffentlicht, die zu „Fellows“ der Akademie ernannt worden. Die Mitgliedschaft als fellow in der Akademie ist die höchste Auszeichnung für Geisteswissenschaftler*innen in Australien und verspricht akademischen Ruhm und Ehre.

Die Bekanntgabe der neuen fellows war eine der ersten Amtshandlungen der seit 1. November amtierenden neuen Präsidentin der Akademie, Professorin Lesley Head Fassa Faha.

Zu den Neu-Mitgliedern der Akademie zählen als sogenannte „Honorary fellows“ u.a. Marie Louise Ayres, Direktorin der *National Library of Australia*; die Kulturanthropologin und Zukunftsforscherin Genevieve Bell; der Älteste der Wiradjuri, Stan Grant Snr, der sich für die Wiederbelebung der Aborigine-Sprache der Wiradjuri einsetzt; sowie der Pianist und Komponist Michael Harvey.

Die emeritierte Ethnohistorikerin Professorin Bronwen Douglas

(*Macquarie University*) wurde als fellow aufgenommen. Sie hat zur Geschichte und Kultur Ozeaniens geforscht und im Jahr 2014 u.a. das Buch *„Science, Voyages, and Encounters in Oceania, 1511-1850“* veröffentlicht.

Zu den überregional bekannteren fellows zählt auch Professor John Maynard, ein Worimi-Aborigine und Direktor des *Wollotuka Institute of Aboriginal Studies* an der University of Newcastle. Er hat zahlreiche Publikationen zu den Aborigines veröffentlicht, darunter auch über die Teilhabe von Aborigines in Kriegen und im Sport.

(<https://www.humanities.org.au/2020/11/25/welcoming-our-newly-elected-fellows-2020/>)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

[Artikel in dieser Rubrik von Nazreat Elyas, Mitarbeiterin im Referat PPO bei Mission EineWelt.]

AUS PAPUA-NEUGUINEA

Die Auswirkung von Corona in PNG– eine Reflektion von Bruder Alfred Tivinarlik

Bruder Alfred Tivinarlik (cfc, PhD) ist ein Mitglied der *Christian Brothers Congregation*. Aktuell ist er Rektor des *St Peter Chanel Catholic Secondary Teachers' College in Kokopo* (Insel Neubritannien).

In seinem Beitrag für das *„Catholic Church Family Magazin“* reflektiert er über die Auswirkung des Corona-Virus in Papua-Neuguinea. Dabei erhebt er nicht den Anspruch, vorauszusagen, wie eine Wirklichkeit nach Corona aussehen kann, sondern gibt Einblicke in seine persönliche Sichtweise, basierend auf Erfahrungen mit den Auswirkungen in und um die Provinz *East New Britain* (ENBP).

Als der Wirbel um COVID-19 lauter wurde und die Meldungen und Fälle an Dynamik zunahmen,

hoffte Bruder Alfred, dass Papua-Neuguinea das nicht erleben müsste, aber unterschwellig spürte er bereits, wie die Gefahr auch für das eigene Land näher rückte.

Ende Januar 2020 erfuhr er vom ersten Vorfall in PNG: Ein Mann, der nach Lae reiste, war betroffen. Furcht stieg in ihm auf, begleitet von der Frage, wie es ihm ergehen wird, wenn er sich den Virus einfängt. Die vielen Berichte über Tote im Fernsehen waren beunruhigend.

Die Schüler und Studenten, insbesondere die männlichen, wurden zunehmend hysterisch, was Andrew dazu veranlasste, seinen Fokus darauf zu richten, wie mit den über 600 Schülern und Studenten unter seiner Obhut zu verfahren wäre.

Der erste COVID-19 Fall im Raluana Village in Kokopo lies Panik ausbrechen und auch Andrew kämpfte gegen die Angst an, die in ihm aufstieg. Einige Wochen später gab es die Meldung über einen zweiten Infizierten in Kinabot, nicht sehr weit von Andrew's Wohnort entfernt.

Andrew fiel es schwer, die Angst zu beherrschen und er sehnte sich nach richtungsweisenden Anordnungen der kommunalen Regierungsbehörden.

Ein wenig ruhiger fühlte sich Andrew erst, nachdem er an einem Treffen von Führungspersönlichkeiten teilnahm, die Anleitungen gaben, wie mit man mit dem Virus leben kann.

Dr. Maha, stellvertretender Chefarzt und Leiter der medizinischen Berater in der Provinz, erklärte, dass die Verbreitung des Virus trotz der zwei Fälle in der Region nicht wie vorhergesagt stattgefunden habe. Er nahm auch Bezug auf Geschehnisse aus der Vergangenheit, bei denen die Auslöschung der Bevölkerung vorhergesagt wurde, wie bei SARS, was aber ebenfalls nicht eingetroffen sei. Er erklärte auch, dass das Muster der Ausbreitung von COVID-19, wie es in anderen Ländern der Welt stattgefunden hatte, auf Kokopo bzw. PNG nicht übertragbar sei.

Jetzt, so Bruder Andrew, schaue

er anders auf Corona, mit weniger Angst, aber dem Verständnis, dass man mit dem Virus umgehen und leben müsse. Die Behörden haben Anpassungen vorgenommen, ähnlich zu denen in Übersee, auch wenn im eigenen Land die Ausmaße nicht mit denen andernorts zu vergleichen sind. Er stellt sich die Frage, ob die Maßnahmen, die jetzt im Land herrschen, auch dem eigenen Kontext entsprechen.

Aus der Gemeinde Marunga erreichte ihn die Nachricht von Pater Bartolomeu, dass der Lockdown auch ohne konkreten Corona-Fall vollzogen wurde und welche Auswirkungen das auf die Kinder hat - die Rede ist von einem negativen Domino Effekt.

Gegen Ende seiner Reflexion stellt Andrew sich zwei Fragen. Zum einen, was man wohl gelernt habe durch Covid-19 und zum anderen, was Covid-19 für ihn und sein Umfeld getan habe.

„Die Pandemie hat das Beste, aber auch das Schlechteste in uns zum Vorschein gebracht. Es hat uns dazu gebracht, unsere Lebensweise zu überdenken und wie wir miteinander umgehen und auf die Umwelt, in der wir leben und uns bewegen, zu achten. Vielleicht ist es ein Aufruf für uns, drastische Maßnahmen zu ergreifen, um umsichtig zu sein und an dem teilzuhaben, was wir haben.“ so Andrew.

„Es hat uns alle gelehrt zusammenzuarbeiten. Ich wage es, mutig zu behaupten das es Gottes Ruf ist, der uns sagt, dass wir für die Schöpfung verantwortlich sind, die uns zur Verfügung gestellt wurde und Dinge nicht für selbstverständlich zu halten. Möge die Gnade mit uns sein, diese Verantwortung anzunehmen, beendet Bruder Andrew seine Reflektion im katholischen Magazin.

(*Catholic Church Family Magazine for Papua New Guinea and Solomon Islands p.8&9, Volume 2 | Issue 4 | October to December 2020, CHURCAIIVe*)

SOCOM stellt Bericht vor

Die SOCOM (Social Communications Commission), eine Abteilung der Katholischen Bischofskonferenz von Papua-Neuguinea und den Salomonen, stellt in ihrem Bericht für das Jahr 2020 die Hauptaufgaben der SOCOM vor und gibt interessante Einblicke in die Herausforderungen und Zielvorstellungen, aber auch Errungenschaften der SOCOM.

Aufgabe 1: „The Catholic Reporter“ Monatlich erscheint die vierseitige Zeitung mit Geschichten und Artikeln aus der katholischen Kirche in Papua-Neuguinea und den Salomonen. Die Beiträge werden von Bischöfen, Priestern aber auch Schwestern und SOCOM-Repräsentanten in den Diözesen eingereicht. Dabei werden in kurzem Format über nationale und lokale Ereignisse berichtet. Der *Catholic Reporter* erscheint sowohl in elektronischer als auch in gedruckter Form.

In 2020 hat sich gezeigt, dass es trotz vorangegangener Trainings, die für die SOCOM-Vertreter in den Diözesen zu den Themen Artikel schreiben, Printmedien und Fotoauswahl durchgeführt wurden, noch Herausforderungen in der Kommunikation, der rechtzeitigen Einreichung und der Einbindung und Inklusion gibt. Gerade im Umgang mit Medien spielen diese Faktoren eine wichtige Rolle und sollen noch stärker in den Fokus genommen werden.

Aufgabe 2: Church Alive Das katholische Familienmagazin, welches im Jahr 2019 das erste Mal mit zwei Ausgaben erschien, behandelt Glaubenszeugnisse, aber auch Themen zu Familie, Sozialem, Ehe und Berufung und soll Menschen aufbauen und für Veränderung inspirieren. Ein Erfolg ist, dass Church Alive in 2020 bereits vier Ausgaben in Umlauf bringen konnte, trotz Corona und dank der Spendenbeiträge von MISSIO. Auch dieses Magazin gibt es in elektronischer und gedruckter Fassung und es steht zu einem ermäßigten Mengenpreis

von K 1.50 pro Stück für Lehrer und Studenten käuflich zur Verfügung. Es gibt viele Menschen, die ihren Glauben in Papua-Neuguinea und den Salomonen zelebrieren. Die Herausforderung bleibt, all diese inspirierenden Geschichten einzufangen und zu teilen.

Aufgabe 3: Catholic Church News Das Audio Nachrichtenprogramm *Catholic Church News* läuft bei Radio Maria PNG jeden Mittwoch um 08, 13 und 20 Uhr. Das Programm enthält in der Regel sechs Themenfelder. Den Anfang macht eine aktuelle Nachricht des Heiligen Vaters aus Rom, gefolgt von fünf Geschichten aus der Diözese und ihren Kirchengemeinden.

Aufgabe 4: Media Education Seminars Eine ganze Serie von Seminaren, die über einige Monate an der Divine Word University abgehalten wurden unter Mitwirkung von neun katholischen Schulen. In diesem Jahr spielten die COVID-19 Pandemie eine Rolle ebenso wie Videos zum Thema Umweltbewusstsein. Das Endresultat wird beim Internationalen Filmfestival vorgestellt.

Aufgabe 5: CBCPNGSI Website Von der SOCOM ins Leben gerufen, hat die Website der katholischen Kirche PNG und Salomonen bereits 50 treue Leser und versorgt diese regelmäßig mit Newslettern, Artikeln, Fotos und Informationen zu Events in der katholischen Kirche. Die Website unterteilt sich in sechs Bereiche, von der Hauptseite mit aktuellsten Ereignissen, über die Diözese, Vision, Kommission, Produktion bis hin zum Jahreskalender mit den wichtigsten Terminen.

Aufgabe 6: Youth Alive Bei diesem Format handelt es sich um einen Videoclip-Dienst, in dem katholische Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren die Möglichkeit bekommen, ihren Glauben am Sonntagsgottesdienst zu teilen. Es lädt die Jugendlichen dazu ein, ihre Erfahrungen zu teilen, Verweise auf den Gottesdienst zu machen und Gleichaltrige zu ei-

nem authentischen und engagierten Glaubensleben zu animieren.

Aufgabe 7: Chat Room

Hier kommt eine Gruppe von fünf Jugendlichen regelmäßig zusammen, um ihre Gedanken zu teilen und zu diskutieren. Themen, die seit der Entstehung 2019 behandelt wurden, umfassen Abhängigkeit, Gewalt, Miss-handlung/Missbrauch, Korruption Umwelt, Glaube, Reinheit, Respekt, Disziplin, Jobchancen und noch einiges mehr. Bei dem Programm gibt es eine Zusammenarbeit mit *Tribe FM*, dem jungen Flügel des Nationalen Senders NBC in Port Moresby.

(Artikel von Nazreat Elyas, PPO-Referat bei Mission EineWelt. Report for SOCOM 16.09.20, Teenage Today - Youth Alive)

Botschaft des ELC-PNG-Bischofs zum 45. Unabhängigkeitstag

Bischof Dr. Jack Urame schickte seine Botschaft im Namen der ELC-PNG zum 45. Unabhängigkeitstag des Staates Papua-Neuguinea. Hier folgt der Text in deutscher Übersetzung:

Wir sind dankbar für den Segen, der auf unserem Land liegt, auf den Menschen, der wunderschönen und einzigartigen Landschaft sowie den zahlreichen natürlichen Ressourcen. Damit geht auch eine Verantwortung einher, all dies zu bewahren, auch für die kommenden Generationen und sich stets bewusst zu machen, dass es sich um Hinterlassenschaften unserer Vorfahren handelt und um Geschenke Gottes.

Am Tag der Unabhängigkeit ist es daher wichtig, nicht zu vergessen, wer den Grundstein gelegt hat für das, was heute geerbt werden kann. Die Vorfäter werden für ihre Mühen gewürdigt, mit deren Weisheit und Wissen das Fundament für die soziale und kulturelle Identität von PNG gelegt wurde.

Auch wenn PNG und seine Menschen vorwärtsgehen, ist der Blick zurück doch wertvoll und wichtig, um all denen, die in ihrer Zeit Helden waren und dazu bei-

getragen haben, den Weg der hiesigen Generation zu formen, auch zu gedenken. Sie begleiteten PNG in der Übergangsphase aus der kolonialen Phase in die Unabhängigkeit und die Zeit nach der Unabhängigkeit.

Manche von ihnen hatten nicht viele Mittel oder keine formelle Ausbildung, aber mit ihrer Weisheit, ihrem Enthusiasmus und ihrer Zielstrebigkeit waren sie in der Lage, in diesen Zeiten starke Führungsqualitäten an den Tag zu legen. Viereinhalb Dekaden als eine unabhängige Nation ist eine lange Zeit und es ist von großer Bedeutung, diese Zeit kritisch zu reflektieren. Sowohl im Hinblick auf Errungenschaften als auch auf Versäumnisse, so Bischof Dr. Jack Urame.

Damit die nächsten Generationen nicht unter den Versäumnissen der hiesigen Generation leiden müssen, ist es von großer Bedeutung, hinzuschauen und die Dinge, die verbesserungswürdig sind, anzupacken. Es mangelt an Fortschritt vor allem im Bereich der Infrastruktur, was insbesondere ländliche Gegenden betrifft. Dazu gehören marode Straßen und Brücken, deren Zustand sich immer weiter verschlechtert bis hin zum Zerfall, aber auch Schulen und Gesundheitseinrichtungen sind vom Verfall betroffen. Die Kluft, die zwischen dem Land und dem Stadtleben entsteht, erhöht den sozialen und wirtschaftlichen Stress und die Ungleichheit im Land.

Es gibt den Trend zum Materialismus und Individualismus und den Wunsch Einzelner, Macht durch Geld zu erlangen. All das und vieles mehr führt zu einem Zweiklassensystem und vergrößert die Lücke zwischen Arm und Reich. Es bedarf einer Strategie, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, so Urame weiter.

Angesprochen wird auch der Einfluss dieser Entwicklungen auf die Kultur und die traditionellen Strukturen, sowie auf die Werte, die wichtig für den Erhalt der gesellschaftlichen Ordnung in den Gemeinschaften sind. Die sozialen Herausforderungen werden sichtbar in instabilen Ehen und zerrüt-

teten Familien. Werte wie Respekt, Gehorsam gegenüber Autoritäten, Frieden und Harmonie schwinden zunehmend in unseren Gemeinschaften, so der Bischof.

Angesprochen werden müsse auch die Ungerechtigkeit im ökologischen Bereich. Auch wenn wir die Auswirkungen des steigenden Konsumverhaltens heute nicht immer spüren, wird es die zukünftige Generation an der Verfügbarkeit der Rohstoffe spüren.

Wir haben keinen Ersatz geleistet für die Abholzung, das Abtragen von Gold, Kupfer, Gas, Nickel und zahlreicher anderer Bodenschätze, die abgebaut und für den Konsum nach Übersee exportiert wurden. Auf der anderen Seite wurden viele Umweltschäden angerichtet durch die Industrie. Der Bergbau hat viel Schaden angerichtet, Flüsse und das Meer verschmutzt und die Landschaft stark in Mitleidenschaft gezogen. Im Namen der Entwicklung und des Geldes zerstören wir die ökologische Ordnung und unser schönes Land, welches ein Gottesgeschenk ist.

Ein weiterer Punkt ist das Bevölkerungswachstum, das bislang ohne Konzept ungebrems weiterläuft und die bestehenden Systeme vor Herausforderungen stellt, da die Kapazitäten an Schulen, Hospitälern, Gesundheitszentren und anderer Infrastruktur für die Anzahl an Menschen nicht ausreichend ausgebaut ist.

Auch die Administration im Land muss kritisch reflektiert werden. Sie zeigt, dass die Verteilung der Ressourcen ungleich ist. Korruption ist immer noch ein Thema in unserem Land und hierbei handelt es sich um eine Form des Diebstahls, der von unserem Herrn in den Zehn Geboten abgelehnt wird. Die Korruption ist der größte Rückschlag für unser Land. Kürzlich hat die amtierende Regierung unser Land zu einem christlichen Staat erklärt, weshalb wir Ehrfurcht haben müssen vor Gott und verantwortungsvoll mit den Ressourcen unseres Landes umgehen müssen.

Gott stellt uns in verantwortungsvolle Positionen, in denen wir in der Pflicht stehen, ein verantwortungsvoller Verwalter der Schöpfung, der Menschen und der Ressourcen Gottes zu sein und zwar zum Wohle aller.

Unser Land ist noch jung und es gibt ein großes Potenzial, es aufzubauen und zu einem besseren Ort zu machen, um in ihm zu leben und es zu genießen. Dafür braucht es einen starken politischen Willen, die Teilnahme und das Engagement aller Bürger und einen angemessenen Umgang mit unseren Ressourcen. Es ist eine gemeinschaftliche Verantwortung und geht einher mit Ehrlichkeit und Hingabe. Es ist unser Land, unser Boden und unser Zuhause, lasst uns alle Verantwortung übernehmen und einen Beitrag dazu leisten, dass PNG ein schöner Ort wird.

Lasst uns nicht nur auf die Regierung warten, alles für uns zu tun und auch nicht auf die Almosen der Politiker. Lasst uns nicht zurücklehnen und faul werden! Lasst uns keine Zeit mit Dingen verschwenden, die nichts zum Fortschritt unseres Landes beitragen! Wir müssen alle entschlossen und gemeinsam für das Wohlergehen unseres Landes arbeiten. Lasst uns 45 Jahre nationale Unabhängigkeit mit einer Vision für ein besseres und widerstandsfähigeres Papua-Neuguinea feiern. Mit Gottes Hilfe schreiten wir in großer Hoffnung voran. (*Wantok Ausgabe vom 17.09. - 23.09.2020 | p.13 | Isu Namba 2399*)

Mercy Works nimmt sich der Notleidenden an

Amanda Kundil vom *Melanesian Institute* in Goroka schreibt über die Arbeit der *Mercy Works* und das Engagement der *Western Highlands Province* in der Agrolandwirtschaft.

Wenn man den Satz hört „den Armen oder Bedürftigen zu helfen“ denkt man meistens an finanzielle Zuwendungen. Das ist aber oft nicht der Fall. Jemand hat einmal gesagt, dass es nicht

die Armen sind, die Armut produzieren, sondern dass es ein Versagen der Gesellschaft ist, Institutionen zu erschaffen, die menschliche Fähigkeiten unterstützen.

Es gibt zahlreiche NGOs, christliche Kongregationen und Kirchen, die sich in der Hilfe für Bedürftige engagieren. Eine davon sind die katholischen „Sisters of Mercy“, welche sich denen verschrieben haben, die durch die soziale Ungleichheit im Land bedürftig werden und sind. Ihr Engagement und die Hingabe, mit der sie sich um diese Gruppe von Menschen in PNG kümmern, erinnert an die Worte von Mutter Theresa. Sie sagte: *„Wenn es Menschen gibt, die fühlen, dass Gott von ihnen verlangt, die Strukturen ihrer Gesellschaft zu verändern, dann ist das eine Angelegenheit zwischen ihnen und ihrem Gott. Wir müssen ihm dienen, in welcher Weise auch immer er uns ruft.“*

Ein Projekt der Sisters of Mercy unter dem Projektnamen „Barmherzigkeit“ konzentriert sich darauf, für die Menschen da zu sein und Zeit mit ihnen zu verbringen. Die Sisters of Mercy werden Teil des Weges, den die Menschen gehen und erwirken dadurch eine Veränderung in deren Leben. Sie zeigen Interesse an den Menschen und sind eine Verbindung zwischen den kulturellen Lebensweisen und der breiten Gesellschaft. Die Sisters of Mercy fokussieren sich bei ihrer Arbeit auf Frauen und Kinder, da diese zu der verletzlichsten Gruppe in der Gesellschaft gehören und oft zu Opfern von Gewalt werden. Eine große Sorge bereitet den Schwestern die Gewalt, die in vielen Familien stattfindet, wenn einfache Grundbedürfnisse nicht erfüllt werden können. Dann bieten die Schwestern den Betroffenen alternative Fähigkeiten an wie Nähen, Backen, Umgang mit Finanzen u.v.m..

Die Schwestern arbeiten aber auch mit Menschen mit Behinderungen, HIV/Aids-Kranken, alleinerziehenden Müttern, Gefängnisinsassen und Witwen zusammen. Die Arbeit der Schwestern zeigt auf, dass keine Superkräfte oder

viel Geld gebraucht werden, um das Leben einzelner Menschen besser zu machen. Es geht um unser Herz, wenn wir anderen helfen - egal ob es eine große oder eine kleine Hilfsleistung ist.

(Wantok Ausgabe vom 01.10. – 07.10.2020 | p. 10 | Isu Numba 2401)

Weihnachtsbotschaft der Kathol. Bischofskonferenz

Anfang 2020 konnte noch niemand vorhersehen, dass in diesem Jahr eine Pandemie ausbrechen würde. Obwohl Papua-Neuguinea und die Länder in der Pazifikregion weniger stark von der Pandemie getroffen wurden, verglichen zu anderen Ländern in der Welt, waren die Auswirkungen doch spürbar. So wurden Reisen abgesagt, Menschen saßen an ihren Aufenthaltsorten in Übersee fest, Projekte kamen zum Stillstand und Arbeitsplätze gingen verloren.

Die Regierung und die Zivilgesellschaft mussten schnell reagieren und Maßnahmen organisieren gegen diese Gesundheitskrise, um den Schaden in Bezug auf die Ausbreitung des Virus zu begrenzen und mit ihm den Verlust von Leben. Wir loben die Regierung PNGs für den realistischen und effektiven Ansatz. Die Regierung war offen für die Vorschläge der Wissenschaft und der internationalen Zusammenarbeit. Das schwache Gesundheitssystem des Landes war nicht überfordert und Menschen starben nicht in ihren Häusern oder auf den Straßen. Es gab keine Chance für absurde Vorwürfe der Zauberei und Hexerei.

Es ist jedoch unnötig zu erwähnen, dass das Risiko noch nicht gebannt ist. Das Virus breitet sich immer noch in vielen anderen Ländern des Westens aus und kann auch PNG stärker erreichen.

Opfer sind nicht nur Infizierte, die erkrankten oder sogar starben. Auch Menschen, die ihren Job und damit ihr Einkommen verloren haben, leiden unter der Pandemie. Besonders für Familien mit Kindern, die nun auch keine

Schulgebühren mehr bezahlen können, ist es schlimm. Es müssen Entscheidungen getroffen werden in den Familien, für Gesundheitsversorgung oder für eine Mahlzeit auf dem Tisch und andere Grundbedürfnisse.

Die Schwäche des menschlichen Seins ist wieder einmal offensichtlich geworden und so die Notwendigkeit für Brüderlichkeit und universelle Freundschaft. Es war daher ein solcher Trost, das Geschenk der Enzyklika „Fratelli Tutti“ (Alle Brüder) von Papst Franziskus am 4. Oktober zum Fest des hl. Franz von Assisi zu erhalten. Die Welt nach dem Corona-Virus muss anders aussehen. Einiges von dem, was die Pandemie zum Vorschein gebracht hat, hat uns gezwungen, die Umwelt vor weiteren Angriffen zu schützen. Die Pandemie war eine Warnung. Die Natur hat immer noch die Kontrolle und ist unvorhersehbar. Wir wurden angewiesen, innezuhalten und nachzudenken; nicht fortzufahren mit „Business as usual.“ Universelle Bruderschaft ist der Schlüssel zur Bekämpfung des Unglücks.

Es wird kein sehr frohes Weihnachtsfest in diesem Jahr. Trotzdem ist das in einer Krippe liegende Baby ein Hoffnungsschimmer. Das Lächeln, das wir teilen, kann ansteckender sein als das Virus, das uns immer noch verfolgt. Das neue Jahr 2021 wird mehr herbeigesehnt denn je zuvor. Möge es unserem Leiden ein Ende bereiten und unser Gefühl der Einheit und des Einander-Dienens erneuern.

Frohe Festtage an alle aus der Katholischen Bischofskonferenz von Papua-Neuguinea und den Salomonen!

(Catholic Reporter December 2020 p.3, Pater Giorgio Licini, PIME, CBC General Secretary)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Katholischer Katechet von Sicherheitskräften erschossen

Westpapua: In Intan Jaya (Provinz Papua) kam es im Oktober zu einem tödlichen Beispiel der Folgen der Stationierung von Militär in Westpapua.

Herr Rapinus Tigau, ein indigener Papua und katholischer Katechet der Diözese Timika (Papua) wurde am 26. Oktober 2020 von den Mitgliedern der *Nemangkawi Task Force* (einer gemeinsamen Operation des indonesischen Militärs und der Polizei in Papua) in Kampung Jalae, Distrikt Sugapa (Landkreis Intan Jaya) erschossen. Ein weiteres Opfer, Megianus Kobagau, sechs Jahre alt, wurde bei demselben Vorfall ebenfalls angeschossen und an der Hüfte verletzt.

Die *Nemangkawi Task Force* führte eine Sicherheitsoperation in Kampung Jalae im südlichen Teil des Distrikts Sugapa durch. Die Operation fand statt, nachdem das Militär Informationen über die Präsenz von TPN PN (Nationale Befreiungsarmee von Westpapua) in dem Gebiet erhielt.

Als Tigau, der in Jalae lebte, die Sicherheitsoperation sah, trat er an die Task Force heran und sagte: „Bitte hören Sie auf zu brandstiften und zu suchen. Wir müssen in Ruhe reden. Wo liegt das Problem?“ Ein Mitglied der Task Force richtete eine Waffe gegen Tipau, der sofort die Hände hob als Zeichen der Unterwerfung. Er wurde jedoch auf der Stelle erschossen.

Der sechsjährige Junge Megianus Kobagau sah die Schüsse und lief sofort auf die Leiche von Tipau zu. Er wurde von einem Mitglied der Task Force angeschossen. Er fiel hin und wurde an der Hüfte verletzt. Der Junge wurde mit dem Polizeihubschrauber in das öffentliche Regional-Krankenhaus in Timika evakuiert. Aus Angst vor der Operation der Sicherheitskräfte flüchteten andere Zivilisten in der Gegend in die nahegelegenen Wälder und Höh-

len. Tigaus Leiche wurde ohne die Zustimmung seiner Familie von den Mitgliedern der Task Force begraben. Nachdem sie wussten, dass die Mitglieder der Task Force den Ort verlassen hatten, kam die Familie von Herrn Tigau zurück und holte den Leichnam heraus und hielt eine Totenwache ab. Er wurde dann von der Familie in den Sarg gelegt und erneut beerdigt.

Ahmad Musthofa Kamal, der Leiter der Öffentlichkeitsarbeit der Provinzpolizei in Papua, gab eine Erklärung ab, in der er den Vorfall der Erschießung von Tigau dementierte. Er sagte, dass die Nachricht über die Schießerei ein Schwindel sei. Stattdessen erklärte er, dass Tigau Mitglied der Bewaffneten Separatistischen Gruppe (Kelompok Kriminal Separatis Bersenjata - KKSB) sei, ein von den indonesischen Sicherheitskräften verwendeter Begriff, der sich auf die TPN PB bezieht.

Die Behauptung, dass Tigau Mitglied der TPN PB sei, wurde von Pater Martin Kuayo, dem Verwalter der katholischen Diözese Timika (Papua) dementiert. Er gab eine öffentliche Erklärung ab, in der er bestätigte, dass Herr Rufinus Tigaus als Katechet für die Diözese arbeitete. (*Westpapua Netzwerk online 05.11.20*)

Bischöfe äußern Sorge über Gewalt in Westpapua

Westpapua: Vertreter der katholischen Kirche in Indonesien, insbesondere aus der Provinz Westpapua, haben Ende November Gespräche mit dem koordinierenden Minister für politische, rechtliche und Sicherheitsangelegenheiten des Landes geführt. Das Treffen fand in der Residenz von Herrn Mahfud MD statt und zielte darauf ab, die verschiedenen Probleme zu erörtern, mit denen die Provinz in der Corona-Krise zu kämpfen hat. Anwesend waren Bischof Aloysius Murwito von Aigats und Bischof Petrus Canisius

Mandagi von Amboina, der auch der Apostolische Administrator von Merauke ist, sowie Kardinal Ignatius Suharyo Hardjoatmodjo, der Präsident der Katholischen Bischofskonferenz Indonesiens.

Die Begegnung fand statt, nachdem Berichte aufgetaucht waren, dass die indonesische Nationalarmee am 26. Oktober einen katholischen Katechisten erschossen hatte. Er wurde verdächtigt, einer separatistischen Bewegung anzugehören. Der Mord fand im Dorf Jalae im Distrikt Sugapa im Landkreis Intan Jaya in Westpapua statt.

Bischof Mandagi erläuterte, dass das einstündige Treffen dazu gedacht war, „*verschiedene Probleme in Papua, insbesondere Gewalt*“ anzusprechen. Die indonesischen Bischöfe, fügte er hinzu, seien besorgt über die Situation, obwohl er sagte, dass keine spezifischen Fälle diskutiert würden. Vielmehr konzentrierten sich die Gespräche auf das von der Gewalt verursachte Leid, sowohl für die lokale Zivilbevölkerung als auch für die Sicherheitskräfte.

Bischof Mandagi sagte, er habe Herrn Mahfud erklärt, dass ein erweiterter Dialog mit dem papuanischen Volk dazu beitragen könne, die Spannungen abzubauen. Die örtliche katholische Kirche, fügte er hinzu, sei immer offen für Diskussionen.

„*Die Papuas sind gute Menschen*“, sagte er. „*Alle, einschließlich Militär, Polizei und kirchliche Mitarbeiter, die nach Papua kommen, dürfen nicht auf sie herabsehen. Wir alle müssen die Probleme Papuas durch Dialog, durch Respekt vor den Papuas und ohne Gewalt lösen*“.

Nach dem Treffen mit den Kirchenführern erklärte Mahfud, die Regierung werde weitere Gespräche mit den Bischöfen in Westpapua sowie mit anderen religiösen Führern aufnehmen. Bischof Mandagi drückte seine Hoffnung auf ein Ende der Gewalt aus. „*Wir wollen, dass Papua ein Land der Liebe wird, kein Kriegs-*

gebiet", so der Bischof. (*Vatican News 12.11.20, Westpapua-Netzwerk online 12.11.20*)

Feierlichkeiten zum Silberjubiläum der Salesianer

Salomonen: Im Oktober 1995 begrüßte Erzbischof Adrian Smith sm, der katholische Erzbischof von Honiara, den Arbeitsbeginn der Salesianer auf den Salomonen und wies ihnen die *Gemeinde Christi des Königs Tetere* zu.

Einer der ersten Patres auf den Salomonen war Pater Pedro Balcazar aus Mexiko. Die regelmäßigen Besuche von P. Pedro in den Dörfern Sali, Komporo, Talaura, Kola Ridge und Nonou brachten ihm den Respekt und die Liebe seiner Gemeindemitglieder ein. Er verbrachte Zeit mit den Dorfbewohnern, feierte die Sakramente und versorgte die Menschen sogar zum Selbstkostenpreis mit Artikeln des täglichen Bedarfs. Die Missionsgemeinde mit über 50 % ihrer Gemeindemitglieder unter 25 Jahren war ein idealer Ort für die typisch salesianische kirchliche Jugendarbeit.

Eine große Mehrzweckhalle, die bis heute besteht, wurde mit Hilfe der Jugendlichen und der zahlreichen Gruppen von japanischen Freiwilligen erbaut. Im Laufe der Jahre war der Saal Schauplatz mehrerer liturgischer, pädagogischer und werteorientierter Programme. Er ist bis heute ein Zentrum für junge Menschen, das ihnen eine Vielzahl von Möglichkeiten bietet, ihre vielfältigen Talente zu entwickeln.

Die salesianische Gemeinde, die eine wichtige Rolle dabei gespielt hat, den Glauben der Menschen zu stärken und sie zusammenzuhalten, feierte im Oktober 2020 ihr 25-jähriges Jubiläum.

Pater Albert Lenon war dafür verantwortlich, die Dorfkapellen der Gemeinde mit Hilfe der Bewohner zu schmücken und zu renovieren.

Die Salesianer gehen auf die pastoralen Bedürfnisse der Menschen ein und haben es sich zur

Aufgabe gemacht, sich auch um den Geist und den Körper zu kümmern. Das *Rural Training Center* und das *Mini Hospital* befinden sich neben dem Gemeindehaus und reichen weit über die Grenzen der Gemeinde, aber auch der Provinz, hinaus.

(*Salesians in the Solomon Islands – Elenco 1995-2020, TETERE (Isole Salomone) Elenco 1995-2001, HENDERSON HONIARA (Isole Salomone) Elenco 2002, Annuario 2003-2005*)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Annim Doerfer (arnim.doerfer@mission-einewelt.de)

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.

Evangelische Bank
IBAN: DE12520604100001011111
BIC: GENODEF1EK1

Quellen:

ABC • Australien-Info • Deutsche Osttimor-Gesellschaft • Contemporary Pacific • Islands Business • Marianas Variety • National Neuseeland-Info • Pacific Beat • Pacific Daily News • Papua New Guinea Mine Watch • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • Saipan Tribune • Solomon Islands Broadcasting Association • Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSTELLE

und
Mission
EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern
Hauptstraße 2 • 91564 Neueddetsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de